

12

Bonn, 29. Januar 1960

Sprecher: Adenauer, Albers, Altmeier, Bitter, Blumenfeld, Frau Brauksiepe, von Brentano, Cillien, Dufhues, Fay, Fricke, Gradl, von Hassel, Krone, Meyers, Osterloh, Röder, Scheufelen, Schmitz, Schröder, Stingl, Stoltenberg.

Bericht zur politischen Lage. Vorbereitung der Kommunalwahlkämpfe im Jahre 1960. Fall Oberländer.

Beginn: 10.00 Uhr

Ende: 17.00 Uhr

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich nehme an, daß die Begrüßungsansprachen untereinander nun zu Ende sind, so daß wir jetzt an die Arbeit gehen können.

Entschuldigt haben sich für die heutige Sitzung folgende Damen und Herren: Lindrath, Dr. Hellwig, Dr. Helene Weber, Johnen, Adorno, Dr. Gerstenmaier, Bauknecht, Lemmer, Etzel, Kaiser, Schmücker, Kiesinger, Dr. Zimmer, Dichtel, Dr. Wuermeling, Professor Dr. Oberländer, Dr. Pferdenges.

Wir hatten gestern eine Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes.¹ Ich möchte Ihnen vorschlagen, die heutige Tagesordnung so umzustellen, daß Punkt 3 an die zweite Stelle rückt und Punkt 2 dafür an die dritte Stelle. Das würde allerdings voraussetzen, daß Herr Minister Dufhues hierbleibt und den Vortrag hält, den er neulich in Essen gehalten hat², um Ihnen klarzumachen, welche Bedeutung die Kommunalwahlkämpfe³ in diesem Jahre haben. Sind Sie damit einverstanden? – Widerspruch höre ich nicht. Also kann ich das feststellen.

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, ist der Vizepräsident des Deutschen Caritasverbandes, Herr Lukaschek⁴, plötzlich aus diesem Leben geschieden. (Die

¹ Protokoll vom 28. Januar 1960 nicht zu ermitteln.

² Auf einer Delegiertenversammlung der CDU des Rheinlandes und Westfalens am 18. Januar 1960. Unterlagen in ACDP III-002-353/1; Bericht in UiD Nr. 3 vom 21. Januar 1960 S. 1f.

³ Vgl. Nr. 10 Anm. 61.

⁴ Dr. Hans Lukaschek (1885–1960), 1949–1953 Bundesminister für Vertriebene. Vgl. PROTOKOLLE I S. 144 Anm. 33.

Anwesenden erheben sich.) Er war uns allen ein treuer und teurer Freund. Sie alle haben ihn gut gekannt, und Sie wissen, daß er sich namentlich für die Vertriebenen große Verdienste erworben hat. Wir werden ihm ein treues und gutes Andenken bewahren. Ich danke Ihnen.

BERICHT ZUR POLITISCHEN LAGE

Adenauer: Nun bin ich „verurteilt“, Ihnen einen Vortrag über die politische Lage zu halten. Wir sind hier zuletzt zusammengewesen am 25. November 1959, also vor etwa zwei Monaten. Ich komme zunächst auf die außenpolitische Lage zu sprechen und möchte Ihnen vortragen, was sich seit dieser Zeit ereignet hat. Ich möchte Ihnen in kurzen Umrissen ein Bild zu zeichnen versuchen mit einem Hinweis auf die kommende Entwicklung, wobei ich darunter verstehe die West-Ost-Konferenz im Mai dieses Jahres, und zwar insbesondere hierbei die Berlin-Frage.

Im Dezember 1959 haben eine Reihe von Konferenzen stattgefunden, so eine Konferenz der NATO, eine Außenministerkonferenz der NATO, eine Konferenz der Regierungschefs bzw. Staatschefs.⁵ In der Sitzung in Paris waren zusammen Eisenhower, Macmillan, de Gaulle und ich. Herr de Gaulle führte den Vorsitz. Er hatte in sehr geschickter Weise so disponiert, daß die vier für sich allein und gleichzeitig auch die Außenminister für sich allein tagten und später eine gemeinsame Sitzung stattfand. Für uns Deutsche und auch nach außen hin war es sehr gut – das möchte ich hier betonen –, daß der deutsche Bundeskanzler völlig gleichrangig war mit den anderen, die zum erstenmal in dieser Zusammensetzung wieder beisammen waren seit jener Zusammenkunft auf den Bermuda-Inseln vor mehreren Jahren.⁶

Auf die Einzelheiten des Protokolls, die von französischer Seite sehr sorgfältig überlegt waren, will ich nicht eingehen, sondern nur das eine sagen, daß Herr de Gaulle sorgfältig darauf achtete, daß alles genau eingeteilt war. Bei der ersten Sitzung z.B. war angeordnet, daß Herr Macmillan drei Minuten vor mir zuerst ins Elysee kommen müsse. Dann kam ich und drei Minuten später der amerikanische Präsident Eisenhower. Diese Reihenfolge wurde auch bei den verschiedenen Frühstückten durchgängig beibehalten.

Über die Verhandlungen selbst wurden Kommuniqués herausgegeben. Die Aussprache war sehr offen. Wir sind namentlich nach unserer Auffassung bezüglich der Behandlung der deutschen Frage und der Berlin-Frage auf der West-Ost-Konferenz

5 Tagung des NATO-Ministerrates in Paris, 15.–17. und 22. Dezember 1959 (AdG 1959 S. 8121–8125), Gipfelkonferenz der westlichen Staats- und Regierungschefs in Paris vom 19.–21. Dezember 1959 (ebd. S. 8125–8127), Treffen der Außenminister Kanadas, der USA, Frankreichs, Italiens und Großbritanniens am 21. Dezember 1959 in Paris (ebd. S. 8136).

6 Konferenzen der USA mit Großbritannien und Frankreich auf den Bermuda-Inseln (1953, 1957 ohne Frankreich) zur Abstimmung der Außenpolitik der beteiligten Länder (AdG 1953 S. 4282–4285, 1957 S. 6334f.).

durchgedrungen; allerdings hat der amerikanische Staatssekretär Herter später in einer Pressekonferenz eine Erklärung abgegeben, die nicht völlig mit dem übereinstimmte, was vorher beschlossen worden war. Herr von Brentano hat noch von Paris aus sofort eine entsprechende Depesche⁷ an ihn gerichtet. Es ist darauf geantwortet worden. Ich möchte nachher in einem anderen Zusammenhang noch einmal darauf zurückkommen; denn es handelt sich um eine Auffassung, die Keime in sich trägt, die wir nur mit Besorgnis beobachten können.

Ich fange zunächst bei Frankreich an. Wie die ganze Sache in Frankreich ausgehen wird, wissen wir nicht. Wir können nur hoffen, daß de Gaulle mit voller Kraft am Ruder bleibt. Wenn er nicht am Ruder bleibt, wäre ein Bürgerkrieg zwischen der Armee und den Kommunisten möglich. Mehr brauche ich zu diesem Thema nicht zu sagen. Es ist uns bekanntgeworden, daß man in deutschen sozialdemokratischen Kreisen große Sorge hat, wenn de Gaulle nicht am Ruder bleibt, weil dann eine Volksfrontregierung dort am Horizont erscheint; eine Volksfrontregierung in Frankreich wenige Wochen vor der West-Ost-Konferenz wäre eine Katastrophe sondergleichen für ganz Europa und für uns alle.

Ich möchte nun diese Gelegenheit benutzen, um über die Schwierigkeiten, mit denen de Gaulle zu kämpfen hat, etwas zu sagen. Es sind Dinge, die mir nicht neu sind, die ich auch Herrn Eisenhower, als er im Sommer des vergangenen Jahres hier war, in aller Ausdrücklichkeit gesagt habe. Die Armee in einer Stärke von rund 450.000 in Algier ist eine Armee besonderer Art. Sie ist nicht zu vergleichen etwa mit der deutschen, der amerikanischen oder der britischen Armee. Diese Armee besteht zu einem erheblichen Teil aus Fremdenlegionären, die schon an den Kämpfen in Indochina teilgenommen haben. Sie ist seit Jahr und Tag in Algier für verschiedene Funktionen eingesetzt. Ein Drittel bis ein Viertel dieser Armee steht in der vordersten Front, die anderen machen Straßenbauten und alles mögliche. Diese Armee ist ein in sich festgefügtes Organ geworden. Für de Gaulle war und ist es entscheidend, daß er diese Armee hinter sich hat.

Bezüglich Algier habe ich auch Eisenhower gegenüber den Standpunkt vertreten, daß es sich hierbei nicht um eine koloniale Frage handelt, die man einfach nach einem großen Schema lösen könne, sondern die Frage Algier ist eine europäische Frage. Wenn Algier und damit der Eingang zu diesem Teil des Mittelmeerbeckens in kommunistische Hände kommt, dann sind Frankreich und Italien von Afrika her auf das empfindlichste bedroht. Wir sind hier vom Osten her bedroht. Dann hat – bitte vergegenwärtigen Sie sich in großen Zügen die europäische Karte – Sowjetrußland

7 Depesche von Brentanos vom 22. Dezember 1959 an die deutsche Botschaft in Washington mit dem Auftrag, im State Department vorstellig zu werden (Pol. Archiv des AA, Ref. 305 AZ 82.00/91.36, Band 70). Vgl. auch ADENAUER: Erinnerungen 4 S. 22–28 sowie „Die Welt“ vom 22. Dezember 1959: „Verhandlungstaktik noch unbestimmt.“ – Dazu auch Daniel KOSTHORST: Brentano und die deutsche Einheit. Die Deutschland- und Ostpolitik des Außenministers im Kabinett Adenauer 1955–1961 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 26). Düsseldorf 1993.

ganz Westeuropa in der Zange. Das ist also die Bedeutung, die die Algier-Frage auch für uns hat.

Nun sind die Klagen Frankreichs insbesondere gegen die Vereinigten Staaten wegen deren Haltung in der Algier-Frage seit Jahr und Tag erheblich. In der UNO ist damals ein Antrag eingebracht worden, Frankreich die Mißbilligung wegen seines Verhaltens in der Algier-Frage auszusprechen.⁸ Die Haltung der Vereinigten Staaten in dieser Frage ist natürlich für die öffentliche Meinung Frankreichs und auch für die französische Armee von sehr großer Bedeutung. Damit ein solcher Antrag durchkommt, ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Der Antrag ist abgelehnt worden, weil an der Zweidrittelmehrheit eine Stimme oder zwei Stimmen fehlten. Die Vereinigten Staaten haben sich bei dieser Abstimmung der Stimme enthalten. Das war für Frankreich und für de Gaulle, nachdem er unmittelbar zuvor die Herrschaft angetreten hatte, ein empfindlicher Schlag.

Ich nehme an, daß ich hier offen sprechen kann; namentlich muß man große Rücksicht darauf nehmen, davon nichts in die Presse zu bringen. Im vergangenen Sommer sind einige französische Herren, die ich kenne, zu mir gekommen⁹ – sie waren nicht von de Gaulle geschickt, das möchte ich ausdrücklich betonen –, die mir erklärt haben, wenn bei der Wiederholung des Antrages Frankreich unterliege, dann werde die Armee in Algier meutern. Das ist mir wörtlich so gesagt worden. Ich bin dann gebeten worden, wo ich Einfluß hätte, diesen Einfluß aufzubieten, damit die betreffenden Staaten in der UNO gegen den Antrag stimmen. Es wurde mir noch gesagt, beim letzten Mal habe Kuba gegen den Antrag gestimmt, also zugunsten Frankreichs. Jetzt sei aber der Fidel Castro am Ruder, und man könne nicht annehmen, daß Kuba so stimmen werde wie das letzte Mal. Daher betrachte Frankreich die Situation als besonders gefährlich.

Nun, ich habe mich bei den Ministerpräsidenten, die ich kenne, dafür eingesetzt. Auch andere haben sich dafür eingesetzt. Dann hat de Gaulle diese Erklärung über das Selbstbestimmungsrecht in Algier abgegeben.¹⁰ Diese Erklärung de Gaulles wurde in der gesamten amerikanischen Öffentlichkeit außerordentlich stark gelobt und gepriesen. Und als dann aber die Abstimmung in der UNO kam, haben sich die Vereinigten Staaten wiederum der Stimme enthalten. Man muß sich einmal von einer Seite, die die Dinge kennt, schildern lassen, wie die Verhältnisse sind, um zu wissen, welche Bedeutung in der Haltung der Vereinigten Staaten für de Gaulle und das heutige Frankreich steckt. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die verschiedenen Aktionen, die de Gaulle in bezug auf die NATO gemacht hat – ich habe kein Urteil darüber, ob sie richtig und notwendig waren, sie haben natürlich jeden

8 UN-Debatte vom 13. Dezember 1958, an der Frankreich nicht teilnahm (AdG 1958 S. 7306 und 7441). Vgl. Nr. 9 Anm. 3.

9 Im Laufe des Sommers 1959 hatte Adenauer u.a. Besuch von General Allard, den Herren Pinay und Monnet sowie Botschafter Seydoux (TERMINKALENDER).

10 Am 18. September 1959 – AdG 1959 S. 7946f.

von uns betrübt –, letzten Endes ihre Ursache in der Spannung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten in der Algier-Frage haben.

Dabei darf ich noch folgendes sagen. Die Sechste Flotte der Amerikaner im Mittelmeer untersteht nicht der NATO; etwas, was bei uns weithin unbekannt ist. Diese große Sechste Flotte, die im Mittelmeer stationiert ist, ist also nicht der NATO unterstellt. Nach dem NATO-Vertrag gehört das Mittelmeer auch nicht zum Schutzbereich der NATO, sondern nur die Küste, aber nicht das Meer selbst. Daraus kommen dann die verschiedenen französischen Schritte. Die Algier-Armee in die NATO zu integrieren, ist die ganze Zeit über völlig unmöglich gewesen. Die Franzosen haben die französische Mittelmeerflotte und die Luftwaffe dort zurückgezogen, um selbst darüber verfügen zu können im Interesse ihrer Stellung am Mittelmeer. Es haben aber in den letzten Tagen Besprechungen stattgefunden zwischen General Norstad und de Gaulle, um diese Dinge aus der Welt zu schaffen. Diese Besprechungen haben sich gut angelassen.

Alles in allem genommen muß man an folgendem festhalten: Die NATO ist ein Defensivbündnis, das im Jahre 1949 geschlossen worden ist, weil man damals eine akute Kriegsgefahr befürchtete. Nun war die Struktur der NATO im Jahre 1949 sicher in Ordnung für einen Krieg, der etwa im Jahre 1950 ausgebrochen wäre. Aber seit dieser Zeit sind zehn Jahre vergangen, und inzwischen ist die Waffentechnik völlig anders geworden. Auch die Verteilung der Kräfte in der Welt hat sich stark verändert. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß nach den Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten¹¹ dort wieder politische Entschlüsse gefaßt werden, wie die NATO umgestaltet werden muß, damit sie den heutigen Verhältnissen entspricht.

Eine der wichtigsten Fragen, auch für uns, ist die, daß etwa ein Krieg im Jahre 1960 – natürlich ist das alles hypothetisch gedacht – in keiner Weise so verliefte wie etwa ein Krieg im Jahre 1950 verlaufen wäre. Deshalb muß auch das Defensivbündnis und seine Struktur aus dem Jahre 1949 neu konstruiert und den gegebenen Verhältnissen angepaßt werden. Was Frankreich angeht, so kann ich nur nochmals wiederholen: Wenn de Gaulle nicht gekommen wäre, hätten wir in Frankreich damals eine Volksfrontregierung bekommen, und zwar mit allen Konsequenzen auch für uns. Wir hätten dann zwischen kommunistischen Staaten gegessen. Deswegen ist es ein Glück, daß er gekommen ist. Er hat Frankreich auch wieder eine feste Regierung gegeben, mit der man verhandeln kann.

In all den Konferenzen, die bis jetzt gewesen sind, auch in der letzten Konferenz in Paris, ist Herr de Gaulle immer auf der deutschen Seite gewesen. Das möchte ich sehr nachdrücklich betonen. Er hat sehr oft gesagt, daß die französischen Interessen und die deutschen Interessen in all diesen Fragen parallel verliefen. Er hat auch erklärt, er sei für die Wiedervereinigung Deutschlands und für die Beibehaltung des gegenwärtigen Rechtsstatus' von Berlin, weil er nicht wolle, daß die Russen eines Tages am Rhein auftauchten. Um so mehr muß man bedauern, daß von der deutschen Presse bei jeder

¹¹ Am 8. November 1960 – AdG 1960 S. 8751f.

sich bietenden Gelegenheit Frankreich verhöhnt und daß darüber gemäkelt wird, und zwar in einer solchen Weise, daß sich – wie mir Herr von Brentano dieser Tage noch sagte – sogar der französische Botschafter offiziell hier über die deutsche Presse beschwert hat.¹² Ich will jetzt nichts weiter über die deutsche Presse sagen, sonst hören wir überhaupt nicht mehr auf damit, so „begeistert“ bin ich von ihr. Ich wünsche ihr aber unbedingt, daß sie realistisch sieht, wo das deutsche Interesse liegt, und daß sie sich dementsprechend verhält.

Von Frankreich möchte ich auf Italien zu sprechen kommen. Sie wissen, daß ich in Rom gewesen bin bis Montag dieser Woche¹³ und daß ich Besprechungen mit sehr vielen Leuten gehabt habe, dazu Verhandlungen mit der italienischen Regierung, Verhandlungen auch mit dem italienischen Staatspräsidenten. Wir haben darüber ein Communiqué herausgegeben, das namentlich für Berlin gut ist¹⁴; aber in diesem Kreis hier muß ich sagen: Ich bin aus Rom sehr schweren Herzens zurückgekommen; denn die Aufweichung in Italien gegenüber dem Kommunismus mit diesem sogenannten Entspannungsgerede – ich kann nur sagen: Gerede – ist dort sehr weit fortgeschritten, auch innerhalb der Democrazia Cristiana. Infolgedessen ist in der Democrazia Cristiana eine sehr deutliche Spaltung zu sehen, bei der es sich auch um personelle Machtkämpfe handelt, wobei insbesondere die Frage „Bildung einer Regierung mit der Linken oder nicht“ eine große Rolle spielt.

Die Bildung einer Regierung in Italien nach der Linken hin würde nach menschlichem Ermessen dazu führen, daß die Nenni-Sozialisten¹⁵, die sehr enge Tuchfühlung mit den Kommunisten haben, die Kommunisten mit hineinnähmen. Daher ist die Situation in Italien besorgniserregend und sehr unerfreulich, obwohl wir – wie ich schon sagte – bei den Verhandlungen ein sehr gutes Einvernehmen mit der gegenwärtigen Regierung erzielt haben.

Nun wollen wir nicht zu hart urteilen über Italien. Ich habe gerade jetzt die letzte Übersicht des Instituts Allensbach über den Einfluß der Kommunisten im Bundesgebiet bekommen.¹⁶ Da ist – auch zu meiner Überraschung – festgestellt worden: Nur noch 35 % der westdeutschen Bevölkerung sind der Auffassung, daß die Kommunisten in der Bundesrepublik eine illegale Tätigkeit größeren Umfanges betreiben und einen Einfluß haben. Anfang 1956 waren noch 54 % davon überzeugt. Ich werte das auch als eine Aufweicherscheinung. – Sie schütteln den Kopf, Herr Blumenfeld, aber die Aufweichtendenzen sind auch bei uns spürbar. (*Blumenfeld*: Nein!) Sie können sich mal mit Allensbach darüber auseinandersetzen.

12 Zur französischen Haltung in dieser Frage vgl. eine Aufzeichnung des Auswärtigen Amtes vom 8. Februar 1960 (Pol. Archiv des AA, Ref. 204/205 AZ 204-82.00/94.07, Band 258).

13 Vom 20. bis 25. Januar 1960 – AdG 1960 S. 8174f.

14 BULLETIN vom 26. Januar 1960 S. 143f.

15 Pietro Nenni (1891–1980), 1945–1947 und 1963–1968 stv. Ministerpräsident (PSI). Nenni vertrat seit 1947 die Aktionseinheit mit den Kommunisten. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 928 Anm. 26.

16 Umfrage vom November 1959 in Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 456.

Wir wollen also den Italienern nicht zu große Vorwürfe machen. Aufweichenden sind auch bei uns zu spüren, und der verschiedenen Art. Sie zeigen sich manchmal verhüllt, aber sie sind da. Diese Aufweichenden sind am stärksten in Großbritannien zu verzeichnen. Lesen Sie einmal die britische Presse, die ein viel größeres Ansehen genießt als irgendeine andere Presse. Dort sind die Aufweichenden ganz klar zu erkennen. Sie haben schon damals bei dem Besuch Macmillans¹⁷ angefangen.

Nun komme ich zu den Vereinigten Staaten. Die Präsidentenwahl findet Anfang November dieses Jahres statt. Der neue Präsident tritt sein Amt am 20. Januar 1961 an. Es läßt sich noch nichts darüber sagen, wer nun Präsident werden wird. Wenn morgen oder übermorgen gewählt würde, dann wäre es ohne Zweifel Nixon, aber man kann nicht wissen, was sich drüben bis zu den Wahlen noch alles ereignet. Das hat zur Folge, daß sich die amerikanische Regierung herkömmlicherweise immer mehr auf sich zurückzieht und immer weniger Entscheidungen trifft, so daß also der Westen von etwa Ende Mai an ohne die außenpolitische Mitwirkung der Amerikaner, die er dringend nötig hat, sein wird, was sicher zu einer Schwächung des internationalen Ansehens für de Gaulle – auch wenn die Sache in Algier gut für ihn ausgeht – führen wird.

Von den italienischen Verhältnissen habe ich schon gesprochen. Bei uns ist es so, daß die Sozialdemokraten mit ihrem Deutschlandplan¹⁸ ein Dokument in die Welt gesetzt haben, das uns, wenn dieser Plan verwirklicht würde, sehr schnell zu einem kommunistischen Land machen würde. In diesem Zusammenhang darf ich folgendes sagen. Es hat eine Unterredung zwischen Smirnow und Ollenhauer stattgefunden¹⁹, die von Smirnow herbeigeführt worden war. In dieser Unterredung hat Smirnow versucht, Herrn Ollenhauer und seine Partei davon zu überzeugen, daß sie eigentlich dem russischen Vorschlag über Berlin zustimmen müßten. Herr Ollenhauer hat korrekt nach dieser Unterredung dem Außenminister Mitteilung von diesem Gespräch gemacht. Ich will weitere Worte darüber nicht verlieren, wie sehr merkwürdig es ist, daß ein ausländischer Diplomat, der bei uns akkreditiert ist, auf deutschem Boden auf diese Weise gegen die Politik der Regierung arbeitet. Das Interessanteste für mich in der Niederschrift über die Unterredung zwischen Smirnow und Ollenhauer ist aber, daß Herr Smirnow klargemacht hat, daß Berlin dann die Aufgabe übernehmen müsse, ein Mittler zu sein zwischen der Zone und der Bundesrepublik, mit anderen Worten der Kanal, durch den wir ebenfalls kommunistisch gemacht werden sollen.

Ollenhauer hat sich sehr korrekt benommen. Aber wie ich gehört habe, sind auch die Sozialdemokraten darüber verblüfft gewesen, daß die Russen so unversöhnlich an

17 Besuch in Bonn am 12./13. März 1959 (AdG 1959 S. 7603; negative britische Pressemeldungen S. 7647f.).

18 Vgl. Nr. 10 Anm. 4, Nr. 11 Anm. 64.

19 Zwischen Smirnow, Ollenhauer und Wehner am 13. Januar 1960 (AdG 1960 S. 8205f.). Das Memorandum Smirnows in MOSKAU BONN S. 614–617.

diesem eigentlichen Zweck und Ziel ihres ganzen Vorstoßes gegen Berlin festhalten. Sie sehen daraus, meine Damen und Herren, daß die außenpolitische Situation alles anderes wie schön ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß sich bei diesem Zustand, in den wir seit 1945 geraten sind, und bei den Zielen Sowjetrußlands in Westeuropa, in erster Linie in Deutschland, von Jahr zu Jahr die Verhältnisse weiter zuspitzen müssen. Ich möchte nun nichts weiter über die außenpolitische Situation sagen. Vielleicht haben Sie aber gleich noch irgendwelche Fragen zu stellen.

Was die Aufweichungstendenzen angeht, so möchte ich Ihnen, Herr Blumenfeld, weil Sie das bezweifelt haben, noch folgendes sagen. Herr Richter hat mit mir gesprochen über die Unterwanderung der Gewerkschaften durch die SED. Und das ist doch nun ein Zeuge, dem man glauben und an dem man wirklich nichts aussetzen kann. Er hat sehr offen mit mir darüber gesprochen.

Meine Freunde! Lassen Sie mich jetzt zur Innenpolitik übergehen und in Ihr Gedächtnis zurückrufen, daß ich in dieser Woche einen halben Tag mit dem Arbeitgeberverband, einen halben Tag mit den Gewerkschaften und einige Stunden mit der Landwirtschaft verbracht habe.²⁰ Vor einigen Wochen meldeten sich in immer stärkerem Maße bei den Gewerkschaften die Forderungen auf eine erhebliche Lohnerhöhung. Sie wurden eingeleitet bei den Bediensteten der öffentlichen Dienste, und zwar umfassen sie nicht nur die Beamten des Bundes, der Länder und der Gemeinden, sondern auch die Angestellten und die Arbeiter in Bund, Ländern und Gemeinden. Nach einer Übersicht, die von den Sozialdemokraten selbst herausgegeben wurde²¹, stellen die Sozialdemokraten bei 20 Großstädten mit über 250.000 Einwohnern in zwanzig Städten den Oberbürgermeister. Das ist ein guter Ansatzpunkt, um eine allgemeine Lohnwelle zu starten.

Wenn aber bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten des öffentlichen Dienstes ein Erfolg erzielt wird, dann wird das natürlich auch auf dem Gebiete der Wirtschaft für die Arbeitnehmer bezüglich der Lohnbewegung Früchte tragen. Vorangegangen sind mit einer Lohnerhöhung – wie sie nach unserer Auffassung nicht zu rechtfertigen ist – die Chemie- und auch die Textilindustrie in Nordrhein-Westfalen. Von der chemischen Industrie weiß ich es ganz genau; sie hat Lohnerhöhungen bis zu 9 % bewilligt. Mir gegenüber hat Herr Haberland²² gesagt, daß er sehr dagegen gewesen

20 Am Dienstag, dem 26. Januar 1960, Besprechung mit den Arbeitgebern (10 Uhr) und den Gewerkschaften (16.30 Uhr), am Donnerstag, dem 28. Januar 1960, Besprechung mit der „Landwirtschaft“ (11 Uhr). Vgl. TERMINKALENDER und FAZ vom 27. Januar 1960: „Gespräche beim Kanzler“.

21 Von den 18 größten Städten mit über 250.000 Einwohnern stellte die SPD in 16 den Oberbürgermeister (vgl. ppp, 26. Januar 1960).

22 Dr. Ulrich Haberland (1900–1961), Professor für Chemie; Industrie-Chemiker, Generaldirektor; 1928 Eintritt in die IG Farbenindustrie, Werk Uerdingen, 1943 Gesamtleitung der Betriebsgemeinschaft Niederrhein mit den Werken Leverkusen, Dormagen, Uerdingen und Elberfeld, 1951 Gründung der Farbenfabriken Bayer AG aus den vier niederrheinischen Werken unter Einbeziehung der AGFA, Vorstandsvorsitzender der Bayer AG, Leverkusen.

sei. Die Gewerkschaften haben aber unter sehr großer Heiterkeit erklärt, daß gerade Leverkusen²³ für die Lohnerhöhung eingetreten wäre. Bei der chemischen Industrie machen die Löhne rund 10 % des Gesamtproduktes aus, so daß eine Lohnerhöhung dort nicht so sehr ins Gewicht fällt hinsichtlich der Produktionskosten; dagegen fällt sie sehr ins Gewicht bei den anderen Industrien.

Ich hatte Herrn Blessing²⁴ schon vor einigen Wochen um ein Gutachten über die ganze wirtschaftliche Situation, zur Frage der Lohnerhöhung, der Preise usw. gebeten. Es ist mit Zustimmung des Herrn Blessing jetzt veröffentlicht worden. Ich kann mich hier begnügen, darüber folgendes zu sagen. Das Gutachten ist sehr objektiv gehalten. Die erste Rüge bekommt die Bundesregierung, und zwar, wie ich zugeben muß, mit einem gewissen Recht, weil sie zu zögernd und zu wenig eingegriffen hätte bei der Steigerung der Preise für die Lebensmittel des täglichen Bedarfs. Sie kennen die ganzen Sachen, angefangen von den Kartoffeln bis zur Butter.

Dann stellt er fest, daß bei Teilen der Industrie – er nennt sie nicht und sagt auch nicht, wie groß dieser Prozentsatz ist – die Verbilligung der Produktion, die durch Rationalisierung ermöglicht worden sei, sich nicht habe in Preisen ausdrücken lassen, sondern das sei als Sache genommen oder in Investitionen, die zum Teil über das gewünschte Maß hinausgingen, niedergelegt worden. Und das ist der Fehler der Unternehmerschaft, die tatsächlich sehr wenig darauf bedacht war, die Preise zu ermäßigen, wo sie ermäßigt werden konnten, sondern die das genommen hat, was sie irgendwie nehmen konnte.

Herr Blessing spricht dann von den Arbeitnehmern und führt aus, wenn die Lohnerhöhungen ein gewisses Maß überstiegen, wäre die Bundesbank genötigt, mit sehr starken Mitteln vorzugehen, um die Währung zu halten, so daß dadurch eine Einschränkung der Produktion und eine Entlassung von Arbeitern erfolgen müsse. Somit falle eine Übersteigerung der Lohnforderungen, wenn sie durchgesetzt werden sollten, letzten Endes auf die Arbeitnehmer wieder zurück. Ich habe darüber gesprochen mit den Vertretern der Arbeitnehmer, und ich werde auch noch sprechen mit dem Arbeitgeberverband sowie mit den Organisationen der Industrie und des Handels, um auch sie zu bitten, überall, wo es möglich ist, zu einer Herabsetzung der Preise zu kommen.

Die Situation in unserer Wirtschaft kann sehr leicht schwierig werden, wenn die Löhne zu hoch werden. Deshalb müssen wir nicht nur an die Arbeitnehmer, sondern auch an die Arbeitgeber appellieren. Diese ganze Auseinandersetzung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern – das ging sehr klar aus meiner Unterredung mit den Vertretern der Arbeitnehmer hervor – wird sehr stark unter dem Motto stehen „Stabilität der Preise“, und zwar verlangt das die Öffentlichkeit. Die Gewerkschaften

23 Gemeint: Bayer AG, Leverkusen.

24 Dr. Karl Blessing (1900–1971), 1958–1969 Präsident der Deutschen Bundesbank. – Sein „Memorandum über die Lohn- und Preisentwicklung“ in BULLETIN vom 28. Januar 1960 S. 161f.

zeigten sich davon sehr beeindruckt; denn sie wollen nicht als diejenigen dastehen, die nun durch unvernünftige Lohnforderungen die Preise in die Höhe treiben. Die öffentliche Meinung wird sich gegen denjenigen wenden, bei dem es schließlich hängenbleibt, und sie wird sagen: Du bist schuld an den Preissteigerungen durch deine ständigen Lohnforderungen.

In diesem Zusammenhang darf ich noch folgendes erwähnen. Sie wissen, daß infolge der Erhöhung der Preise der Wert der Deutschen Mark seit zehn Jahren, je nachdem, wie Sie es rechnen, um 22 bis 24 % gesunken ist. Das ist doch eine sehr ernste Sache, meine Damen und Herren, wenn das so weitergeht. Herr Butschkau²⁵ hat mir einen sehr ernst gehaltenen Brief im Namen der gesamten Sparer geschrieben – ich werde ihn noch zu mir bitten –, daß doch auch das Interesse der Sparer, nämlich die Erhaltung des Wertes ihrer ersparten Gelder, bei diesem ganzen wirtschaftlichen Prozeß unbedingt berücksichtigt werden müsse.

Diese ganzen Dinge hängen also sehr eng zusammen, und sie müssen auch von der Bundesregierung, vom Bundestag, aber auch von den Parteien so gesehen werden. Die ganzen Tarifverhandlungen gehen davon aus, daß die Verträge für ein Jahr abgeschlossen werden, so daß also die ganze Geschichte Anfang 1961 wieder von neuem losgehen wird, und das im Wahljahr!

Damit komme ich zur Bundestagswahl im Jahre 1961. Diese Wahlen werden – ich befinde mich da im Einvernehmen mit den Herren des geschäftsführenden Vorstandes, mit denen ich gestern über diese ganzen Fragen gesprochen habe – ungemein schwierig werden. Wir können nämlich mit vielen Argumenten, mit denen wir früher Wahlkämpfe bestritten haben, nicht mehr aufwarten, weil sie inzwischen überholt oder erledigt sind; es sei denn, daß sich die Bevölkerung daran gewöhnt hat, sei es aus irgendwelchen anderen Gründen. Sie wissen, Dankbarkeit gegenüber einer politischen Partei ist ziemlich ausgeschlossen. Damit dürfen wir in keiner Weise rechnen. Ich habe mir gestern stichprobenweise einige Punkte aufgeschrieben, mit deren Herausstellung wir nicht mehr viel machen können, und zwar handelt es sich um den Lastenausgleich, den Wohnungsbau, die Wirtschaft.

Wir haben die Vollbeschäftigung. Die Leute leben gut, und das betrachten sie als eine Selbstverständlichkeit. Es handelt sich weiter um die Fragen, die damals sehr umstritten waren, nämlich die Wehrpflicht, Beitritt zur NATO. Auch hier wird man nicht mehr sehr viel sagen können. Dagegen haben wir auf der Plattform des Bundestages noch einige sehr unangenehme Sachen, die uns sehr großen Schaden einbringen können, und zwar nenne ich die Kriegsopferversorgung²⁶ und das Krankenkassengesetz²⁷. Das Krankenkassengesetz kann eine sehr üble Sache werden;

25 Dr. Fritz Butschkau (1901–1971), Dipl.-Kfm., Bankdirektor; u.a. Direktor der Rheinischen Girozentrale und Provinzialbank, Düsseldorf, Ehrenpräsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Bonn.

26 Vgl. Nr. 10 Anm. 98.

27 Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetz (KVNG), Entwurf vom 14. Januar 1960 – BT-Drs. 1540.

denn die Ärzte sind ausgezeichnete Agitatoren bei der Wahl. Sie sprechen in ihren Sprechstunden mit sehr viel Leuten und können hier sehr stark auf diese ganzen Dinge einwirken. Dieser Kampf der Ärzte gegen das Krankenkassengesetz muß sehr ernst gesehen werden für den Ausgang der Wahl des Jahres 1961.

Auf der anderen Seite haben wir auch gute Sachen vorzutragen. Die Gefährlichkeit des Kommunismus zeigt sich immer mehr. Wir werden das bei der Wahl sehr stark hervorkehren müssen. Es hat sich auch gezeigt, daß die Sozialdemokraten – das zeigt vor allem ihr Deutschlandplan – sehr stark die Neigung haben, da nachzugeben. Wir haben noch verschiedene andere Argumente, die wir, wenn wir sie weiter durchgearbeitet haben, für uns ins Feld führen können.

Die Sozialdemokraten haben ein neues Grundsatzprogramm herausgebracht.²⁸ Von allen Charakterisierungen, die ich darüber gehört habe, war eigentlich die treffendste die von Herrn Leonhard²⁹. Er sagte: Die Sozialdemokraten haben ihre Hauptsachen aus dem Schaufenster herausgeholt und in den Laden zurückgestellt. In das Schaufenster stellen sie jetzt andere harmlose Sachen. Aber das, was sie früher im Schaufenster gehabt haben, verkaufen sie nach wie vor im Laden, und sie werden auch, darauf gestützt, weiterarbeiten. Das ist, wie ich meine, eine ausgezeichnete Charakteristik. Aber auf Schaufenster fallen manche Leute herein. Damit müssen wir rechnen.

Nun komme ich auf den kirchlichen Bereich zu sprechen. Die Sozialdemokraten haben jetzt eine neue Schrift – mir wurde gesagt, in Hunderttausenden von Exemplaren – herausgebracht, in der sie nachzuweisen versuchen, daß ihre Soziallehre absolut übereinstimme mit der Enzyklika Quadragesimo anno.³⁰ Sie drucken auf der einen Seite diese Enzyklika ab und auf der anderen Seite das, was sie dazu zu sagen haben. Das ist sehr geschickt überlegt und soll vor allem auf die Bischöfe und die leitenden Persönlichkeiten der katholischen Kirche wirken. Sie wollen damit den Nachweis führen, daß sie sich gemäß dieser katholischen Soziallehre entwickelt und gestaltet haben und somit kein Feind der Kirchen sind.

Auf der evangelischen Seite erblicke ich in dem Ausscheiden des Bischofs Dibelius³¹ einen sehr schweren Verlust für uns. Dibelius hat erklärt, daß er im Jahre

28 Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Godesberger Programm) in: Vorstand der SPD (Hrsg.): Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13. bis 15. November 1959 in Bad Godesberg. Hannover/Bonn o.J. S. 9–30.

29 Möglicherweise Gottfried Leonhard (1895–1983), MdB (CDU), der am 27. Januar 1960 einen Termin bei Adenauer hatte (TERMINKALENDER).

30 Vorstand der SPD (Hrsg.): Der Katholik und die SPD. o.O. 1959 (Gegenüberstellung S. 28–35). Dazu UiD Nr. 9 vom 3. März 1960. Vgl. Ulrich von HEHL, Heinz HÜRTEN (Hrsg.): Der Katholizismus in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. Eine Bibliographie. Mainz 1983 S. 51ff. – Die Enzyklika Quadragesimo anno von Pius XI. 1931 in: Bundesverband der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands (Hrsg.): Texte zur katholischen Soziallehre 1. 7. erw. Aufl. Kevelaer 1989 S. 101–169.

31 Dr. Otto Dibelius (1880–1967), Bischof; 1949–1961 Vorsitzender des Rates der EKD. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 87 Anm. 3; Robert STUPPERICH: Otto Dibelius. Göttingen 1989.

1961 ausscheiden werde. Wer sein Nachfolger werden wird, weiß man nicht. Dibelius ist jedenfalls ein Mann, der sich nicht nur mit Worten zur CDU bekannte, sondern der dementsprechend auch auftrat und handelte und dadurch ganz sicher auf weite evangelische Kreise einen großen Einfluß in unserem Sinne ausgeübt hat.

Wir dürfen also die Wahlaussichten im Jahre 1961 nicht als rosig betrachten, sondern müssen alles tun, was wir irgendwie tun können, um rechtzeitig und klug die ganze Wahlagitation zu führen; denn sonst sieht es schlecht für uns aus. Es ist leider so, daß sich in einer Partei, die bei drei Wahlen hintereinander gesiegt hat, eine gewisse Müdigkeit und Selbstgefälligkeit breitmacht und daß in ihr ein Vertrauen auf eine höhere Hilfe von oben Platz greift, so daß sie also Gottes Wasser über Gottes Mühlen laufen läßt. Mit anderen Worten: Unsere Partei muß aus dem Schlaf nach diesen drei Wahl-Mahlzeiten – in den der menschliche Geist und Körper leicht versetzt wird – wieder erwachen und außerordentlich lebendig werden. Lebendig werden heißt auf politischem Boden, aggressiv werden. Und bei politischen Kämpfen ist eine Aggression das einzige Mittel, um zum Siege zu kommen.

Wir sollen uns also nicht verteidigen, sondern wir müssen offensiv werden! Das ist das einzig Richtige! (*Zuruf*: Auf, auf zum fröhlichen Kampf und Jagen!) Jawohl! Das begrüße ich sehr. Wir haben es verdammt nötig! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Die Nacht ist vorüber, und der Tag ist angebrochen, wo gekämpft werden muß!

Und nun einige Worte zu den Randerscheinungen, weil gerade Herr Ministerpräsident Altmeier mich so freundlich ansieht. Ich hoffe und wünsche, daß nun endlich diese leidige Sache mit dem Fernsehen aus der Welt geschafft wird.³² (*Lebhafter Beifall*.) Ich hatte schon mehrfach geglaubt, sie wäre aus der Welt geschafft, aber sie war nicht aus der Welt. Und nun hoffe ich wirklich, daß sie endlich aufhört.

Wir sind doch – machen Sie sich einmal klar – auf dem Gebiet des Rundfunks, der Presse und des Fernsehens einfach ganz hintenan. Ich möchte mal das Land sehen, in dem eine Regierungspartei nach drei siegreichen Wahlen eine solche Presse und eine solche öffentliche Meinung hat, wie wir sie leider haben. Das gibt es nur in Deutschland! Warum das so ist, weiß ich nicht. Aber beschäftigen Sie sich einmal mit dieser Frage, meine Damen und Herren! (*Blumenfeld*: In Amerika gibt es das auch!) Was? (*Blumenfeld*: Eine schlechte Presse!) Wie können Sie das sagen? (*Blumenfeld*: Herr Bundeskanzler! Lesen Sie einmal die Presse in den USA über die Demokraten. Die haben dort auch zweimal oder dreimal gewonnen! – *Unruhe und Bewegung*. – *Fricke*: Die Besserwisserei und die Mißgunst ist nirgendwo so stark wie bei uns in Deutschland. – *Blumenfeld*: Das ist eine allgemeine Krankheit!)

Nein, Herr Blumenfeld! Lassen Sie sich einmal von Herrn Schröder sagen, welche Erfahrungen wir mit dem Rundfunk in den letzten acht Jahren gemacht haben. Selbst wenn Sie recht hätten, Herr Blumenfeld, dann müßten wir es eben ändern. Das ist doch ein unmöglicher Zustand. (*Blumenfeld*: Der Rundfunk ist doch eine

32 Zum Fernsehstreit, bei dem um die gesetzgeberische Kompetenz für den Rundfunk zwischen Bund und Ländern gestritten wurde, BAUSCH 1 S. 305–428; vgl. Nr. 9 Anm. 35.

Körperschaft des öffentlichen Rechts. Ich wußte nicht, daß die Presse auch eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist. Also ist die Presse etwas anderes als der Rundfunk! – *Bewegung und Unruhe.*) Also, das verstehe ich nicht! Ich habe nie behauptet, daß Rundfunk und Presse dasselbe seien. Ich habe eben gesagt: Ich möchte mal das Land sehen, in dem eine Regierungspartei nach drei siegreichen Wahlen eine solche Presse und eine solche öffentliche Meinung hat, wie wir sie leider haben. (*Blumenfeld:* Für den Rundfunk gilt das, jawohl!) Doch auch für die Presse! Oder wollen Sie das bestreiten? Das ist doch nicht zu bestreiten! (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.* – *Cillien:* Die Presse bei uns bringt überhaupt nichts Positives. – *Zurufe:* Sehr richtig! – Immer nur gegen die Regierung! – *Fricke:* Immer gegen die Bundesregierung! – *Blumenfeld:* Aber die Presse ist doch keine öffentlich-rechtliche Körperschaft! – *Zuruf:* Deswegen kann sie doch objektiv bleiben! – *Anhaltende Unruhe.*)

Meine Damen und Herren! Mit einer solchen Kritik, wie sie Herr Blumenfeld übt, kommen wir doch der Sache nicht näher. Wir kommen der Sache nur dann näher – auch wenn wir in Kleinigkeiten verschiedener Meinung sind –, wenn wir das große Ganze sehen. Und da wird mir jeder, der einigermaßen objektiv die Dinge sieht, recht geben, daß die Aussichten für die Wahl im Jahre 1961 nicht gut sind, sondern daß es unserer harten und unermüdlichen Arbeit bedarf, wenn wir zu einem Erfolg kommen wollen.

Und nun würde ich mich freuen, wenn Sie sich aussprächen und kritisierten, damit wir uns über die gegenwärtige Situation austauschen können; denn nur durch eine klare allgemeine Erkenntnis der Situation können wir sie meistern. Gerade bei einer solchen Aussicht der Wahl im Jahre 1961, wie ich sie geschildert habe, muß man beizeiten daran denken, wie es mit den anderen kleineren Parteien aussieht. Wir haben gestern im geschäftsführenden Vorstand über die Deutsche Partei gesprochen. Die Deutsche Partei ist an mich als dem Vorsitzenden der CDU herangetreten wegen eines Gesprächs. Dieses Gespräch wird Anfang Februar sein.³³ Vorher werde ich mich noch unterhalten müssen mit unseren Freunden aus Niedersachsen. Ich möchte aber schon jetzt einen Gedanken zum Ausdruck bringen, den Sie bitte einmal erwägen wollen.

Wir haben bisher geglaubt, daß der Bodensatz des Nationalsozialismus und Antisemitismus im deutschen Volk ganz gering sei. Er ist zwar gering, aber nicht so gering, wie ich es gehofft und erwartet hatte. Die Deutsche Partei hat immer erklärt, es werde ihr gelingen, die etwas zweifelhaften Kräfte und Elemente in sich zu verkräften; denn diese Leute würden niemals CDU wählen.

33 Mit dem Fraktionsvorsitzenden der DP-Bundestagsfraktion Herbert Schneider und der stv. Fraktionsvorsitzenden Margot Kalinke am 8. Februar 1960 (TERMINKALENDER). Anmerkungen zu diesem Gespräch im Schreiben Herbert Schneiders an Richard Langeheine, 22. Februar 1960 (ACDP I-026-004/3 und ACDP I-148-050/3).

Sie haben weiter erklärt: Wenn wir sie nicht binden, so daß sie von der Bildfläche verschwinden, muß man damit rechnen, daß sich solche Kräfte herauskristallisieren in der DRP oder was es sonst für eine Partei ist. Noch vor wenigen Tagen habe ich diesem Gedanken nicht die Bedeutung beigelegt, die ich ihm jetzt beilegen muß. Aber darüber werden wir uns noch unterhalten müssen in erster Linie mit unseren Freunden aus Niedersachsen.

Nun zur FDP! Sie haben wohl den Bericht über den Parteitag der FDP gelesen.³⁴ Sie will aus der Opposition heraus und an die Seite der CDU/CSU kommen. Aber denken Sie an die Erfahrungen, die wir gemacht haben – ich sehe namentlich Sie, Herr Meyers, an – in Nordrhein-Westfalen, wo die FDP mit der SPD die Regierung Arnold gestürzt hat. (*Meyers*: Obwohl sie in der Regierungskoalition war!) Ja, obgleich sie in der Regierung war! Ich stehe jedenfalls auf dem Standpunkt, man soll das alles einmal registrieren, was von der FDP gesagt wird, und dann die Dinge sich zunächst einmal entwickeln lassen. Wir sollten dazu jetzt nicht Stellung nehmen, auch nicht in der Presse, sondern wir sollten in Ruhe abwarten, was da kommen wird.

Das sind zunächst die wesentlichsten Punkte, die ich vortragen möchte. Nun wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie Ihre Meinung zu meiner Darstellung äußerten. (*Meyers*: Wie ist es mit der Bundestagswahl?) Darüber wollen wir jetzt nicht sprechen, sondern Herr von Hassel wird dazu etwas sagen. Hier handelt es sich um allgemeine politische Fragen, die für die Arbeit der Bundesregierung und der Bundestagsfraktion sehr wichtig sind, so daß ich großen Wert darauf lege, hier klar darüber zu sprechen.

Fay: Zu den Angelegenheiten, die bis zur Bundestagswahl erledigt werden müssen, gehören die Kriegsopferversorgung und das Krankenkassengesetz. Ich möchte ergänzend noch hinzufügen das Kindergeld³⁵ ...

Adenauer: Das ist schon im Anlaufen begriffen. – Das Wort hat Herr Ministerpräsident Röder.

Röder: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf Ihre Aufmerksamkeit auf folgendes lenken: Herr Bundesminister Dr. Wuermeling hat vor der saarländischen Presse Ausführungen gemacht, die ich von meinem Standpunkt aus als unverantwortlich bezeichnen muß. (*Lebhafte Zurufe*: Bitte lauter! – Wir verstehen nichts!) Ich habe gesagt, daß Herr Dr. Wuermeling gestern vor saarländischen Journalisten Ausführungen gemacht hat³⁶, die ich für unverantwortlich halte. Ich habe ein Fernschreiben auf den Tisch bekommen, wonach bereits die Opposition an der Saar,

34 11. Bundesparteitag der FDP in Stuttgart vom 28. bis 29. Januar 1960 (FAZ vom 29. Januar 1960).

35 Vgl. Nr. 10 Anm. 99.

36 Pressegespräch saarländischer Journalisten im Bundesfamilienministerium am 26. Januar 1960 (Pressedienst der Regierung des Saarlandes 19/1960 vom 27. Januar 1960; „Deutsche Saar“ vom 29. Januar 1960; vgl. auch Wuermeling an Röder vom 2. Februar 1960 – Landesarchiv Saarland, Bestand Staatskanzlei Nr. 540).

Herr Schneider³⁷, diese Frage aufgreift. Ich darf Ihnen, damit Sie sehen, wie sich so etwas auswirkt, folgende Notiz verlesen.³⁸

„Mangelhafte Initiative der Regierung Röder! Kritik der eigenen Parteifreunde! Das Saarland hätte viel mehr erreichen können!“ (*Zurufe*: Lauter!) „Wer es noch nicht wußte, daß die CDU-Regierung des Saarlandes bei den Verhandlungen über die Rückgliederung und insbesondere in der Frage der Erhaltung des sozialen Besitzstandes an Initiative und an Nachdruck hat fehlen lassen, der erfährt es jetzt von der Bundesregierung, speziell von Röders CDU-Kollegen, dem Familienminister Wuermeling.“ (*Zurufe*: Lauter!) „Vor saarländischen Journalisten erklärte Wuermeling dieser Tage, daß das Saarland seinen familienpolitischen Anliegen besser hätte nützen können, wenn es in Bonn seine Ansichten nachdrücklicher vertreten hätte. In Zukunft sei eine stärkere Geltendmachung der saarländischen Interessen in Bonn vonnöten. In der Vergangenheit sei davon nicht viel zu spüren gewesen.“ (*Zuruf*: Kaum zu verstehen!) „Diese klare Stellungnahme eines CDU-Ministers läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und es bleibt ihr auch nichts mehr hinzuzufügen. Die Regierung Röder hat ihr Unfähigkeits-Attest von berufener Instanz erhalten.“

Soweit Herr Wuermeling! Das kann ich nicht hinnehmen.

Adenauer: Wenn Herr Wuermeling das gesagt hat, dann ist das natürlich auf das schärfste zu tadeln, und zwar nicht nur, weil er als Bundesminister aufgetreten ist, sondern auch als Mitglied der CDU. Es gehört sich einfach nicht. Das ist eine Sache, die gehört vor das Ehrengericht. (*Von Hassel*: Was wir noch nicht haben!) Was wir schaffen müssen! (*Röder*: Ich werde ihm antworten! Das lasse ich mir nicht gefallen!) Das müssen Sie! (*Röder*: Sie kommen auch in ein schlechtes Licht!) Natürlich! – Das Wort hat Herr Krone.

Krone: Wir erleben es immer wieder, daß der eine oder andere aus der Reihe tanzt und mit Sonderwünschen und Sonderanliegen auftritt und dahinter dann das Grundsätzliche setzt. Die anderen aber sind dann die Interessenvertreter. Ich muß auch von der Fraktion aus die Bitte an den Regierungschef äußern – ich nehme diese Sitzung des Bundesvorstandes zum Anlaß dazu –, daß eine einheitliche und geschlossene Meinung des Kabinetts in all diesen Fragen nach außen getragen wird. Die Fraktion bemüht sich wirklich, alles zu tun im Benehmen mit der Regierung. Wir bremsen unsere Leute zurück, wenn sie mit ihren eigenen Ansichten usw. kommen, abgesehen vom Kollegen Bucerus. Es sind immerhin weit über 250 Leute.

Adenauer: Ich bin der gleichen Ansicht wie Sie, Herr Krone, und darf nun im Anschluß an die gestrigen Gespräche auf den Angriff des Herrn Bucerus hinweisen

37 Dr. Heinrich Schneider (1907–1974), 1955–1965 MdL Saarland (DPS/FDP) 1957–1965 MdB. Erinnerungen: Das Wunder an der Saar. Stuttgart 1974. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 346 Anm. 31.

38 Aus „Deutsche Saar“ vom 29. Januar 1960.

bezüglich Oberländer.³⁹ Sie haben schon in der Presse erklärt, die Fraktion sei nicht dafür verantwortlich.

Albers: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Wir sollten in dem, was uns politisch aufgegeben ist, nach draußen eine geschlossene Einigkeit zeigen. Dabei sollten wir nicht so pingelig sein, wie Sie sich in Düren ausgedrückt haben⁴⁰, Herr Bundeskanzler. Ich möchte dabei einige Punkte anschneiden, wie ich sie vom Standpunkt eines kleinen Parteimannes aus sehe. (*Adenauer:* Wer ist dieser kleine Parteimann? – *Heiterkeit.*)

Es muß endlich aufhören mit diesem ewigen Streit um den Rundfunk und das Fernsehen. Nehmen Sie davon gefälligst Kenntnis, meine Damen und Herren! Unserem Volke ist das gleich, ob Sie es so oder so machen. Wir sollten jetzt endlich mal eine gleiche Meinung herausstellen. Wenn sich unsere Freunde hier nicht einigen können, dann dürfen Sie davon überzeugt sein, dann wird Ihnen das auf dem Bundesparteitag in aller Öffentlichkeit im Namen des deutschen Volkes vorgehalten, und das dürfte für die Bundestagswahl nicht gerade attraktiv sein! (*Adenauer:* Herr Albers! Wen haben Sie eben gemeint?) Ich habe schon in einer der letzten Sitzungen des Bundesparteivorstandes gesagt, auch Herr Schröder könne nicht mit dem Kopf durch die Wand gehen. (*Schröder:* Haben Sie meine Rede⁴¹ gelesen, Herr Albers? Ich habe sanft wie ein Engel im Bundestag gesprochen. – *Unruhe und Bewegung.*)

Meine Damen und Herren! Wir müssen als Partei nach draußen eine einheitliche Sprache sprechen. Wohin kommen wir denn sonst! Sie haben mit Recht gesagt, Herr Bundeskanzler, es ist in der Wirtschaft sehr viel Geld verdient worden, aber das Geldverdienen hat sich nicht ausgewirkt in einer allgemeinen Preissenkung. Das ist der Punkt, den heute die Gewerkschaften immer wieder aufgreifen. Die Gewerkschaften sagen, was gemeinsam erarbeitet worden ist, muß auch gemeinsam verteilt werden. Die Frage ist nur, mit welchen Mitteln dieses Ziel erreicht werden kann.

Die Großwirtschaft hat es immer verstanden – schon vor 1933 –, ihre Gewinne gut anzulegen. Die Arbeiterschaft beklagt sich darüber, daß hier eine einseitige Ausnutzung erfolgt. Das ist einer der Punkte, der die Radikalisierung der Gewerkschaften hervorgerufen hat. Denken Sie an Herrn Flick⁴² und einige andere Leute der Großwirtschaft. (*Zuruf:* Sehr richtig!) Denken Sie daran, daß die Industriegewerkschaft Metall in den Großunternehmungen der eisenverarbeitenden und eisenschaffenden Industrie

39 Gerd Bucerius: „Was ist mit den Nazis in Bonn? Das Gerede über Schröder und Globke – Oberländer muß gehen!“, in: „Die Zeit“ vom 29. Januar 1960.

40 Rede auf dem Landesparteitag der CDU Rheinland in Düren am 27. November 1959 (Manuskript der Rede in ACDP-PRESSEDOKUMENTATION; vgl. auch FAZ vom 28. November 1959).

41 Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 5330–5334.

42 Friedrich Flick (1883–1972), Unternehmer; Begründer des „Flick-Konzerns“ aus Unternehmen der Montanindustrie; im Dritten Reich maßgeblicher Einfluß auf die Montan- und Rüstungsindustrie, ab 1938 Wehrwirtschaftsführer, 1947–1950 Inhaftierung als „Kriegsverbrecher“, danach Neuaufbau eines Mischkonzerns.

nicht mehr in dem Maße wie bisher zur Verantwortung herangezogen wird. Die Radikalisierung der Gewerkschaften zeigt sich am stärksten bei der IG Metall. Ich wäre sehr dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn es noch vor den Bundestagswahlen gelänge, das zu beseitigen durch gesetzliche Änderungen, was hier an Unheil geschaffen worden ist, um damit unser Prinzip der Machtverteilung auch in der Wirtschaft zur Geltung zu bringen. Damit würden wir auch bei den Gewerkschaften eine bessere Wertung unserer Arbeit finden.

Nun weiß ich, daß gleich Herr Minister Dufhues anklagend gegen Köln den Finger erheben und sagen wird, wann endlich werdet ihr die Antwort geben zu den Kommunalwahlen. Auf eines mache ich Sie aufmerksam. Wenn wir die Wahlen nicht gewinnen wollen, dann brauchen wir nur 70 % unserer Wählerschaft zu verärgern. Man braucht natürlich nicht alles perfektionistisch in Ordnung zu bringen, und man kann auch nicht alles auf einmal machen. (*Unruhe und Bewegung.* – *Altmeier*: Was meinen Sie denn damit, Herr Albers?) Ich will zu diesen Dingen nicht weiter sprechen. (*Altmeier*: Sagen Sie doch, was Sie wollen! – *Unruhe.*)

Herr Bundeskanzler! Sie haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Ärzteschaft für den Ausgang der kommenden Wahlen von Bedeutung sei. Ich darf Ihnen sagen, daß diese akademisch gebildete Ärzteschaft in den letzten Tagen ein Flugblatt gegen Theo Blank⁴³ und auch gewissermaßen gegen Ihre Regierung herausgebracht hat. Dieses Flugblatt, das in Millionen Exemplaren verteilt wird, erinnert mich an die Zeiten vor 1933 in Köln, als durch die Feder des raffinierten Goebbels⁴⁴ die Situation in ähnlicher Weise schriftlich dargestellt wurde.

Ich habe daher die Bitte, Herr Bundeskanzler, setzen Sie Ihre Autorität auch gegenüber der Ärzteschaft ein, und machen Sie sie darauf aufmerksam, daß auch die Ärzteschaft in ihrem eigenen Interesse maßhalten muß. Wir haben kein Recht, von den kleinen Leuten zu verlangen, maßzuhalten, wenn die anderen dieses Maßhalten von sich aus überhaupt nicht respektieren.

Ich habe als alter Gewerkschaftler 54 Jahre lang um einen hohen Reallohn zur Erhaltung der Kaufkraft gekämpft. Ich gehöre zu der älteren Gruppierung dieser Partei. (*Adenauer*: Sie gehören zur alten Garde!) Einverstanden, Herr Bundeskanzler! Dann bin ich einer Ihrer Gardisten!

Es kommt darauf an – und nun sage ich es nach kölscher Art –, die paar Groschen, die ich mir seit dem Jahre 1950 gespart habe, will ich im Jahre 1960 oder 1961 nicht um 25 % entwertet sehen! (*Zuruf*: Sehr richtig!) Die anderen Leute denken genauso. Wir müssen doch gleiches Recht für alle schaffen, aber nicht Sonderrechte für diesen

43 Vgl. den Aufruf der Aktionsgemeinschaft der Deutschen Ärzte vom 20. Januar 1960 (in: „Ärztliche Mitteilungen“ vom 30. Januar 1960 S. 174); Albert MÜLLER: Versuch einer Kostendämpfungspolitik unter Theodor Blank. Dokumentation aus den Geschehnissen in den Jahren 1960 bis 1964. In: Die Ortskrankenkasse 15/1980 S. 521–535.

44 Dr. Joseph Goebbels (1897–1945), ab 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda. Vgl. Ralf Georg REUTH: Goebbels. München 1990.

oder jenen. Wir sollten auch nicht anklagend den Finger gegen die Gewerkschaften erheben, weil sie dafür eintreten, daß auch die Arbeitnehmer beteiligt werden an dem Segen des Wirtschaftswunders. Warum sollen das nur die oberen Leute sein? Unsere Parole muß lauten: Sicherung der Währung. Darauf legt der größte Teil unserer Wählerschaft den entscheidenden Wert.

Adenauer: Meine Damen und Herren! Ich möchte dem, was Herr Albers gesagt hat, noch folgendes hinzufügen. Nach meiner Erinnerung waren zwölf Herren der Gewerkschaften hier, darunter der Herr Brenner. Sie waren sehr ruhig und sehr gemäßigt bei dem Gespräch. Auch sie legten wie Kollege Albers den größten Wert auf die Senkung der Preise. Was sie mir über die Verdienste und die Handelsspannen in der Wirtschaft gesagt haben, war so horrend, daß ich sie gebeten habe, mir das schriftlich zu geben, und zwar unter Angabe der einzelnen Beispiele.

Wenn das wahr ist, meine Damen und Herren, was mir da gesagt worden ist, dann muß ich Ihnen gestehen, das ist ein Skandal! (*Albers:* Sehr richtig!) An dieses Problem werden wir sehr ernst herangehen müssen.

Cillien: Herr Kollege Albers hat einige sehr wichtige Dinge angesprochen. Ich bin dankbar, daß er auch über den Rundfunkstreit gesprochen hat. Dieser ganze Streit wirkt draußen in der Bevölkerung sehr schädlich für uns. Die Leute verstehen einfach nicht, daß sich eine Regierungspartei über ein solches Problem nicht verständigen kann.

Ich möchte eine kleine Glosse erzählen. Am vergangenen Mittwoch hat Herr Schröder im Plenarsaal des Bundestages seine Rede gehalten.⁴⁵ Dieser Rede haben auch 40 Referendare zugehört. Anschließend habe ich mich mit ihnen in ein Zimmer gesetzt, damit wir uns aussprechen konnten. Ich fragte sie, worüber wollen Sie reden? Und da wollte niemand von ihnen, obwohl sie gerade Herrn Schröder gehört hatten, über das Rundfunkgesetz sprechen. Sie sagten alle, das interessiert uns nicht, sondern uns interessiert vor allem der Ost-Kontakt, dann der Fraktionszwang usw. Als die Sache zu Ende war, habe ich ihnen erklärt, warum halten Sie die Rundfunksache für unwesentlich? Liegt es daran, daß Sie kein Verständnis haben für den Kampf um organisatorische Dinge? Jawohl, sagten sie, diese Organisationsfragen, die sich in der CDU breitgemacht haben, interessieren uns nicht. Was wir wollen, ist ein zweites Fernsehprogramm.

Das haben die 40 Referendare mir mit aller Deutlichkeit gesagt. Sie hatten nicht die Neigung, obwohl sie der Plenarsitzung beigewohnt hatten, auch nur fünf Minuten lang über das Rundfunkgesetz zu reden. Deshalb meine ich, wir müssen hier endlich über diese Dinge hinwegkommen.

Fricke: Herr Albers und auch die Gewerkschaftler bei dem Gespräch mit Ihnen haben durchaus zu Recht festgestellt, daß die Selbstfinanzierung der deutschen Industrie, insbesondere der deutschen Großwirtschaft, seit der Währungsreform nicht nur ungewöhnlich, sondern sogar exorbitant gewesen ist. Daran ist kein Zweifel. Wir

⁴⁵ Vgl. Anm. 41.

können das Volkswagenwerk nehmen, das aus Trümmern neu erstanden ist. Es ist noch immer ein anonymes Vermögen. Wir wissen, daß aus dem Gewinn von etwa 3,5 Millionen Volkswagen rund 3 Milliarden investiert worden sind. Man hätte den Volkswagen bei entsprechender Ausnutzung des Kapitalmarktes von Anbeginn um rund DM 600,- billiger verkaufen können. Etwas Ähnliches könnte man auch für die Hibernia, für Krupp und alle diese großen Gesellschaften, ja bis in die Mittelindustrie hinein fortsetzen.

Aus der Selbstfinanzierung sind neue Werte in Höhe von 150 bis 200 Milliarden entstanden. Unter normalen Verhältnissen scheint mir das eine unmögliche Methode zu sein, auch von unseren ethischen Grundsätzen her, aber wie anders hätte man nach dem Zusammenbruch und aus den Trümmern sieben Millionen Menschen neue Arbeitsplätze beschaffen können. In einer modernen Wirtschaft kann man sagen, es kommt am Ende nicht darauf an, wem das Kapital gehört, sondern wem dient es überwiegend. Und da dient es überwiegend den 20 Millionen abhängigen Beschäftigten. Wir dürfen nicht vergessen, daß auch die abhängigen Einkommen von 40 Milliarden auf über 120 Milliarden jährlich angewachsen sind und daß der allgemeine Lebensstandard entsprechend gestiegen ist.

Herr Leber⁴⁶ von der IG Bau, Steine und Erden hat in seiner Zeitschrift im Oktober⁴⁷ in einer Rückschau beschrieben: Wir haben nicht vergeblich gearbeitet. Wir haben 1950 einen Lohn von DM 1,45 pro Stunde gehabt, und jetzt haben wir einen solchen von DM 2,67. Das sind 185 % mehr. Wir haben uns in dieser Zeit mit den steigenden Preisen auseinandergesetzt. Der Lebenshaltungskostenindex liegt heute gegenüber 1950 bei 121, dagegen bei den Löhnen bei 185 %. Ein wahrhaft stolzer Erfolg unserer Arbeit. Der Reallohn der Bauarbeiter ist im vorigen Jahr um etwa 8 % gestiegen, und dennoch kam zur Jahreswende die Aufkündigung der Bauarbeiter-Tarife. Das macht mich besorgt. Noch größere Sorge macht mir die Frage der Arbeitszeit. (*Albers*: Man kann nicht alles auf einmal machen!)

Hier können wir es uns nicht leisten, auf 42 Stunden und im nächsten Jahre vielleicht auf 40 Stunden zu gehen, um dann – Herr Brenner hat davon gesprochen – in einigen Jahren auf die 35-Stunden-Woche zu kommen. Er vergißt dabei völlig, daß sich die bäuerliche Bevölkerung keine 35-Stunden-Woche und auch keinen Achtstundentag leisten kann. Auch die mittlere und kleine Wirtschaft kann das nicht. Wir müssen ehrlich sagen, das ist einfach nicht drin; denn sonst werden wir die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt verlieren. Die Schweizer Gewerkschaften haben die 45-Stunden-Woche abgelehnt, und wir wollen auf die 42-Stunden-Woche kommen. Hier sehe ich eine große Gefahr.

46 Georg Leber (geb. 1920), kaufm. Angestellter; 1957 Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden, 1957–1983 MdB (SPD), 1961–1968 Vorstand der SPD, 1968–1973 Präsidium, 1966–1972 Bundesminister für Verkehr und 1969–1972 zugleich für das Post- und Fernmeldewesen, 1972–1978 für Verteidigung.

47 Georg LEBER: 10 Jahre IG Bau, Steine, Erden, in: Der Grundstein Nr. 20, Oktober 1959 S. 2.

Adenauer: Erlauben Sie mir, an die Ausführungen anzuknüpfen, die eben gemacht worden sind. Ich habe den Gewerkschaften meine Meinung über die Verkürzung der Arbeitszeit sehr klar gesagt. Ich habe ihnen weiter ausgeführt – und das sind Gedanken, die auch Sie bitte einmal überlegen wollen: Was hatte Deutschland früher? Deutschland hat als wertvollsten Besitz die Kohle. Aber inzwischen ist die Kohle entwertet. Wir haben für die Landwirtschaft einen mittleren Ertragsboden und ein mittelmäßiges Klima. Die anderen haben es in dieser Beziehung viel besser. Wir haben ein bißchen Eisen. Unsere wertvollsten Güter aber sind der deutsche Fleiß, die deutsche Wert- und Qualitätsarbeit und die Exaktheit der Arbeit. Und damit sieht es sehr schlecht aus inzwischen. (*Zurufe:* Sehr richtig! – Leider!)

Die Schweizer Zeitungen schreiben ganz offen, die deutsche Wertarbeit sei einmal gewesen. Ich habe den Gewerkschaftlern gesagt, sie möchten sich einmal klarmachen, was denn in Deutschland in 10, 20 Jahren sein wird, wenn wir nicht diesen deutschen Fleiß und die deutsche Wertarbeit beibehalten. Das sind doch unsere einzigen wirklich sicheren Reichtümer. Und die müssen wir doch pflegen. Darüber wird auch in einer besonderen Sitzung noch näher gesprochen werden. Die Gewerkschaftler wußten mir auf meinen Einwand nicht viel zu antworten.

Ich wollte noch hinzufügen, Sie haben recht, Herr Fricke, die Selbstfinanzierung mußte sein, aber alles hat seine Grenzen, und wir sollten uns auf den Standpunkt stellen: Der Aufbau ist jetzt zu Ende. Das kann nicht ad infinitum so weitergehen, auch nicht die Selbstfinanzierung. Und jetzt müssen die Preise herunter, obgleich – und darüber ist das deutsche Volk nicht genügend aufgeklärt – Deutschland gar nicht zu den teuersten Ländern zählt. Es gibt andere Länder, in denen es noch teurer ist.

Aber ich habe mir erlaubt, Ihre Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß wir hier sehr besorgt sein müssen. Wenn durch weitere Lohnsteigerungen, die jetzt anrollen, eine neue Senkung des Geldwertes eintritt, dann wird das bei den Sparern mit Recht eine wahre Rebellion auslösen. Deswegen müssen wir auch auf die Unternehmer sehr stark einwirken, daß sie dort, wo das irgendwie möglich ist – ich wiederhole, irgendwie möglich ist –, mit den Preisen heruntergehen. Das allein kann uns vor einem Chaos retten, meine Damen und Herren!

Und das muß nach meiner Meinung unsere Parole sein. Wir sollten diese Frage auch vor allem in den Pressekonferenzen anschneiden und herausstellen, daß sich die Lohnbewegung in gewissen Grenzen halten muß, die volkswirtschaftlich erträglich sind, und daß parallel damit gehen muß eine Preissenkung. Die Unternehmer, das wissen Sie, leben auch von den Lebendigen. Die sollten lieber ganz ruhig sein. Bis jetzt war es doch so: Lohnerhöhung ja, aber dann gehen wir mit den Preisen in die Höhe.

Ich habe eben absichtlich nichts gesagt über die Atmosphäre in der Besprechung mit dem Herrn Paulssen⁴⁸ und seinen Herren. Herr Paulssen stimmt mir völlig zu, nur

⁴⁸ Dr. Hans Constantin Paulssen (1892–1984), Industrieller; 1953–1964 Vorsitzender der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA). – Paulssen war am 25. Januar 1960 mit Adenauer zusammengetroffen (TERMINKALENDER).

sagte er, unser Einfluß auf die Unternehmer ist äußerst gering. Und da hat er recht. Aber dann muß man an die Öffentlichkeit gehen. – Das Wort hat Herr Dufhues.

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Sie haben das neue SPD-Programm angesprochen. Ich darf Ihre Ausführungen in zwei Punkten ergänzen. Es scheint mir zunächst notwendig zu sein, allmählich zu einer einheitlichen Sprachregelung der CDU gegenüber diesem SPD-Programm zu kommen. Es gibt heute zwei verschiedene Versionen. Die eine lautet: dieses SPD-Programm sei unaufrichtig. In Wirklichkeit werde es wesentlich anders aussehen; also die sogenannte Schaufenster- und Ladentheorie. Die zweite Version geht dahin: Die SPD löst sich in ihre geistige und gesellschaftspolitische Substanz auf. Der Sozialismus hat versagt, und aus diesem Grunde wendet sie sich gegen dieses oder jenes, was sie früher vertreten hat.

Ein Gesichtspunkt ist vielleicht ganz interessant, nämlich der, von dem Herr Ministerpräsident Meyers gestern gesprochen hat,⁴⁹ daß die SPD Sorge hat vor dem Ansturm und Vordringen der mittelständischen Kräfte in der SPD. Ich will auf diese Problematik nur hinweisen, aber nicht heute schon eine Patentlösung vorschlagen. Es ist außerordentlich schwierig. Ich weiß nicht, wie lange wir die erste Version durchhalten können. Wir müssen die Auseinandersetzung mit der SPD auf lange Sicht sehen. Es wird notwendig sein, daß wir uns sehr eingehend mit der Problematik dieses SPD-Programms befassen. Wir müssen die Auswirkungen sowohl von der propagandistischen wie auch von der politischen Seite sehen und dann zu einer klaren und einheitlichen Sprachregelung kommen.

Ich habe den Eindruck, daß sich dieses SPD-Programm, das sehr maßvoll gehalten ist, zum Teil auch auf die evangelischen und katholischen Kreise verheerend auswirken wird. Auf die Problematik der evangelischen Seite will ich nicht näher eingehen. Das werden unsere Freunde aus dem evangelischen Bereich wirksamer tun können. Dieses Problem wird dadurch verschärft, daß nach unseren Beobachtungen zumindest in Nordrhein-Westfalen die Heinemann-Gruppe – die frühere GVP – in der SPD, und zwar mit Rücksicht auf das Kulturprogramm der SPD, immer stärkeren Einfluß gewinnt. Wir haben jetzt im Landtag von Nordrhein-Westfalen eine Kulturdebatte über das Thema „Christliche Gemeinschaftsschule“. Dadurch könnte bei unbefangenen Beobachtern der Eindruck entstehen, daß die SPD und die FDP gemeinsam das Christentum gegen die christlichen Demokraten zu verteidigen unternommen hätten; so schief liegen die Meinungen, so völlig verzerrt sind die Argumente, so grundsatzlos sind im Grunde diese Debatten. Aber hier ergeben sich große Schwierigkeiten. Heinemann hat es bereits früher verstanden, einen nicht geringen Kreis aus der jungen Intelligenz zu gewinnen. Diese junge Intelligenz macht sich jetzt in der SPD sehr breit und hat dort erheblichen Einfluß, jedenfalls auf die Kulturpolitik.

⁴⁹ Möglicherweise in der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der CDU am 28. Januar 1960, zu der Meyers lt. einer handschriftlichen Notiz auf dem Einladungsschreiben vom 22. Januar zunächst allerdings abgesagt hatte (ACDP VII-001-104/3).

Auf der katholischen Seite sehe ich nun eine wesentlich stärkere Aufweichung des Linkskatholizismus gegenüber der SPD, als dies bisher zu verzeichnen war. Wenn meine Informationen richtig sind, neigt ein starker Kreis des Linkskatholizismus dazu, offiziell zur SPD überzugehen. (*Albers*: Wer ist das denn?) Eine Gruppe in Münster.⁵⁰ Damit sind Tore geöffnet für weitere Teile der katholischen Bevölkerung, die im geistigen Bereich nicht einflußlos sind; eine Entwicklung, die wir nur mit größter Sorge sehen können. Das zum SPD-Programm.

Nun komme ich zu einem weiteren sehr ernstem Problem, Herr Bundeskanzler. Wir haben uns in Nordrhein-Westfalen in der letzten Zeit sehr eingehend unterhalten über die zunehmende Auflösung der Autorität im Volke dem Staat gegenüber. In der letzten Zeit beobachten wir eine sehr starke Radikalisierung – ich spreche jetzt nicht vom Antisemitismus, das ist ein anderes Problem – bei den Vertriebenen. Ich habe in Essen⁵¹ auf das Wirken von Linus Kather hingewiesen, der nur auf den Radikalismus der Vertriebenen setzt. Wir beobachten auch in der Bauernschaft eine Sprache, die selbst das übertrifft, was sich in der nationalsozialistischen Zeit der Reichsnährstand mit Darré⁵² und anderen Leuten geleistet hat. Was Herr von Oer⁵³ vor einigen Tagen vor 14.000 Bauern in Baden-Württemberg gesagt hat, ist einfach unverantwortlich. (*Meyers*: Das ist ein Skandal!) Hier darüber zu wachen, daß die Autorität gerade in der an sich konservativen Bevölkerung keinen Schaden leidet, ist eine der wichtigsten politischen Aufgaben der Führung der CDU.

Auf der anderen Seite verfolgt die Auflösung der Autorität des Staates durch das zum Teil unverantwortliche Verhalten der Funktionäre einzelner Verbände bei den Auseinandersetzungen um die Steigerung der Löhne und Gehälter. Was wir hier in

50 Vermutlich Sympathisanten von Peter Nellen. Der katholische CDU-Bundestagsabgeordnete (Wahlkreis Münster) hatte sich in Fragen der Sicherheits- und Deutschlandpolitik seit längerer Zeit in Gegensatz zur Bundesregierung gestellt. Einem drohenden Parteiausschlußverfahren kam Nellen am 7. November 1960 durch seinen Übertritt zur SPD zuvor. Zur Begründung gab Nellen an: „Die SPD hat sich in einem langjährigen Vorstoß bis zum Godesberger Grundsatzprogramm für alle deutschen Staatsbürger der verschiedensten gesellschaftlichen Schichten und religiös-weltanschaulichen Bekenntnisse allgemein wählbar gemacht. Als gläubiger katholischer Christ halte ich das unbezweifelbar anständige und klare Angebot der Partnerschaft von SPD und Kirche für eine bessere und sauberere Grundlage konstruktiver Zusammenarbeit gesellschaftlicher Mächte als das verschwommene und unklare Verhältnis der heutigen CDU zu den Kirchen“ (aus: Mitteilung der SPD-Bundestagsfraktion vom 8. November 1960 in den Akten des CDU-KV Münster ACDP II-035-033/2). Vgl. Thomas M. GAULY: Kirche und Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1976. Bonn 1990 S. 191–199.

51 Vgl. Anm. 2.

52 Walter Richard Darré (1895–1953), Dipl.-Landwirt; 1933–1942 Reichsminister für Landwirtschaft und Ernährung, 1933–1945 Reichsbauernführer.

53 Antonius Freiherr von Oer (1896–1968), Dipl.-Landwirt; seit 1955 Präsident des Landwirtschaftsverbandes Westfalen-Lippe. Von Oer sprach am 25. Januar 1960 auf einer Großkundgebung über „Agrarpolitik gestern, heute und morgen“. Bericht in „Die Welt“ vom 26. Januar 1960; Redeauszug (26 S.) in ACDP I-090-034.

Nordrhein-Westfalen erlebt haben, spottet jeder Beschreibung; bis zu den übelsten Erpressungen reichen die Erklärungen, die die Beamtenverbände abgeben.⁵⁴ Selbst Erklärungen aus den katholischen Lehrerverbänden haben einen Ton, der auch vom Staate her nicht mehr zu verantworten ist. Die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit würde sicherlich dafür kein Verständnis haben. Vielleicht wäre es gut, Herr Bundeskanzler, wenn Sie persönlich dieses Thema der zunehmenden Auflösung der Staatsautorität einmal im rechtverstandenen Sinne vor der Öffentlichkeit behandelten, um mit jener Härte, die hier nötig ist, diese Kräfte in ihre Schranken zu verweisen.

Adenauer: Über dieses Thema habe ich im Presseclub in Berlin gesprochen, als ich vor 14 Tagen dort war.⁵⁵ Es waren dort maßgebende Vertreter der deutschen Presse, Verleger und Journalisten anwesend. Zu ihnen habe ich fast mit den gleichen Worten, die Sie jetzt gebraucht haben, über das Verhältnis der Deutschen zu ihrem Staat gesprochen. Das ist wirklich ein Skandal ersten Ranges, der einen manchmal an der Zukunft des deutschen Volkes geradezu verzweifeln läßt. Ich stimme Ihnen völlig bei. Wie das aus der Welt geschaffen werden kann, weiß ich noch nicht. Es ist ein außerordentlich ernstes Problem, das Sie angeschnitten haben.

Es haben sich noch einige Herren zu Wort gemeldet. Darf ich Herrn Krone einschieben, der auf eine Frage von Herrn Dufhues antworten möchte?

Krone: Ich stimme Ihnen völlig zu, Herr Dufhues. Ich will ein Beispiel aus der letzten Zeit hinzufügen. Zusammen mit dem Kollegen Höcherl von der CSU haben wir ein paar Worte zu der geplanten Gründung einer Kampf- und Notgemeinschaft der Ärzte gesagt, und zwar daß die Fraktion selbstverständlich bereit ist, sich alle Wünsche der Ärzte anzuhören. Wir haben noch keine Entscheidung getroffen. Aber daß man jetzt hingeht und die Kampf- und Notbünde gründet, die auch in der Formulierung an die Terminologie vergangener Zeiten erinnern, ist nicht zu begreifen. Das muß den Eindruck erwecken, als ob hier ein drohender Finger den Ärzten verbieten wolle, ihre Interessen kundzutun. Das hat dazu geführt, daß der Teil des Hartmannbundes, der auf unserer Seite steht, abgesprungen ist. Ich höre gerade von Herrn Schröder, daß sich die beiden Ärzte, die zu Ihnen kommen wollen, Herr Bundeskanzler, nämlich die Herren Voges⁵⁶ und Fromm⁵⁷, in einer Fernsehsendung coram publico gegen meine Bemerkung gewehrt haben. Ich halte diese Bemerkung aufrecht.

Nun zu der Rede des Herrn von Oer. Ich hatte Herrn Schwarz wissen lassen, er möchte sich vorher die Rede des Herrn von Oer geben lassen. Ob das geschehen ist, weiß ich nicht. Herr Schwarz hat eine sehr ordentliche Rede gehalten, aber dann kam

54 Vgl. „Die Welt“ vom 22. Januar 1960 („Beamte drohen mit Karlsruhe. Höhere Gehälter gefordert“); dazu Meyers und Dufhues in „Freie Presse“ vom 17. Februar 1960: „Die Beamten sollen den ‚rechten Ton wahren‘.“

55 Am 12. Januar 1960 (TERMINKALENDER); vgl. auch „Der Tag“ vom 13. Januar 1960.

56 Am 4. Februar 1960 (TERMINKALENDER). – Dr. Friedrich Voges (1912–1976), praktischer Arzt; 1. Vorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, seit 1969 Ehrenvorsitzender.

57 Dr. Ernst Fromm (geb. 1917), Arzt, Honorarprofessor; 1951–1973 Vorstand der Bundesärztekammer (ab 1959 Präsident).

Herr von Oer als alter Demagoge und hat losgelegt, was an frühere Versammlungen erinnert hat.

Es gibt hier nur eins: Das Verlangen nach der Autorität ist ebenso groß wie das Verlangen nach revolutionären Dingen. Hier müssen Sie und muß der Staat dafür sorgen, daß wieder Ruhe und Ordnung hergestellt werden. Es muß also ein offenes Wort von Ihnen kommen, Herr Bundeskanzler. Die meisten Menschen wollen doch Ruhe und Ordnung haben.

Was Herr Dufhues über die SPD gesagt hat, sehe ich auch so. Ich würde sagen, beides steckt im SPD-Programm drin. Die erste Reaktion in der Presse war die: Das Godesberger Programm ist eine Ermächtigung für 1961. Man will zur Macht, und zwar über die bürgerlichen Kreise und über Herrn Brandt. In Berlin, Herr Bundeskanzler, war Herr Brandt dauernd um Sie herum. Auch Herr Wehner, der hier etwas zurücksteht, hat – im Gegensatz zu Stuttgart⁵⁸ – erkannt, daß man die Tür zu den bürgerlichen Kreisen nicht zuschlagen darf; denn man muß sie für die Wahl haben. Und das zeigt der Ermächtigungscharakter dieses Programms.

Auf der anderen Seite stimme ich Ihnen zu, daß wir das Programm sehr ernst nehmen müssen. Es ist unverkennbar in einem großen Teil der Sozialdemokratie die Erkenntnis vorhanden: Wie bisher geht es nicht weiter. Mit dem reinen Sozialismus des 19. Jahrhunderts ist es aus. Marx hat Unrecht bekommen mit seinen verschiedenen Theorien. Die Dinge sind ganz anders gelaufen, als er vorausgesagt hat. Vor allen Dingen die Zeit seit 1945 hat das eindeutig gezeigt. Daraus ziehen sie nun die Konsequenzen und übernehmen weithin das, was wir getan haben.

Wir müssen also etwas tiefer und ernster von der Seite aus an das Programm herangehen. Ich weiß nicht, ob wir das unmittelbar von der Partei aus machen sollen. Sie haben wahrscheinlich die Sondernummer unserer „Sozialen Korrespondenz“⁵⁹ zu Gesicht bekommen. Der Hunger nach dieser Schrift ist eminent groß. Wir haben bereits 80.000 Exemplare abgesetzt. 30.000 sind nachbestellt. Über dieses Thema wurde von allen Seiten – Gundlach, Stier⁶⁰, Asmussen⁶¹, Strauß usw. – geschrieben. Das ist die erste große Arbeit in unserem Bereich. Wir wollen das weiterführen und ein Blatt herausbringen, das in die Hunderttausende geht.

58 Herbert WEHNER: Außen- und Wehrpolitik im geteilten Deutschland in: Vorstand der SPD Deutschlands (Hrsg.): Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart. Stuttgart o.J. S. 108–122 und 170–176.

59 Sonderdruck der „Politisch-Sozialen Korrespondenz“ (PSK), Ende Dezember 1959 (20 S.).

60 Prof. Dr. Hans Erich Stier (1902–1979), Professor für Alte Geschichte; 1946–1970 MdL NW (CDU). Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 73 Anm. 8.

61 Hans Christian Asmussen (1898–1968), evangelischer Pfarrer, Probst; Mitgründer des Pfarrernotbundes, 1934 Mitautor der Barmer Erklärung, 1945–1948 Präsident der Kanzlei der EKD, 1949–1955 Probst in Kiel. – Wolfgang LEHMANN: Hans Asmussen. Ein Leben für die Kirche. Göttingen 1988.

Es liegt eine große Gefahr darin, wenn einige bekannte Linkskatholiken zur SPD gehen. Ich will keine Namen nennen, aber wenn sie es tun, dann wird offenbar, was sie im Innern sind. Wir sollten also diese Dinge sehr ernst nehmen und etwas sagen zur Partnerschaft der Kirchen, zum Liberalismus usw., weil uns in unseren eigenen Reihen – meist unbegründet – der Vorwurf gemacht wird, wir seien liberal geworden. Was heißt liberal? Auch hier droht eine Gefahr. Das geht bis in die kirchlichen Kreise hinein. Man wirft uns nämlich vor, wir hätten damit unser Programm verraten. Auch darüber muß ein klärendes Wort gesagt werden. Das halte ich für die Wahl im Jahre 1961 für dringend notwendig.

Adenauer: Ein Wort zum Liberalismus! Ich habe Winston Churchill einmal gefragt, wie er sich erkläre, daß die Liberalen in Großbritannien – er war früher selber Liberalist – so völlig abgewirtschaftet hätten. Er hat mir gesagt: Das ist sehr einfach. Was am Liberalismus gut war, haben in der Zwischenzeit die anderen Parteien übernommen, und was nicht gut war, ist nicht der Mühe wert, deswegen eine Partei aufrechtzuerhalten. – Das war eine sehr gute und einfache Antwort.

Blumenfeld: Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Dufhues hinsichtlich der Staatsautorität gesagt hat. Es ist doch so, Herr Krone, wenn jetzt die Ärzte Ihnen unberechtigterweise Vorhaltungen machen, können diese natürlich auf andere verweisen, die mit hemdsärmeligen Methoden in den letzten Jahren hier immer wieder versucht haben, ihre wirtschaftlichen Interessen zur Geltung zu bringen.

Herr Bundeskanzler! Ich glaube, es geht noch etwas tiefer in dieser Frage. Sie hängt zusammen damit, daß in unserer Bevölkerung insgesamt ein echtes nationales Leitbild oder eine echte nationale Sammlungsidee nicht oder noch nicht vorhanden ist. Sie wissen, daß ich damit die Frage der Wiedervereinigung und der deutschen Einheit in unserer gesamten Politik anspreche. Aber das ist es nicht allein. Es fehlt in unserer Bevölkerung einfach das Leitbild und das Vorbild. In der Frage der Autorität meine ich, daß es an den Politikern, an den Abgeordneten und an denen liegt, die in der Verantwortung stehen, und zwar muß diese Autorität dadurch dokumentiert werden, daß man bei einer harten und klaren Linie bleibt und nicht zu vertretende Ansprüche konsequent abweist. Das ist für die Wahl 1961 besonders wichtig.

Der Herr Bundeskanzler hat wiederholt von der Gefahr der Aufweichung nicht nur im Ausland, sondern auch bei uns gesprochen. Ich hatte mir erlaubt – ich wollte Sie damit nicht aus dem Konzept bringen –, einige Zwischenbemerkungen zu machen. Ich meine, daß die Gefahr der Aufweichung bei uns in der Bundesrepublik nicht so groß ist, wie sie manchmal aufgrund von Vorfällen in Informationen oder Zeitungsmeldungen erscheint. Wohl sind die Infiltrationsversuche beim Deutschen Gewerkschaftsbund sehr stark; stärker als bei anderen Organisationen, weil es naheliegt, über die Arbeiterschaft in einen engeren Kontakt zu kommen. Aber Infiltrationsversuche sind ebenso festzustellen bei den rechtsradikalen politischen Parteien und anderen Organisationen, insbesondere von kommunistischer Seite. (*Zuruf:* Na also! Vorhin haben Sie es bestritten!) Nein, unsere Bevölkerung im allgemeinen ist in keiner Weise aufweichungsbereit! Sie weiß ganz genau, was

der Kommunismus bedeutet, und sie läßt sich nicht von den Tiraden des Herrn Chruschtschow und von der ewig rieselnden Propaganda der Linksintellektuellen von ihrem Urteil abbringen. (*Unruhe und Bewegung*. – *Zuruf*: Stimmt ja nicht! – Na, na, Herr Blumenfeld! Vorsichtig! So einfach ist es nun doch nicht! – *Dufhues*: Es ist eine schleichende Aufweichung!) Nein! Die schleichende Aufweichung ist etwas, was wir uns einreden; (*Widerspruch*) denn wir können von unserer Seite immer etwas Positives entgegensetzen. Die Wahlen zum Bundestag und zu den Landtagen beweisen es, daß die Bevölkerung unserer Politik recht gibt ... (*Zuruf*: Auch in den Kommunalwahlen?) und daß sie nicht einer schleichenden Aufweichung folgt. Sie neigt also nicht nach der links- oder rechtsradikalen Seite, und sie tendiert auch nicht dahin.

Ich wollte aber eigentlich folgendes sagen: Wir können heute nicht auseinandergehen, ohne daß wir stichwortartig das in den letzten Wochen aufgetretene Problem des Neonazismus und des Antisemitismus ansprechen. (*Zuruf*: Jetzt widerspricht er sich wieder!) Wir brauchen dazu keine breite Erörterung. Wir wissen ja, was von Ihnen, von der Fraktion und von den verantwortlichen Ressorts gesagt worden ist. Meine Meinung habe ich in unserem CDU-Blatt in Hamburg dargelegt.⁶² Wir sind uns darüber klar, daß diese Aktionen weitergehen werden, (*Zuruf*: Aha!) weil sie von ganz bestimmter interessierter Seite aus erfolgen, um uns zu diskreditieren. (*Unruhe und Bewegung*.)

Ich habe eine Information, die ich sehr ernst nehme. Es wird nämlich angekündigt, daß in Kürze von amerikanischer Seite ein Thema aufgegriffen wird, was uns allen sehr viel Sorge bereiten wird, nämlich ein angeblicher Dokumentarbericht über die nazistische Vergangenheit der Angehörigen von Ordnungsorganen in der Bundesrepublik, von der Polizei usw. (*Adenauer*: Ist bekannt! – *Zuruf*: Wissen wir schon!) Ich erwähne das, damit wir heute nicht auseinandergehen, ohne uns über die tiefer gehenden Dinge zu unterhalten. Wir sollten uns darüber klar werden, was wir als Partei dazu zu sagen haben, damit wir auch glaubwürdig erscheinen.

Adenauer: Darf ich ein Wort zur Aufweichung sagen! Leider ist Herr von Brentano nicht da. Er war eben noch hier. Der Verkehr mit der russischen Botschaft seitens der Industrie ist derart intensiv, daß es geradezu schadhaft ist. Herr von Brentano sagte mir, daß die Vertreter der Industrie es nicht einmal der Mühe wert hielten, ihm mitzuteilen, daß sie nach Rußland fahren. Sie gehen einfach zu Smirnow, holen sich einen Paß und fahren los.

Als ich neulich in Berlin war, wurde mir dort gesagt, welchen Anstoß man daran nimmt, daß die Leiter von westdeutschen Industriebetrieben sogar unter Begleitung ihres Arbeitervertreters in die Zone reisen und sich damit dicktäten. Die Berliner haben mir gesagt, daß sie einen solchen Mann auf der Rückreise hätten kommen lassen, dem sie erklärt hätten: Wie kannst du dich unterstehen, dahin zu fahren!

62 Blumenfeld zum Thema „Hakenkreuze“ in: „Hamburger Monatsblatt“ Jg. 7, Januar/Februar 1960 S. 2.

Wir dürfen also die Gefahr der Aufweichung bei uns nicht gering schätzen, Herr Blumenfeld. Das gilt nicht nur für die Leute, die in die Gewerkschaften hineingeschleust werden, sondern auch für andere Kreise. Die Gefahr ist da, und sie wächst natürlich durch das blöde Entspannungsgerede.

Von Brentano betritt wieder den Raum.

Wenn das ein guter Introitus sein soll, daß die Russen jetzt diese Rakete den Amerikanern in den Pazifischen Ozean hineinsetzen⁶³, dann muß ich schon sagen: Das sind merkwürdige Sitten! Ich halte das nicht für eine große Entspannung!

Herr von Brentano! Ich habe Sie eben zitiert, und zwar wegen des Verkehrs der führenden Wirtschaftler und Industrieleute mit Sowjetrußland. Sie haben mir neulich etwas darüber gesagt. Vielleicht wiederholen Sie das hier einmal!

Von Brentano: Ich bin mit Ihnen der Meinung, Herr Bundeskanzler, daß wir gar keinen Grund haben zu verschweigen, daß wir in der Bundesrepublik in zunehmendem Maße eine Aufweichung feststellen müssen. Es ist so, daß viele Leute leider diese Realität nicht sehen, ob das nun der sonderbare Vorgang ist, daß der Wirtschaftsbeirat der Sozialdemokratischen Partei in München zusammenkommt hinter verschlossenen Türen und einen Bericht des Herrn Smirnow über die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetunion entgegennimmt⁶⁴ – Herr Smirnow war begleitet von einigen Mitgliedern seiner Botschaft –, oder ob das eine Veranstaltung ist, die in Frankfurt stattgefunden hat, wo unter der Leitung des Darmstädter Studentenpfarrers Mochalski⁶⁵ ein Kreis zusammentrat, an dem mindestens zwei oder drei Referenten der sowjetrussischen Botschaft teilnahmen, die mit evangelischen Studenten aus diesem Kreis Mochalski über Fragen der sozialen Ordnung und der Kultur diskutierten, und wo dann zum Schluß der hessische Kirchenpräsident Niemöller⁶⁶ den Festgottesdienst abhielt.

Aber diese Aufweichung geht viel weiter. Ich darf ein Beispiel nehmen. Wir haben feststellen müssen, daß man sogar die Gründung einer deutsch-sowjetischen Freundschaftsgesellschaft plante. (*Adenauer:* Das war hauptsächlich Herr Friedensburg!) Ich möchte gleich etwas dazu sagen. Es war eine Reihe von Leuten da, die sehr sachlich

63 Start der Rakete am 20. Januar 1960. Vgl. AdG 1960 S. 8147, 8171.

64 Am 13. November 1959 auf Einladung des Wirtschaftsbeirates der SPD Bayern. Dazu UiD Nr. 3 vom 21. Januar 1960 und UiD Nr. 16 vom 21. April 1960. Vgl. auch die Kleine Anfrage der Abgeordneten Wachter, Höcherl und Genossen betr. Propagandavorträge sowjetischer Diplomaten in der Bundesrepublik vom 8. April 1960 sowie die Antwort vom 3. Mai 1960 (BT-Drss. 1791 und 1821).

65 In der Vorlage: Moralski. – Herbert Mochalski, evangelischer Pfarrer, war Mitherausgeber der „Stimme der Gemeinde“ und Generalsekretär der „Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion“.

66 Martin Niemöller (1892–1984), 1947–1964 Kirchenpräsident der Landeskirche von Hessen und Nassau. Vgl. PROTOKOLLE 1 S. 3 Anm. 16.

und ernsthaft diskutierten. Ob es klug war oder nicht, will ich einmal dahingestellt sein lassen. Diese Leute waren auch bereit, uns zu informieren, aber – und das ist das Schwierige, Herr Bundeskanzler – diese Leute wußten gar nicht, was dahintersteckte. Ich hatte Gelegenheit, in einem Gespräch unseren Leuten und denen anderer Parteien meine Feststellungen zu vermitteln über die Kreise, die dahinterstehen. Die Leute haben mir mit offenem Mund zugehört!

Ich will die Namen nicht nennen, aber es sind Namen, die so eindeutig sind, daß jeder weiß, was dieser Freundeskreis der Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft de facto bedeutet hätte. Aber man war durchaus bereit, das zu tun, und hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, einmal zu prüfen, welche Absichten damit verbunden waren!

Sie haben die Reisen unserer Industriellen erwähnt. Ich will nicht generalisieren. Ich kenne auch die Unterschiede, aber es gibt eine Reihe von Leuten, die nach Amerika oder nach Rußland fahren und davon überhaupt nicht mehr das Auswärtige Amt verständigen, die ihren Paß direkt bei der sowjetrussischen Botschaft holen und die dort ein- und ausgehen, auch bei Empfängen, die aber hinüberfahren, ohne überhaupt unsere Botschaft zu besuchen, sondern höchstens dann, wenn sie einen Wunsch haben.

Wir wissen auch, was gesprochen wird und welche Vorstellungen einige damit verbinden. Es sind Leute, die auch nach den Vereinigten Staaten fahren. Ich will keine Namen nennen. Das ist unmöglich. Aber es sind Leute mit gutem Namen aus der deutschen Wirtschaft, die nach den Vereinigten Staaten fahren und dort im geschlossenen Kreis in New York erklären, diese Politik der Bundesregierung sei natürlich jetzt vorbei. Man müsse sich mit der Sowjetunion verbinden. Die Zeit sei nun einmal so. Und wenn Berlin eine freie Stadt würde, dann sei das auch nicht so schlimm. Man könne dann die Wirtschaft aufbauen zusammen mit der Sowjetunion, und das würde auch zur Entspannung beitragen.

Wenn das also von den Vertretern der größten deutschen Konzerne in New York gesagt wird, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn drüben die Auffassung darüber, wie im wesentlichen die deutsche öffentliche Meinung ist, erheblich bezweifelt wird.

Ich möchte einiges unterstreichen. Wir müssen in unserer Auseinandersetzung mit der Opposition nunmehr sehr viel klarer werden, als das in der Vergangenheit geschehen ist. Ich will keinen Streit provozieren, aber es ist ein hoffnungsloser Versuch, mit der Opposition, wie sie sich bis heute entwickelt hat, noch Gemeinsamkeiten zu ermitteln in außenpolitischen Vorstellungen. Wir haben im Vorstand der Fraktion neulich darüber gesprochen. Es wurde gefragt, ob man anläßlich der außenpolitischen Debatte in der übernächsten Woche den Versuch unternehmen solle, vielleicht über Berlin zu einer gemeinsamen Resolution zu kommen.⁶⁷ Ich wäre sehr

⁶⁷ Debatte über die Große Anfrage der FDP-Fraktion betr. die Deutsche Einheit (Drs. 1383) am 10. Februar 1960 – Sten.Ber. 3. WP Bd. 45 S. 5380–5422.

glücklich, wenn wir zu einer gemeinsamen Vorstellung kämen, aber ich habe die Auffassung geäußert und jedes Wort unterstrichen, was in diesem Zusammenhang unser Freund Strauß gesagt hat.⁶⁸ Es ist nach meiner Meinung ein Selbstbetrug, wenn wir versuchen, eine gemeinsame Entschließung in der Frage Berlin zu konstruieren; denn die Berlin-Politik können wir nur durchführen mit der Politik, die die SPD ablehnt.

Das wäre ein Betrug. Unsere Menschen würden uns auch nicht mehr verstehen. Mit der SPD, die die Bündnispolitik ablehnt, die die NATO ablehnt, die die europäische Politik ablehnt und die solche Vorstellungen von der Entspannung und Sicherheit hat, die sie überall verteidigt, kann man doch keine gemeinsame Politik machen. Und mit dieser Politik kann man auch Berlin nicht halten.

Ich habe noch vor einigen Monaten einigen Leuten von der SPD etwas ironisch gesagt: Es ist mir sehr schwer, nun in Genf zu sagen, was Sie eigentlich wollen. Sie stellen bei mir die Forderung, kein alliierter Soldat darf Berlin verlassen. Herr Brandt sagte mir, der erste amerikanische Soldat, der Berlin verläßt, kann eine Alarmstimmung auslösen, weil die Berliner sagen, damit sind wir allein. Das ist der Beginn der Liquidation unserer Freiheit. Wenn nun die Opposition erklärt, kein amerikanischer Soldat darf aus Berlin – gleichzeitig aber sagt, die Amerikaner müssen heraus aus Deutschland –, dann ist es mir sehr schwer, anderen klarzumachen, was die Opposition denn will. Selbst wenn man sagt, wir seien einig wegen Berlin, dann bleibt doch diese Diskrepanz, die ich nicht zu erklären vermag.

Adenauer: Ich bin etwas anderer Ansicht, Herr von Brentano! Man kann auch so argumentieren: Wenn es uns gelingt, die Sozialdemokraten bezüglich der Berlin-Politik auf unseren Boden zu bringen, dann blamieren sie sich selbst.

Von Brentano: Verzeihen Sie, Herr Bundeskanzler, wenn ich anderer Meinung bin. Sie mögen recht haben, aber ich bin absolut anderer Meinung. Sie blamieren sich nicht selbst, sondern wir blamieren uns. Wir verlieren die Glaubwürdigkeit bei unseren Leuten und in der auswärtigen Politik, weil man einfach sagen wird: Wo steckt denn die Gemeinsamkeit? Das ist doch eine sehr billige Gemeinsamkeit, einfach zu sagen, Berlin muß erhalten bleiben, aber nicht hinzufügt, wie man es denn machen soll, sondern den Deutschlandplan vorlegt und sich auch heute noch dazu bekennt.

Das ist doch ein unvereinbarer Gegensatz zu der Politik, von der wir glauben, daß sie Berlin noch halten kann. Man kann hier nicht das eine und das andere, sondern nur das eine oder das andere tun. Ich meine, daß wir in dieser Frage noch mehr als bisher schwarz-weiß malen müssen; denn diese feinen Unterschiede sehen unsere Wähler nicht. Wir müssen mehr als bisher klarmachen, was wir wollen und wo die Gegensätze zur Opposition liegen. Mit dieser Art der Politik, Herr Bundeskanzler,

68 Franz Josef STRAUß: Illusion und Wirklichkeit. Das Grundsatzprogramm der SPD zur Landesverteidigung, in: Sondernummer PSK, Ende Dezember 1959, S. 14–16 sowie: Die Verantwortung nimmt uns keiner ab. Keine Illusionen am Beginn des Jahres 1960 – Für Freiheit und Sicherheit müssen Opfer gebracht werden, in: BULLETIN vom 5. Januar 1960 S. 7f.

haben Sie drei Wahlkämpfe gewonnen. Den vierten werden wir gewinnen, wenn wir ebenfalls ganz klar sagen, wo unsere Grenzen liegen und wo wir mit der Politik der Opposition nicht einverstanden sind.

Adenauer: Das Wort hat Herr Scheufelen.

Scheufelen: Ich möchte etwas zu den Preisen sagen. Wir haben gegenwärtig folgende Situation. Auf dem Weltmarkt hat sich eine Entwicklung angebahnt, die für die Industrieländer sehr günstig ist. Das hat dazu geführt, daß wir im letzten Jahr einen Exportüberschuß von sechs Milliarden gehabt haben; davon allein im November über 850 Millionen. Ein solcher Exportüberschuß muß inflationäre Tendenzen haben. Diese inflationären Tendenzen zeigen sich nicht nur in den Preisen, sondern auch in den Löhnen.

Ich habe mir vor kurzem in Baden-Württemberg eine Liste geben lassen, um festzustellen, um wieviel Prozent die Löhne gestiegen sind, ohne daß die Tarife geändert wurden, durch freiwillige Zugeständnisse der Unternehmer. Diese unsichtbaren Steigerungen, die man wirklich nicht den Gewerkschaften in die Schuhe schieben kann, betragen 4 %.

Wir haben ein Wirtschaftssystem, das wir Soziale Marktwirtschaft nennen. Das ist keine freie Wirtschaft, sondern das bedeutet, daß wir gewisse Beeinflussungen mit marktkonformen Mitteln vornehmen können. Wenn man sich nun den Katalog dieser marktkonformen Mittel ansieht, dann stehen drei wesentliche Dinge zur Verfügung: 1. die Herabsetzung der Importzölle, 2. eine Geldmarktpolitik der Diskontsätze mit Mindestreserven und 3. die antizyklische Gestaltung der öffentlichen Haushalte.

Ich unterstelle einmal, daß es uns gelingt, mit diesen Methoden zunächst eine Preisstabilisierung herbeizuführen. Es wird aber zur selben Zeit bei unseren ausländischen Geschäftspartnern die inflationäre Tendenz, die der Exportüberschuß bringt, immer stärker. Es kann sein, daß wir die uns zur Verfügung stehenden marktkonformen Mittel aufgebraucht haben und an einen Punkt kommen, wo weitere Zollsenkungen und auch die schärfste Geldmarktpolitik nicht mehr helfen, weil im Gegensatz zu früher folgendes eintritt: Wenn die Bank deutscher Länder den Diskontsatz erhöht, bedingt das einen erhöhten Zustrom von ausländischem Geld. Auch hier ist schon eine Grenze durch die öffentlichen Haushalte gegeben. Es kann sein, daß wir diesen Katalog marktkonformer Mittel eines Tages ausdehnen müssen. Eines dieser Mittel – es ist sehr gefährlich, das auszusprechen – ist die Änderung der Relation der Mark zur ausländischen Währung, speziell die Herabsetzung des Kurses der Mark.

Wenn wir zu solchen Mitteln gezwungen sind, kann das ein Politikum ersten Ranges werden, und zwar im positiven wie im negativen Sinn. Es kann sein, daß wir vor eine solche Problematik noch in dieser Legislaturperiode, also vor der nächsten Bundestagswahl, gestellt werden. Ich möchte nur sagen, ich bin mir des Sprengstoffes bewußt, der darin liegt. Wir sind z.Z. von der Erschöpfung dieser marktkonformen Mittel nicht mehr weit entfernt. Jeder weitere Mißerfolg bei der Stabilisierung der Preise führt zwangsläufig dazu, den inflationären Druck durch unsere erhöhte Exportfähigkeit zu vergrößern.

Adenauer: Es lag mir fern, diese großen Fragen hier anzuschneiden. Wenn ich von der Preissenkung gesprochen habe, die die Bundesbank in ihrem Gutachten angeschnitten hat, dann hatte ich damit im Auge ein propagandistisches Mittel. (*Fricke:* Optisch!) Nennen Sie es optisch, das ist feiner. Die Hausfrauen sollen sehen, daß auch Preisermäßigungen vorliegen. Wir haben doch gesehen, wie durch die Kartoffel- und Butterpreise eine große Unruhe in die Bevölkerung hineingekommen ist. Nach einer Rundfrage von EMNID ist vor Weihnachten überhaupt von nichts anderem als von den Butterpreisen gesprochen worden.⁶⁹

Was ich sagen möchte, ist folgendes: Unsere Partei gerät in den Ruf, die Partei der Reichen und damit der großen Preise zu werden, ob mit Recht und Unrecht, das spielt keine Rolle. Wenn unsere Partei einmal den Ruf hat in der Bevölkerung, wir seien die Partei der Reichen, und zwar über die großen Preise, dann ist das ein Schaden für uns, den wir nicht wieder gutmachen können. Daher werde ich versuchen, bei den Herren zu erreichen, daß sie zunächst bei einzelnen Sachen eine Preissenkung vornehmen, und zwar dort, wo sie sehr viel, ja zuviel verdienen.

Dann zu den Handelsspannen! Ich habe die Gewerkschaftler gebeten, sie möchten mir ihre Unterlagen dazu schriftlich geben, damit ich das nachprüfen und mit den Herren vom Handel darüber sprechen kann. Ich will jetzt nicht – wie Herr Albers meinte – als kleiner Parteimann sprechen, soweit gehe ich nicht, aber sagen wir als Mann, der von der erhabenen Wirtschaftswissenschaft nach Ansicht der Wirtschaftswissenschaftler nicht sehr viel versteht. Sehen Sie mal, wie das wirkt, daß die Metzger in einer Zeit, wo die Viehpreise heruntergingen, die Handelspanne erheblich heraufgesetzt haben. Das hat eine Aufregung in der Bevölkerung hervorgerufen, davon können Sie sich keinen Begriff machen.

Gegen solche Sachen möchte ich angehen. Es ist doch unmöglich, daß die Metzger – leider habe ich das Material nicht hier – die Handelspanne in einem Jahr verdoppelt haben. Das ist doch einfach eine Unverschämtheit. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Dafür habe ich kein Verständnis. Sehen Sie mal, was die Metzger für Autos haben. Ich habe neulich in halbwachem Zustand gesagt, ich wollte, ich wäre Metzger; dann hätte ich es wahrscheinlich viel besser, als ich es jetzt habe. (*Heiterkeit und Bewegung.* – *Von Hassel:* Die größten Kälber wählen ihre Metzger selber!) Das dürfen Sie hier nicht sagen. Aber ich hätte es doch bequemer. (*Zuruf:* Das gilt auch für die Bäcker!) Nein, die Bäcker haben nicht soviel. Ich meine jetzt diese Auswüchse.

Also, diese Dinge, die Sie angeschnitten haben, müssen unbedingt erörtert werden zwischen dem Wirtschaftsminister und dem Finanzminister, die leider Gottes beide z.Z. erkrankt sind. Ich bekomme soeben die Nachricht, daß Herr Erhard

⁶⁹ Laut EMNID liegt eine derartige Umfrage nicht vor. – Vgl. jedoch Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958–1964 S. 245, 390f. und 395 sowie Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1960 S. 488f.

zurücktransportiert werden muß aus Kairo.⁷⁰ Herr Etzel hatte gestern noch 39 Grad Fieber. Herr Lindrath liegt sehr krank in Mannheim. Also, die Probleme müssen mit den Herren von der Bundesbank erörtert werden.

Osterloh: Ich möchte zur Bundestagswahl 1961 einige Randglossen machen und zunächst sagen, es kommt bei der Bundestagswahl auf Propaganda und auf Schaumschlagen an. (*Adenauer:* Schaumschlagen und Propaganda ist nicht dasselbe! – *Heiterkeit.*)

Wir sollten uns bei der ganzen Frage des Neonazismus nicht so sehr in eine Demagogie verwickeln lassen; es geht in der Tat zum Teil um Symptome unreifer Entwicklungsstadien.

Mir scheint auch die Aufweichung in der Bundesrepublik nicht soweit fortgeschritten zu sein, daß wir nicht für uns werben, wenn wir gegen die Aufweichung kämpfen. Ich habe das Gefühl, daß wir dann Anklang und Vertrauen gewinnen, wenn wir der SPD nachweisen, daß sie Aufweichungstendenzen verfolgt, indem sie illusionäre Vorstellungen über den Kommunismus und die SED verbreitet. Unsere Position wird dadurch gefestigt. Meine These würde lauten: Es gibt in der Tat bedenkliche Aufweichungserscheinungen in verschiedenen Kreisen, noch aber steht die klare Mehrheit des Volkes auf der Seite der Leute, die die Lage so beurteilen, daß der Kommunismus nur auf starke Entschlossenheit reagiert.

Es gibt auch noch erfreuliche Erscheinungen. Wenn z.B. ein kleiner Studentenkreis zwar die Zustimmung von der Sowjetbotschaft bekommen hat, in Kiel zu reden, dann aber nicht die Möglichkeit dazu erhält, weil der ASTA der Kieler Studentenschaft das ablehnt⁷¹, und zwar radikal, dann finde ich, ist das ein Zeichen dafür, daß auch noch eine gesunde Nüchternheit gegen diese Aufweichungstendenzen vorhanden ist.

Ich möchte noch einige Bemerkungen als Nichtfachmann zur Wirtschaftspolitik machen. Wenn es uns gelänge, an wenigen Beispielen Preissenkungen durchzuführen, die es uns ermöglichen, den Wählern glaubhaft zu machen, wir sind die Partei der Währungs- und Preisstabilität, (*Zuruf:* Gut gesagt!) dann erreichen wir damit viel mehr als mit irgendeinem Versprechungsgeschenk an die Wähler, das wir auch noch im nächsten Jahre machen können. Ich möchte allen zustimmen, die dafür eingetreten sind, eine gewisse Sprachregelung in unserer Bundespartei herbeizuführen.

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich zuständigkeitshalber meine, daß die Kulturpolitik beim Bundestagswahlkampf nur eine geringe Rolle spielt. Ich bilde mir nicht ein, daß dadurch die Entscheidung wesentlich beeinflusst wird; ich weiß aber, daß wir einige Einbrüche haben hinnehmen müssen bei Jungwählern und bei sogenannten Intellektuellen. Das ist immer eine kleine Minderheit, aber sie muß beachtet werden, weil sie meinungsbildend ist, und zwar sind es nicht nur die

70 Erhard hatte sich auf einer Reise im Nahen Osten eine Lungenentzündung zugezogen und mußte am 31. Januar 1960 zurücktransportiert werden. Vgl. KOERFER S. 407–410; AdG 1960 S. 8187.

71 Nicht ermittelt.

Ärzte, sondern auch die Studienräte, die Lehrer usw., die ja leicht die Möglichkeit haben, ihre politischen Ansichten zu verbreiten. Darum meine ich, daß wir auch eine Sprachregelung auf dem Gebiete der Kulturpolitik herausbringen sollten. Ich meine es jetzt konkret. Ich halte es nicht für unbedenklich, wenn im Landesverband Berlin unter Führung des Kultussenators⁷² offiziell der Antrag gestellt wird, ein Bundeskultusministerium zu bestellen. Ich selbst habe aus wahltaktischen Gründen diesen Versuchsballon vor zwei Jahren in Norddeutschland steigen lassen und habe eine klare Mehrheit für ein Bundesforschungsministerium bekommen.

Nun muß ich den von mir sehr geschätzten Herrn Bundesinnenminister ansehen und fragen, ob so etwas wie ein Bundeskultusministerium im Hintergrund vorgesehen ist. (*Schröder*: Ganz sicher nicht!) Wenn nicht, dann darf auch ein Landesverband diese Blase nicht hochgehen lassen, weil das eine Verwirrung für die Wählerschaft bedeutet. Wir müssen Herrn Tiburtius wieder zur Ordnung rufen.

Noch eins! Wir können nachweisen, daß der Bund auf dem Gebiete der Kulturförderung sehr viel getan hat für die Universitäten, für die Forschung usw. Das könnte eines Tages von der SPD ausgenutzt werden, daß sie sagt: Hier hat sie nur etwas für die Universitäten gegeben, aber keinen Pfennig für die Volksschulen usw. Auch hier sollten wir zu einer einheitlichen Sprachregelung kommen. Die SPD wird den Versuch machen, auch auf dem Gebiete der Kulturpolitik im nächsten Wahlkampf Propaganda gegen uns zu machen.

Adenauer: Ich kann Ihnen versichern, daß von Bonn aus dieser Beschluß von Berlin nicht beeinflußt worden ist, es sei denn von unseren Berliner Freunden Krone und Gradl! (*Heiterkeit*.) Das weiß ich nicht! Jedenfalls von uns aus nicht! Lieber Herr Osterloh! Der Sturm, der daraufhin entstanden ist, der beschränkt sich auf die Länderkabinette. (*Meyers*: Wir haben nicht davon Kenntnis genommen!) Wie Herr Tiburtius dazu gekommen ist, kann ich nicht sagen. Ich weiß es nicht. Aber wir werden uns noch bei anderer Gelegenheit in diesem Kreis über Kulturpolitik unterhalten müssen, weil wir auch dazu – da stimme ich Ihnen bei – im Wahlkampf sagen müssen, welche Politik die Partei auf diesem Gebiete verfolgt.

Osterloh: Ich darf noch erwähnen, wir sollten wegen der Lage in der Evangelischen Kirche Deutschlands nicht allzu besorgt sein. Mit aller Wahrscheinlichkeit kommen als Nachfolger von Dibelius, dem Vorsitzenden des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, nur zwei Bischöfe in Frage, die uns immer gewählt haben und die immer unterderhand für uns Propaganda, auch unter ihren Pfarrern, gemacht haben. Das weiß ich mit Sicherheit. (*Adenauer*: Die Namen dürfen Sie nicht nennen!) Doch, die kann ich nennen! (*Adenauer*: Herr Lilje⁷³ ist einer!) Der andere ist Herr

72 Prof. Dr. Joachim Tiburtius (1889–1967), 1946–1948 Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität Leipzig, 1948–1951 FU Berlin; 1946–1950 Stadtverordneter (CDU), 1951–1963 Senator für Volksbildung. – Zum Antrag Tiburtius' vgl. „Die Welt“ vom 25. Januar 1960 und UiD Nr. 4 vom 28. Januar 1960.

73 Dr. Hanns Lilje (1899–1977), 1945–1973 Mitglied des Rates der EKD (zeitweise stv. Vorsitzender). PROTOKOLLE 1 S. 55 Anm. 3.

Haug⁷⁴. Die größere Wahrscheinlichkeit spricht für Herrn Haug in Baden-Württemberg. (*Krone*: Nicht der Münchener?) Nein! München kommt nicht in Frage. Aber mit beiden können wir zusammenarbeiten. Auf gewissen Gebieten haben wir bei der evangelischen Pfarrerschaft Fortschritte gemacht, auch bei den Professoren. Es hat sich gelohnt, daß diese in den letzten Semestern an den Universitäten regelmäßig geredet haben. Der Ring Christlich-Sozialer Studenten arbeitet ganz vorzüglich und hat auch an manchen Universitäten die meisten Mitglieder. Die politischen Bünde sind dort immer klein gewesen, aber nach meiner Beobachtung ist diese Arbeit in den letzten Jahren in einer Aufwärtsentwicklung begriffen. Es sieht so aus, als ob wir auf diesem Felde vorankämen.

Adenauer: Was die Studentenringe angeht, so hat nach meiner Meinung Herr Osterloh recht, leider aber haben nur die sozialistischen Studenten das Ohr der Presse. (*Stoltenberg*: Weil sie radikaler sind!) Aber sie haben das Ohr der Presse! Warum sie das Ohr der Presse haben, ist egal, aber sie haben es!

Ich bin gefragt worden, welche Dispositionen vorgesehen sind für den Ablauf des Tages. Wir haben jetzt hinter uns den Punkt 1 der Tagesordnung. Dann kommt Punkt 2. Kommunalwahlen und 3. Bundestagswahl. (*Meyers*: 4. Bundesparteitag! – *Von Hassel*: Wir könnten den Punkt 3. Bundestagswahl auf die Sitzung des Parteiausschusses am Montag verlegen!) Dann können wir uns ganz vertagen auf den Parteiausschuß. Aber schließlich ist das doch hier der Bundesvorstand! (*Zurufe*: Sehr richtig!) Im Bundesausschuß sitzen erstens ganz andere und zweitens sehr viel mehr Leute wie hier. Man kann im Bundesausschuß auch nicht eine solch offene Sprache führen wie hier. Deshalb würde ich vorziehen, die Dinge hier zu erörtern. Die beiden Punkte werden wir noch fertigbekommen.

Darf ich vorschlagen, jetzt eine Pause zu machen. Wir wollen pünktlich um 2 Uhr wieder beginnen. Dann wird zunächst Herr Dufhues zu uns sprechen.

Pause von 13.00 Uhr bis 14.00 Uhr.

VORBEREITUNG DER KOMMUNALWAHLKÄMPFE IM JAHRE 1960

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Bedeutung der Kommunalwahlen ist während der Vergangenheit sicherlich unterschätzt worden. Darauf ist es möglicherweise zurückzuführen, daß die Kommunalwahlkämpfe mit unzulänglichen materiellen und personellen Mitteln durchgeführt worden sind. Darauf ist es auch möglicherweise zurückzuführen, daß sich die Prominenz der CDU bei den Kommunalwahlen eine gewisse Zurückhaltung auferlegt hat. Darauf ist

⁷⁴ In der Vorlage: Haugg. – Dr. Martin Haug (1895–1983), evangelischer Theologe; 1948–1962 Landesbischof der Evangelischen Landeskirche von Württemberg, seit 1952 Mitglied des Rates der EKD.

es möglicherweise auch zurückzuführen, daß die Kommunalwahlkämpfe nicht mit der gleichen Intensität und nicht mit den modernen Mitteln durchgeführt worden sind, wie es bei den Bundestagswahlen selbstverständlich war und ist. Daraus erklärt es sich, daß wir bei den Kommunalwahlen regelmäßig geringere Wahlbeteiligungen der CDU-Wähler zu verzeichnen hatten.

Diese Situation ändert sich zumindestens für das vor uns liegende Jahr 1960, und zwar deshalb, weil die Kommunalwahlkämpfe sich in diesem Jahr häufen. Wir haben zunächst, wenn ich richtig unterrichtet bin, im Mai einen Kommunalwahlkampf in Bayern, (*Zuruf: Im März!*) im Frühjahr einen im Saarland und im Herbst einen solchen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sowie Niedersachsen.⁷⁵ Diese Kommunalwahlkämpfe in einem großen Teil der Bundesrepublik werden nicht ohne Bedeutung bleiben für die gesamte politische Entwicklung. Sie werden also die Bundestagswahlen im nächsten Jahr beeinflussen. Deshalb sollten wir uns der Bedeutung der Kommunalwahlen für das kommende Jahr bewußt bleiben. Wir sollten erkennen, welche Verzahnung zwischen der Bundespolitik und der Kommunalpolitik besteht, daß nämlich die einzelnen Gemeinden das zu realisieren haben, was an politischer Konzeption im Bundestag investiert wird. Der einzelne in unserem Land wird berührt durch sozialpolitische, wohnungspolitische, schulpolitische Fragen, die zwar zurückgehen auf Bundesgesetze, aber seine Meinung, sein politisches Weltbild und seine Einstellung zu den politischen Parteien werden bestimmt durch die Art, Form und Methoden, unter denen die bundes- oder landespolitischen Maßnahmen ausgeführt werden und zum Tragen kommen.

Wir stehen in weiten Teilen des Bundesgebietes vor der bemerkenswerten Tatsache, daß die Maßnahmen der Sozialpolitik, des Wohlfahrtswesens, der Wohnungspolitik usw. Kräften anvertraut sind, die sich auch dann als Funktionäre der SPD fühlen, wenn sie Beamte einer Gemeinde sind. Die Verbundenheit der öffentlichen Bediensteten in diesen großen unter sozialistischem Einfluß stehenden Gemeinden mit der SPD ist wesentlich stärker, als wir es jedenfalls für die uns nahestehenden Beamten erwarten können. Deshalb gilt das, was diese Beamten – zum Teil als Funktionäre der SPD – tun, als Leistung der SPD. Diese Kräfte versäumen es auch nicht, das, was sie in den Gemeinden den einzelnen Menschen zukommen lassen, in Verbindung zu bringen mit der Politik der SPD. Deshalb hat das, was unmittelbar in den Gemeinden geschieht, auf die Dauer erheblichen Einfluß auf die Kommunalwahlen und auf die Bundestagswahlen.

Wir sollten uns ferner darüber klar sein, welche Bedeutung es im politischen Leben hat, daß ein so umfassender Verwaltungsapparat, zum Teil auch Polizeiapparat, in der Hand von Kräften liegt, die jedenfalls zu wichtigen Entscheidungen der Bundespolitik in einer sehr klaren Opposition stehen. Ich darf jedenfalls – als Beispiel – auf die Versuche hinweisen, in Nordrhein-Westfalen Volksbefragungen durchzuführen, und zwar gegen die Entscheidung der Bundespolitik über eine Weigerung der Verwaltung

⁷⁵ Vgl. Nr. 10 Anm. 61.

von Dortmund⁷⁶, die Erfassung der Wehrpflichtigen durchzuführen. Sie mußte durch einen Minister veranlaßt werden, ihre Pflicht zu tun.

Ich darf verweisen auf die Schwierigkeiten, die wir in vielen Teilen des Ruhrgebietes hatten, dort die Einrichtungen der Verteidigung unterzubringen und durchzuführen, die absolut der NATO-Politik, also unserer Europapolitik, entsprechen. Wir sollten uns darüber klar sein, was es bedeutet, den Verwaltungsapparat der Kreise und Städte in den Händen einer politischen Partei zu wissen, die in einer klaren Opposition zur Bundespolitik steht.

Es ist vielleicht nur wenigen geläufig, daß sich die Macht und der Einfluß, den die Sozialdemokratie in den großen Gemeinden unseres Landes ausübt, in den kommunalen Spitzenverbänden widerspiegeln. Diese kommunalen Spitzenverbände, vor allem der Deutsche Städtetag und die Städtetage der einzelnen Länder, haben auf die Gesamtpolitik und auf politische Entwicklungen einen sehr erheblichen Einfluß; denn hier finden sich politische Kräfte, die sehr zielstrebig, sehr umfassend und sehr klar ihren Weg gehen und die die Politik nicht nur in den Gemeinden, sondern auch in Land und Bund beeinflussen können.

Ich darf einmal die Ergebnisse der Kommunalwahlen von 1956 mit denen der Bundestagswahl von 1957 vergleichen. Ich bitte, damit einverstanden zu sein, daß ich die Stadt Köln nicht nenne. (*Zuruf*: Kann man ruhig nennen!) Es genügt, wenn der Herr Bundeskanzler weiß, wie es in Köln aussieht.

	Kommunalwahl 1956	Bundestagswahl 1957
Anteil der CDU-Stimmen	38,2 %	54,4 %
Anteil der SPD-Stimmen	44,2 %	33,5 %

Die Wahlbeteiligung fällt mit der Größe der Gemeinde. Die größte Wahlbeteiligung ist in den kleinen Gemeinden, die schlechteste Wahlbeteiligung ist in den großen Gemeinden. Die Wahlbeteiligung in den Gemeinden bis zu 3.000 Einwohnern – wir hatten in Nordrhein-Westfalen eine Wahlbeteiligung von 82,9 % – beträgt rund 83 %, in den Gemeinden über 100.000 Einwohnern durchschnittlich 73,6 %. In einzelnen Gemeinden liegt der Prozentsatz erheblich tiefer.

In den Gemeinden bis zu 3.000 Einwohnern hat die CDU einen Durchschnitt an Stimmen von 46,4 % erreicht, die SPD dagegen nur 28,7 %. In den Gemeinden mit über 100.000 Einwohnern erreichte die CDU jedoch nur 35 %, die SPD dagegen 50 %. Diese Wahlergebnisse erklären auch, welch geringen Einfluß wir bei der Wahl der Oberbürgermeister und zum Teil auch der Landräte haben. Auch hier ergibt sich im Jahre 1956 eine wesentliche Verschlechterung gegenüber dem Jahr 1952. Im Jahre 1952 stellte die CDU 17 Oberbürgermeister und damit 44,8 % aller Oberbürgermei-

⁷⁶ Vgl. Nr. 3 S. 120f.; vgl. auch: Wenn sie an der Macht sind. Rote Politik im Rathausspiegel. KPV der CDU NW, Rednerdienst Nr. 2, September 1959 S. 9–24.

ster, im Jahre 1956 stellte sie nur noch 7 = 18,5 % aller Oberbürgermeister von Nordrhein-Westfalen. Die SPD stellte 1952 19 Oberbürgermeister = 50 %, im Jahre 1956 31 Oberbürgermeister = 81,5 %.

Auch in den Kreisen, in denen wir verhältnismäßig günstig abgeschnitten haben, hat sich die Situation im Jahre 1956 gegenüber 1952 erheblich verschlechtert. Wir stellten 1952 42 Landräte = 73,3 %, 1956 36 Landräte = 63,1 %. Die SPD stellte 1952 8 Landräte = 14 %, 1956 18 Landräte = 31,6 %.

Damit haben Sie ein Bild hinsichtlich der Oberbürgermeister und Landräte, das uns alle mit Kummer füllen und recht bedenklich machen muß. Wir sollten jedenfalls den Gründen nachgehen, die zu dieser ungünstigen Entwicklung geführt haben. Wir können naturgemäß nicht an den negativen Auswirkungen vorbeigehen, die die Diskussion um verschiedene bundespolitische Probleme gerade zur Zeit der Kommunalwahl gehabt hat.

Im Jahre 1956 spielte die Wehrfrage eine große Rolle, ohne daß die Diskussion um die Wehrfrage jene Klarheit gewonnen hatte, die sich bei der Bundestagswahl ein Jahr später sehr erfolgreich für uns ausgewirkt hat, denn im Jahre 1957 war die übergroße Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, daß mit der Wehrpolitik der CDU Frieden und Sicherheit, Ruhe und Ordnung gewährleistet seien, während wir beim Stand der Diskussion im Jahre 1956 offenbar diese Überzeugung noch nicht beobachten konnten. Es lag also nicht entscheidend am Thema, sondern an der propagandistischen Behandlung dieser Frage. Die Rentenfrage war 1956 noch ungelöst. 1957 war sie einer Lösung zugeführt worden, die offenbar allgemein befriedigte. Vielleicht wäre es möglich gewesen, die Entwicklung der Rentenfrage und die in Aussicht stehende Lösung schon im Jahre 1956 den Wählern in einer Weise darzustellen, die sie zumindest stärker angesprochen hätte.

Auch die Entwicklung der Preise und Löhne – ein Problem, das in der ganzen Welt eine Rolle spielt – hat sich 1956 recht negativ ausgewirkt. Es konnte durch unsere Propaganda und Organisation nicht aufgefangen werden.

Ein zweites wesentliches Moment für das schlechte Abschneiden bei den Kommunalwahlen sehe ich darin, daß unsere Kommunalpolitik – im Gegensatz zur Politik des Bundes und der Länder – kein klares Gesicht hat. Der Unterschied zwischen einer sozialistischen Kommunalpolitik und einer christlich-demokratischen Kommunalpolitik ist offenbar in der Praxis der Kommunalpolitiker nicht klar geworden, vielleicht nicht einmal denen, die für die Kommunalpolitik verantwortlich sind. Dabei gibt es gerade auf dem Gebiete der Kommunalpolitik Fragen, bei denen sich der grundsätzliche Unterschied zwischen einer sozialistischen Auffassung und einer christlich-demokratischen Auffassung besser dokumentieren läßt als auf vielen anderen Gebieten.

Denken Sie an das Wohlfahrtswesen, an die Sozialpolitik, an die Kulturpolitik, an das Schulwesen usw. Hier unterscheiden wir uns doch wesentlich von den sozialistischen Auffassungen, und trotzdem hören wir immer wieder von einstimmigen Beschlüssen und daß man sich völlig einig gewesen sei.

Die Kommunalwahlkämpfe beginnen oft mit der Vorstellung des politischen Gegners, dem man dankt für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen vier Jahren. Dann darf man sich nicht wundern – ich drücke mich vorsichtig aus – über die völlige Unzufriedenheit, die in allen diesen Dingen aufgrund einer solch guten Zusammenarbeit im Ruhrgebiet in Erscheinung treten. Ich meine also, daß für die schlechten Ergebnisse der Kommunalwahlen auch personelle Fehler maßgebend sind. Es ist hierbei zu denken an die Auslese der Kandidaten für die Gemeinderäte und die Kreistage. (*Meyers*: Und Oberbürgermeister!) Ja! Das Übel beginnt mit der Aufstellung der Kandidaten. Nur wer kandidiert, kann Oberbürgermeister werden.

Es ist so, daß die SPD in Bund und Ländern unter den Oberbürgermeistern einige Kräfte hat, die durchaus Ansehen in weiten Kreisen der Bevölkerung haben. Auch da liegt eines der Versäumnisse der CDU, die bestimmt gleichwertige Köpfe hat, die sich aber doch offenbar unter den hierfür in Betracht kommenden Persönlichkeiten nicht so umsieht und sich nicht so gründlich darum kümmert, die entsprechenden Persönlichkeiten aus den Gemeinden zu gewinnen, wie es bei einer intensiven Bemühung möglich wäre.

Ich erwähnte schon, daß sich die zur SPD gehörenden Bediensteten im kommunalen Leben viel intensiver am allgemeinen politischen Leben in den Gemeinden beteiligen und daß sie sich auch viel stärker als Exponenten fühlen und gebärden, als dies bei den übrigen Beamten der Fall ist.

Wir sollten weiter prüfen, ob nicht gewisse organisatorische Mängel hinsichtlich unserer Personalpolitik vorliegen. Mir ist bekannt, daß das kommunalpolitische Dezernat des Vorstandes der SPD sich sehr eingehend um die Kommunalpolitik nicht nur in den Ländern, sondern auch in wichtigen Gemeinden kümmert. Wichtige personelle Entscheidungen werden von der Führung der SPD beeinflußt. Dagegen habe ich den Eindruck, daß die Kommunalpolitik in den einzelnen Städten und Kreisen, soweit sie von der CDU betrieben wird, losgelöst ist von der Bundespartei und auch von der Landespartei, so daß also hier nicht jener Prozeß der Koordinierung durch ständige Beratungen usw. innerhalb der Kommunalpolitiker gewährleistet ist, wie dies bei der SPD tatsächlich der Fall ist, unbeschadet der stetigen und dankenswerten Arbeit, die die Kommunalpolitische Vereinigung im Benehmen mit unseren Männern und Frauen in der Kommunalpolitik leistet.

Aber es scheint mir doch notwendig zu sein, hier noch stärker zu koordinieren und die Dinge in gewissen grundlegenden Fragen, materiell und personell, zu beeinflussen. Wir sollten als einen der Gründe für die Fehlentwicklung bei der letzten Kommunalwahl auch anerkennen die unzureichende Propaganda, die wir hinsichtlich der Kommunalpolitik getrieben haben. Ich weiß von vielen Gemeinden, daß während der Wahlperiode nur selten Versammlungen durchgeführt werden, die mit hinreichender Aktualität und hinreichendem propagandistischen Effekt kommunalpolitische Probleme behandeln. Nur in seltenen Fällen werden auch Bürgerschaftsversammlungen durchgeführt. Es gibt in der Kommunalpolitik immer konkrete Fragen – ob das nun Theater, Schulen, sonstige Gebäude usw. sind –, die die Bürger viel mehr

interessieren als abstrakte Probleme der großen Politik. Hier könnte man sicherlich viel erreichen, wenn man sich die entsprechende Mühe gäbe. Es liegt auch daran, daß die Lokalausgaben der uns nahestehenden Zeitungen der Arbeit der CDU-Fraktionen keinerlei Aufmerksamkeit widmen. Überhaupt ist die ganze Zusammenarbeit zwischen den CDU-Fraktionen und der Presse nicht so, wie es eigentlich sein sollte. In diesem Zusammenhang scheint es mir auch so zu sein, daß die müde Art des Wahlkampfes dazu beigetragen hat, uns immer mehr ins Hintertreffen geraten zu lassen.

Lassen Sie mich übergehen zu der Frage, was wir tun können und müssen, um die Wahlen gut vorzubereiten. Wir haben heute morgen kurz über die Auseinandersetzung mit dem SPD-Programm gesprochen. Wir sollten diese Auseinandersetzung auch für die Kommunalwahlen gut vorbereiten. Wir haben sehr anschauliche Beispiele für die theoretischen Formulierungen des SPD-Programms und für die Realitäten der SPD-Parteipolitik. Die Kommunalpolitische Vereinigung hat auf Anlaß von Herrn Bitter eine Broschüre zusammengestellt unter dem Titel „Wenn sie an der Macht sind“.⁷⁷ Hier haben wir eine Fülle von Tatbeständen, die im einzelnen den Machtmißbrauch einer verfehlten Personalpolitik, Intoleranz auf dem Gebiete der Sozial- und der Kulturpolitik, also eine Anzahl von Fällen des unqualifizierbaren Verhaltens der SPD darlegt.

Wir sollten weiter in allen Ländern unser Wahlgesetz nach zwei Gesichtspunkten hin überprüfen, und zwar einmal unter dem Gesichtspunkt der Rathausparteien⁷⁸. (Röder: Bei uns ist es soweit!) Wir sind daran interessiert, daß die politischen Parteien die Grundlage der Arbeit in den Gemeinden bilden. Außerdem meine ich, daß sich die Rathausparteien auf Kosten der Schichten entwickeln, die bereit sind, CDU zu wählen. Wir sollten zweitens prüfen, ob die Wahlgesetze auch eine Briefwahl bei der Kommunalwahl vorsehen. Auch dadurch können wir einen besseren Wahlerfolg erreichen.

Um die Bedeutung der Kommunalwahlen zu unterstreichen, habe ich Verhandlungen mit den drei Ländern aufgenommen, die im Herbst wählen, um zu erreichen, daß die Wahlen an einem Tag durchgeführt werden. Auch damit soll eine größere Wahlbeteiligung erreicht werden. Ich wäre dankbar, wenn der politische Einfluß in den beteiligten Ländern geltend gemacht würde, daß wir uns auf den 16. oder 23. Oktober einigen. Ich habe entsprechende Briefe an die Innenminister der beteiligten Länder geschrieben. Dadurch erreichen wir auch, daß sich unsere Freunde aus der Bundespartei, aus dem Bundestag und vielleicht auch der eine oder andere Bundesminister am Wahlkampf beteiligen können.

Unsere Bitte geht dahin, daß die Bundespolitik und die Landespolitik Rücksicht nehmen mögen auf die kommunalpolitischen Entscheidungen des laufenden Jahres,

⁷⁷ Vgl. Anm. 76.

⁷⁸ Gemeint sind freie Wählergemeinschaften, „die sich außerhalb der politischen Parteien um Mandate in kommunalen Vertretungskörperschaften bewerben“ (Stöss 2 S. 2393). Vgl. UiD Nr. 24 vom 18. Juni und Nr. 41 vom 15. Oktober 1959.

soweit das möglich ist. Ich erkenne ohne weiteres an, daß die Bundestagswahl den Vorrang haben muß, sie hat eine größere politische Bedeutung. Aber es gibt gewisse Möglichkeiten, auf die Kommunalpolitik Rücksicht zu nehmen, ohne es im einzelnen zu erörtern. Ich brauche nur die Fragen anzudeuten, die mit der Sozialgesetzgebung zusammenhängen. Ich halte es nicht für richtig, etwa die Parole auszugeben, die Kommunalwahlen seien Testwahlen für die Bundestagswahl. Ich meine, wir sollten uns auch hier in diesem Kreis darüber einig werden, daß eine solche Parole nicht herausgegeben werden darf. Das ist um so notwendiger, als die Kommunalpolitiker gerne bereit sind, diese Parole auszugeben, um damit das Interesse des Bundeskanzlers, der Bundesregierung und der Bundespolitiker zu finden, sich an den Kommunalwahlkämpfen zu beteiligen.

Die Landespolitik wird sich umfassender auf die Kommunalwahlen einstellen können. Die allgemeinen Maßnahmen zur Förderung der Kommunalpolitik sollten konzentrierter und verstärkt durchgeführt werden. Diese Maßnahmen sollten allerdings anschaulich dargestellt werden, und zwar auf den Gebieten des Wohnungsbaues, des Krankenhausbaues, des Schulwesens, des Gesundheitswesens, des Straßenbaues usw. Das Schwergewicht sollte dabei auf den Maßnahmen liegen, die die Menschen unmittelbar angehen. Damit kann man die Wähler am besten ansprechen.

Ich bin der Meinung, daß wir in einigen Fragen hinsichtlich einer gemeinsamen Landes- und Gemeindepolitik eine gewisse Zurückhaltung zeigen sollten. Es wäre z.B. verfehlt, für die Konfessionsschule in den Wahlkampf zu gehen, so sehr wir das Elternrecht betonen und so sehr wir im Elternrecht selbst den Ausdruck einer Toleranz sehen. Aber das Problem der Konfessionsschule darf zumindest nicht in dieser Bezeichnung im Wahlkampf in den Vordergrund treten, weil wir damit Kreise ablenken, die sonst bereit sind, CDU zu wählen. Das darf natürlich in keiner Weise unsere Entschlossenheit mindern, das Elternrecht in der Politik mit Nachdruck zu verteidigen. Aber es muß nicht alles, was wir in der Politik wollen, im Vordergrund der wahlpolitischen Parolen stehen.

Noch ein Hinweis zu der Vorbereitung der Kommunalwahl vor allem für die Kreise und Gemeinden, die unter maßgebendem Einfluß der SPD stehen. Ich habe in Essen einen sogenannten Dortmunder Bürgerbrief gezeigt, der ein anschauliches Bild dessen bringt, was in Dortmund während der vergangenen vier Jahre auf kommunalpolitischem Gebiet geleistet worden ist. Auf der ersten Seite finden Sie das Bild des Oberbürgermeisters der SPD, Dietrich Keuning, Mitglied des Bundestages, und darunter das ebenso unsympathische Gesicht des Oberstadtdirektors⁷⁹, gleichfalls von der SPD. Der unbefangene Wähler denkt natürlich, alles das, was hier steht, verdanken wir Herrn Keuning und der SPD.

Unsere Partei hat, soweit ich das übersehen kann, in früheren Wahlkämpfen wenig getan, um diese Irreführung aufzuklären und den materiellen Sachverhalt richtig herauszustellen. Ich habe für Dortmund auf dem Gebiete des Schul- und

79 Dr. Walter Kliemt. – Vgl. Nr. 4 Anm. 48.

Wohnungsbaues eine Untersuchung der letzten drei Jahre gemacht, wobei sich herausstellte, daß 97 % aller Mittel für den Wohnungsbau während dieser drei Jahre aus den Haushaltsmitteln des Bundes und des Landes der Stadt Dortmund zugeflossen sind; auf dem Gebiete des Schulbaues waren es rd. $66\frac{2}{3}$ %.

Wir müssen also mit aller Klarheit den Wählern ins Bewußtsein bringen, daß hier der Bund und das Land entscheidend den Wiederaufbau in den Gemeinden ermöglicht haben. Das muß ihnen immer wieder ins Bewußtsein gebracht werden, sonst buchen sie diesen Erfolg einfach auf das Konto der SPD. Wir dürfen nicht bloß globale Beträge nennen, sondern wir müssen im einzelnen mit konkreten Zahlenangaben dienen, was mit den Geldern in den einzelnen Gemeinden geschehen ist, z.B.: Diese Badeanstalt verdankt ihr Dasein dem Herrn Bundeskanzler; diese Schule verdankt ihr Dasein der Frau Christine Teusch⁸⁰.

Wir sollten unsere CDU-Fraktionen in den Kommunen veranlassen, eine viel stärkere Aktivität als bisher zu entfalten. Das gilt vor allem für die Fraktionen, die in der Minderheit sind. Sie sollen Anträge stellen, Schulen und Krankenhäuser zu bauen. Natürlich dürfen es keine demagogischen Anträge sein, aber es gibt z.B. auf dem Gebiete der Gewerbesteuer sehr häufig Gelegenheit, mehr als bisher zu tun. Hier unterscheiden wir uns sehr stark von der SPD in der Kommunalpolitik. Es können noch viel Anträge gestellt werden, die sich im Rahmen der sachlichen Notwendigkeiten halten.

Wir sollten uns weiter eine Frist setzen – etwa bis zum 30. April oder 31. Mai dieses Jahres –, innerhalb derer der vorparlamentarische Raum bearbeitet wird. Das gilt zunächst einmal für die kirchlichen Verbände und Vereine. Ich weiß, daß Differenzierungen zwischen dem evangelischen und dem katholischen Bereich in verschiedenen Gemeinden notwendig sind, aber es sollte erreicht werden, daß zentrale Veranstaltungen zwischen den Führungsorganen der evangelischen und der katholischen Vereine und Verbände durchgeführt werden, in denen die Bedeutung der Kommunalwahlen im einzelnen besprochen wird.

Wir sollten zweitens in den nächsten Monaten systematisch die Berufsverbände angehen, ob das die Handwerker, die Arbeiter oder die Angestellten sind. Sie müssen systematisch erfaßt und auf die Kommunalwahlen entsprechend vorbereitet werden. Darüber hinaus sollten wir auch bei Schützenfesten, Kirmessen usw. oder ähnlichen Veranstaltungen stärker als bisher in Erscheinung treten. Es muß sichtbar werden ... (*Von Hassel*: Wir müssen schießen können! – *Heiterkeit*.) Einverstanden! (*Zuruf*: Pistolen-Meyers! – *Heiterkeit*. – *Unruhe*. – *Von Hassel*: Jetzt verläßt uns die letzte Frau! – *Zuruf*: Von Pistolen und vom Schießen wollen die nichts wissen! – *Heiterkeit*.)

⁸⁰ Dr. Christine Teusch (1888–1968), 1919–1933 MdR (Zentrum), 1947–1966 MdL NW (CDU), 1947–1954 Kultusministerin. Vgl. auch Sr. J. Dominica BALLOF in ZEITGESCHICHTE 2 S. 202–213.

Weiter sollten wir in Bürgerschaftsversammlungen Fragestunden durchführen nach dem Motto: Der Bürger fragt, der Stadtverordnete antwortet. Dann müssen sich die Stadtverordneten stellen, und die Probleme müssen besprochen werden.

Das wichtigste ist natürlich die Aufstellung der Kandidaten. Die Landesvorsitzenden dürfen diese Aufgabe nicht allein den Honoratiorengruppen in den Gemeinden überlassen, sonst wird geklüngelt, und es ändert sich nicht viel. Dann greift man nicht zurück auf die Kräfte, die außerhalb dieses Honoratiorenklubs – genannt Vorstand der CDU – Ansehen und Gewicht haben. (*Adenauer*: Ansehen ist nicht nötig; sie müssen etwas können!) Das schadet aber nichts! (*Adenauer*: Ich meine, bisher!)

Ich würde vorschlagen, daß die Landesvorsitzenden in allen vier Landesverbänden bereits jetzt Bezirkskonferenzen durchführen, in denen die Einzelheiten der Kommunalwahlen systematisch besprochen werden, damit die Vorbereitungen anlaufen können. Das bedeutet nicht, daß der Wahlkampf an sich schon beginnen soll. Das wäre schlecht. Dieser Wahlkampf sollte kurz und hart sein und höchstens vier Wochen dauern.

Wir sollten auch überlegen, ob wir den Wahlkampf nicht zentraler steuern können, als dies in der Vergangenheit geschehen ist. Wir sollten – das ist eine Anregung von Herrn Dr. Meyers – einen Wahlkopf bilden, der systematisch die Entwicklung innerhalb der einzelnen Landesverbände beobachtet und dann mit den einzelnen Verbänden Erfahrungen austauscht, um so zu einer erfolgreichen zentralen Wahlkampfleitung zu kommen. Das schließt nicht aus, daß örtliche Besonderheiten berücksichtigt werden.

Ich bitte Sie, Herr Bundeskanzler, Ihren Einfluß geltend zu machen, daß sich die Bundespolitiker und die Landespolitiker maßgeblich am Kommunalwahlkampf beteiligen. Die Probleme der Bundespolitik werden auch im Kommunalwahlkampf immer wieder angesprochen. Von daher kommt eine große politische Bedeutung in den Wahlkampf hinein, so daß wir auch dadurch die Wahlbeteiligung erhöhen können. Aber es wird nötig sein, daß jeder Redner vom Bund oder vom Land von einem qualifizierten Kommunalpolitiker begleitet wird, damit zumindest in einem halbstündigen Vortrag auch die Probleme der Kommunalpolitik angesprochen werden können.

Ich darf weiter zu der Auseinandersetzung mit den politischen Parteien und Gruppen folgendes anregen. Wir rechnen in einzelnen Gebieten von Nordrhein-Westfalen damit, daß das Zentrum im Kommunalwahlkampf in Erscheinung treten wird. Wir sollten das Zentrum totschweigen. Wenn es ernsthaft in Erscheinung treten sollte, dann wird sich zumindest bis zu den Kommunalwahlen ein Tatbestand ergeben, der das Zentrum auch bei dem verbohrtesten Landpastor im Münsterland politisch einfach disqualifiziert. Es läuft ein Verfahren gegen einen früher maßgebenden Mann des Zentrums, das von großer politischer Bedeutung sein wird.⁸¹

81 Nicht ermittelt.

Nun zur FDP! Man sollte die FDP nicht unnötig interessant machen. Wir sollten daran denken, daß die FDP nicht nur beim Sturz der Regierung Arnold, sondern auch bei der Wahl der Oberbürgermeister und der Landräte entscheidend mit der SPD zusammengewirkt hat. Die FDP in unmittelbare Nähe der SPD zu bringen und die Abhängigkeit der FDP von der SPD den Wählern klarzumachen, scheint mir eines der wirksamsten Argumente der Auseinandersetzung mit der FDP zu sein.

Ein sehr wichtiges Problem bilden die Vertriebenen. Wir haben in Nordrhein-Westfalen 23 % Vertriebene innerhalb der Gesamtbevölkerung. Dieses Verhältnis muß bei der Aufstellung der Kandidaten berücksichtigt werden. Die Vertriebenen und Flüchtlinge unterliegen einem zunehmenden Prozeß der Radikalisierung. Das aufzufangen, ist nicht nur eine kommunalpolitische, sondern auch eine bundespolitische Aufgabe. Wir müssen die Vertriebenen und Flüchtlinge so berücksichtigen, daß sie auch die Überzeugung bekommen, daß die CDU auch die Partei der Vertriebenen ist.

Die Entscheidung im Kommunalwahlkampf fällt zwischen der CDU und der SPD. Deshalb muß der Wahlkampf mit Härte und Entschlossenheit und mit einem umfassenden Material gegen die SPD geführt werden. Bei den letzten Kommunalwahlen entfielen rund 82 % aller Stimmen auf die CDU und die SPD. Deshalb fällt die Entscheidung eben zwischen diesen beiden Parteien. Gerade hier möchte ich auf das Material verweisen, das die Kommunalpolitische Vereinigung erarbeitet hat. Es gibt eine Fülle von Fällen, in denen wir der SPD Machtmißbrauch, verfehlte Personalpolitik, Intoleranz in wichtigen Problemen und Fragen der Kultur- und der Sozialpolitik nachweisen können. Dieses Material wird letztlich auch die Personen ansprechen und überzeugen, die bei der Wahl zwischen der CDU und der SPD schwanken sollten.

Wir halten es für notwendig, dieses Material, wenn auch nicht in seiner ganzen Fülle, so aber doch in wesentlichen Teilen beim kommunalen Wahlkampf zu benutzen. Diese Beispiele bleiben haften. Durch diese haftenden Beispiele läßt sich die Wahl erleichtern. Wir sollten bei der Wahl Schwerpunkte bilden. Das flache Land ist verhältnismäßig wahlfreudig und auch bereit, in der überwiegenden Mehrheit der CDU ihre Stimme zu geben. Schwierigkeiten haben wir vor allem in den Großstädten, wie ja auch die Wahlbeteiligung und der Stimmenanteil für die CDU zeigen. Deshalb müssen in den Großstädten Schwerpunkte gebildet werden. Hier liegen noch Reserven, vor allen Dingen in den Großstädten über 100.000 Einwohnern.

Die Vorbereitung und die Durchführung der Kommunalwahlen erfordern sehr viel Geld. Aber darüber zu sprechen ist jetzt nicht die Stunde. Ich wäre dankbar, wenn wir dieses Problem im Kreise der Personen, die dafür zuständig sind, recht bald besprechen könnten, damit wir unsere Dispositionen für den Wahlkampf treffen können. *(Beifall.)*

Adenauer: Das Wort hat Herr Bitter.

Bitter: Herr Bundeskanzler! Meine verehrten Damen und Herren! Ich bin sehr dankbar dafür, daß der Bundesvorstand zum erstenmal, solange ich die Ehre

habe, diesem erlauchten Gremium anzugehören, das Thema „Kommunalwahlen“ zur Diskussion stellt. Ich bin auch dem Herrn Landesvorsitzenden von Westfalen verbunden, daß er mit der ihm eigenen Gründlichkeit die Kernpunkte dieses Wahlkampfes herausgestellt hat. Das Bild wäre aber nicht vollständig, wenn ich nicht den Versuch machte, auch von mir aus einige konkrete Dinge in den Blickpunkt der verantwortlichen Parteileitung zu stellen, damit manche Fehlleitungen und Fehlsichten aus diesem Hohen Hause verschwinden.

Lassen Sie mich beginnen, Herr Bundeskanzler, mit einer sachlichen Feststellung. Wir haben acht Bundesländer und drei Stadtstaaten, aber jedes Land hat eine andere Gemeindeverfassung mit verschiedener Organstellung. So gibt es in Schleswig-Holstein und in Hessen die Magistratsverfassung, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Ratsverfassung, in Rheinland-Pfalz und im Saarland die Bürgermeisterverfassung, in Baden-Württemberg und Bayern die Stadtratsverfassung und in Berlin, Bremen und Hamburg die Senatsverfassung.

Die Bundesrepublik umfaßt – ich bitte Sie, sich darüber ein ganz klares Bild zu machen – 34.392 kreisangehörige Städte, 139 kreisfreie Städte, 425 Landkreise. In diesen acht Ländern und drei Stadtstaaten bestehen nur vier kommunalpolitische Landesvereinigungen. Ich füge hinzu, daß wir zum Teil in einzelnen Ländern die Kommunalpolitische Vereinigung sowohl auf der Kreisebene wie auf der Landesebene bis zum Jahre 1956 haben neu gründen müssen. Was das an Kraft, an Zeit und an Menschenverbrauch kostet, das brauche ich hier nur anzudeuten.

Es ist also keineswegs so, als wenn wir jetzt plötzlich über Nacht die Erkenntnis bekommen hätten, daß wir in der Kommunalpolitik versagt hätten. Und wenn der Herr Innenminister davon gesprochen hat, die Kommunalpolitik habe kein klares Gesicht, dann nehme ich ihm das in dieser Form, verehrter Herr Dufhues, nicht ab. Ich bitte Sie, davon Kenntnis zu nehmen, daß es seit dem Jahre 1947 klar profilierte Leitsätze der Kommunalpolitik gibt und daß diese Leitsätze unter Mitwirkung maßgebender Kommunalpolitiker ergänzt worden sind. (*Dufhues*: Das habe ich ja nicht gemeint!)

Die Frage, um die es sich dreht oder drehen kann, ist doch, ob wir eine klar profilierte Kommunalpolitik an den Mann gebracht haben. Darum dreht es sich. Das ist die große Sorge, die wir in der Kommunalpolitischen Vereinigung seit Jahr und Tag haben. Ich will von den Rechtsfragen und den Schwierigkeiten, die sich aus den einzelnen Verfassungen ergeben, im einzelnen nicht sprechen, ich will nur sagen, hier liegt ein Berg von Verantwortung, Aufgaben und Arbeit vor uns. Die Frage, um die es sich in letzter Konsequenz bei diesem Wahlkampf dreht, ist der Katalog der Städte, die hier in Betracht kommen. Ich will aber darauf verzichten, im einzelnen darüber zu sprechen, und zwar mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit. Ich darf Ihnen aber ein Heft nachher überreichen, damit Sie sich selbst ein Bild machen können, daß es sich hierbei nicht nur um eine Erscheinung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, sondern darüber hinaus auch im ganzen Bundesgebiet handelt. Das ist die Situation, in der wir uns befinden.

Lassen Sie mich aus einer fast vierzigjährigen Erfahrung einige konkrete

Dinge sagen. In der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch – zumindest bis zur Währungsreform – haben die Kommunalpolitiker alle Hände voll zu tun gehabt, um den Schutt von den Straßen der Städte wegzubringen. In der gleichen Zeit hat die aus den Gefängnissen und Konzentrationslagern zurückgekehrte Funktionärsgarde der SPD ihre SPD-Gebäude restlos wieder aufbauen können. (*Bewegung und Widerspruch.* – *Zurufe:* Na, na! – *Adenauer:* Das ist eine allgemeine Behauptung!) Herr Bundeskanzler! Darf ich Ihnen das beweisen? (*Adenauer:* Beweisen Sie das mal! Das ist doch eine sehr allgemeine Behauptung! – *Zuruf:* Unsere Leute haben auch aufgebaut!) Wir können beweisen, daß die SPD-Leute viel eher an der Arbeit gewesen sind als wir. (*Adenauer:* Das waren wir doch schuld!) Herr Bundeskanzler! Das mag zum Teil richtig sein, aber ich kann Ihnen sagen, die SPD-Gebäude haben viel eher gestanden als unsere Gebäude. (*Adenauer:* Ja, aber das waren wir doch schuld, weil wir zu faul sind!) Das mag sein! (*Adenauer:* Na also!) Aber das liegt nicht an der Kommunalpolitik, sondern das liegt an der Partei.

Man muß unterscheiden zwischen dem, was die Partei unterlassen hat, und dem, was in den Rathäusern unterlassen worden ist. Wir stehen doch vor der Tatsache, daß unsere frühere Hilfsmannschaft aus den Chrstlichen Gewerkschaften heute hinter der SPD steht, insbesondere die Garde der Leute, die aus dem sozialen Raum und aus der Gruppe der Vertrauensräte kommen. Das ist die Situation, in der wir stehen. (*Unruhe und Bewegung.*) Wir haben ein völlig verändertes Bild in unseren Rathäusern in bezug auf die Zusammensetzung. (*Zuruf:* Allerdings, das muß geändert werden!) Da liegen doch die großen Schwierigkeiten, die wir haben. (*Anhaltende Unruhe.*)

Herr Bundeskanzler! Sie müßten die Schwierigkeiten kennen, die es gibt, insbesondere für die Landesvorsitzenden, die Kreisvorsitzenden und die Bezirksvorsitzenden, um überhaupt geeignete Kandidaten auf dem Lande und in den Großstädten zu finden; denn die Leute scheuen doch zum größten Teil die Arbeit, die auf sie zukommt. (*Adenauer:* Das hat es doch früher auch alles gegeben!) Dem muß ich widersprechen, Herr Bundeskanzler! Wenn heute 75 bis 80 % der Bundesgesetze und der Landesgesetze sich auf die Gemeinden auswirken, so ist das eine große Fülle. Ich bin lange Stadtverordneter gewesen und kann mir ein Bild machen von der Gemütlichkeit von früher. Das ist kein Vergleich dazu, wie wir heute Kommunalpolitik machen müssen. (*Unruhe.* – *Adenauer:* Dann müssen wir eben sehen, wie wir das ändern können!) Das ist etwas anderes. Dazu komme ich noch. Aber wenn wir schlechthin davon sprechen, daß die CDU versagt hat, müssen wir uns Rechenschaft geben ... (*Adenauer:* Herr Bitter! Es wird ja gar nicht gesagt, daß Sie versagt haben! Sie können doch nicht allein die Verantwortung für die gesamten Kommunalwahlen haben!) Ich habe mich aber verantwortlich gefühlt, dem Bundesvorstand zu zeigen, wo diese Dinge liegen und wo die Krankheit liegt. (*Adenauer:* Darüber werde ich Ihnen gleich auch etwas sagen!) Ich bin dankbar für jeden guten Rat vom ehemaligen Oberbürgermeister von Köln. (*Adenauer:* Was die Arbeit angeht, so sind die Oberbürgermeister noch nie soviel herumgereist wie jetzt, niemals!) Das ist ja immer so ... (*Adenauer:* Sie sagen, es wäre soviel Arbeit da! Im übrigen reisen auch die Bundestagsabgeordneten sehr gern;

das ist aber nicht so schlimm!) Ich unterscheide sehr wohl zwischen den reisenden Oberbürgermeistern und den armen Stadtverordneten, die nicht wissen, wie sie mit ihrer Arbeit fertig werden sollen. (*Adenauer*: Nun hören Sie mir aber auf, lieber Herr Bitter! Ich bitte Sie! – *Unruhe und Bewegung*.) Herr Bundeskanzler! Ich habe eine große und herzliche Bitte an Sie. Machen Sie sich freundlicherweise einmal einen Tag frei, und lassen Sie sich von diesen Leuten praktisch illustrieren, was in den Rathäusern alles zu tun ist. (*Adenauer*: Das gab es früher auch!)

Sei dem, wie ihm sei, ich bin mit dem Herrn Innenminister in einer Reihe von Punkten einig, aber es ist nicht so, als ob im vorpolitischen Raum schon seit Monaten nicht viel geschehe. Vor vier Monaten haben wir schon die gesamten Kreisvorsitzenden des Ruhrgebietes zusammengehabt.⁸² Herr Ministerpräsident Dr. Meyers, Sie waren in Duisburg bei uns. Hier wurden Parolen ausgegeben, die ganz klar formuliert waren. Wir stellen fest, daß seitdem auch in den anderen Kreisen der vorpolitische Raum bestens angesprochen wird. Ich hatte die Ehre, in der vorigen Woche hier im Katholischen Club zu sprechen. Ich habe den Leuten das ganze Material, was wir in den vergangenen Jahren zusammengetragen haben, einmal plastisch vorgeführt. Ich bin allerdings erschrocken, als ich feststellen mußte, wie wenig die Leute davon berührt werden. Selbst die Vertreter des kirchlichen Raumes hatten kaum eine Ahnung von dem, was sich im Bundesgebiet abspielt.

Da liegen die Punkte, um die es geht. Es dreht sich darum, daß wir insbesondere die Leute durch unsere Bildungsarbeit aufklären. Hier müssen wir viel mehr als bisher tun. Ich habe volles Verständnis dafür, daß die Organisation der Partei noch Schwächen aufweist. Ich könnte Ihren Katalog vervollständigen. Herr Ministerpräsident Meyers, Sie wissen Bescheid darüber. Hier liegen aber die Punkte. Sie können in Ihrer Kritik an den Fraktionen auf der kommunalen Ebene nicht schärfer sein als wir selbst, wie ja auch Herr Dufhues ausgeführt hat. Aber wenn Sie die Organisation nicht in Ordnung bringen, dann müssen Sie sich darüber klar sein, daß die Dinge im kommunalen Raum, auf sich gesehen, nicht richtig laufen können. Das ist letzten Endes die Voraussetzung, um die ganze Sache in Ordnung zu bringen.

Der Herr Innenminister beklagte sich auch darüber, daß die Leute zu wenig aktiv sind. Das beklagen wir auch. (*Bewegung*. – *Zurufe*: Wir auch! – Das muß sich ändern!) Ein Beispiel! Wir hatten im vorigen Jahr eine Fraktion mit einem Rechtsgutachten bedacht, damit sie es gegenüber dem Oberbürgermeister und seiner Verwaltung anwenden sollte. Und was haben wir erlebt? Der Oberbürgermeister hatte die Lage erfaßt, indem er, die Schwäche des CDU-Antrages erkennend, sofort den CDU-Mann aufs Kreuz legte. Unsere Juristen im Zuschauerraum mußten erleben, daß das Gutachten überhaupt nicht zum Tragen kam. Die Fraktion hatte also versagt.

Da liegt das Schwergewicht, daß wir eben das Menschenmaterial nicht haben. Das ist die größte Schwierigkeit, vor der wir stehen. Das sind unsere Sorgen und Nöte.

⁸² Konferenz der KPV NW am 20. November 1959 in Duisburg (vgl. Kommunalpolitische Blätter vom 10. Dezember 1959 S. 961f.).

Das ist die Aufgabe, vor der die gesamte Partei steht, daß wir nämlich auf dem Wege des Bildungsapparates dafür sorgen müssen, daß diese Dinge in Ordnung kommen. (*Lebhafte Unruhe.*) Im übrigen dürfen wir nicht vergessen, daß wir diese große Zerklüftung aufgrund der verschiedenen Verfassungen haben. Es gibt Schwierigkeiten mit den kommunalen Spitzenverbänden, und das kostet Geld, Kraft und Zeit. Wie wir das ändern können, das weiß ich auch nicht. Unterschätzen Sie nicht die Arbeit. Sie ist nicht damit getan, daß man einen Katalog aufstellt, sondern wir müssen uns die größte Mühe geben, von Land zu Land, von Kreis zu Kreis eine Kleinarbeit zu leisten. Wir müssen dafür sorgen, daß wir in den einzelnen Parlamenten wieder Ordnung bekommen. Von heute auf morgen ist das nicht zu machen; denn wir können nicht auf einmal das wieder gutmachen, was jahrelang versäumt worden ist.

Adenauer: Wir danken den Herren Dufhues und Bitter für die klärenden Worte, die sie gesprochen haben. Erlauben Sie mir, auch einige Worte hinzuzufügen. Ich habe wohl auch eine gewisse Legitimation dazu als alter Kommunalbeamter, der schon Wahlen mitgemacht hat nach dem Dreiklassenwahlsystem, als die Leute zur Wahlurne geschleppt werden mußten. Ich habe auch damals Leute zur Wahlurne geschleppt, als es sich darum handelte, ob die zweite Klasse in Köln von den Liberalen weiter beherrscht oder vom Zentrum geführt werden sollte. Es ist uns nach vielen Mühen gelungen, diese Klasse zu erobern, so daß das Zentrum die Mehrheit bekam.

Warum führe ich das an? Ich bin der Auffassung, daß es bei den Gemeindewahlen – die großen Städte sind auch Gemeinden – in der Hauptsache auf die Lokalarbeit ankommt. Sie dürfen die Kommunalwahl nicht etwa – und da befinde ich mich in einem gewissen Gegensatz zu Herrn Dufhues – als politische Wahl aufziehen. Das halte ich für falsch. Sie können von der Bevölkerung einfach nicht verlangen, daß sie innerhalb [von] vier Jahren drei politische Wahlen absolviert, eine für die Gemeinde, eine für das Land und eine für den Bund. Das übersteigt einfach ihr politisches Denk- und Fassungsvermögen. Da streiken sie und gehen nicht mit.

Die Gemeindewahlen müssen also lokal aufgezogen werden. Herr Dufhues hat ausgeführt, wenn man dem Wähler sagt, der Bund hat z.B. drei Milliarden für Schulbauten gegeben, so faßt der einzelne Wähler das nicht ganz. Deshalb muß man im einzelnen erläutern: Für die Stadt Dortmund wurden soundso viel Mark für den Wohnungsbau, für die Schulbauten usw. gegeben. – Das spricht den Wähler an. Das ist die klarste Rechtfertigung des Satzes, daß die Gemeindewahlen nach lokalen Gesichtspunkten durchgeführt werden sollen. Das allein interessiert doch die Leute. Dazu gehören natürlich in erster Linie geeignete Kandidaten. Das ist das Entscheidende bei der ganzen Wahl.

Frau Braukstiepe verläßt den Saal.

Nun hat uns auch die letzte Dame verlassen. – Sie haben nicht davon gesprochen, welche Aufträge von einer Gemeinde vergeben werden. Die Gemeinden sind in den meisten Fällen ein großer Auftraggeber. Und wer kriegt die Aufträge? Ich kenne doch den Kram von früher her. Früher war man vorsichtiger als jetzt. In

einer sozialdemokratisch regierten Gemeinde kriegen doch die Sozialdemokraten oder diejenigen, die es wenigstens versprechen, Sozialdemokrat zu werden, die Aufträge. Und das ist doch von sehr großer Bedeutung, auch für die kommenden Wahlen, wenn dadurch Leute sozialistisch werden, die etwas bedeuten.

Nehmen Sie etwas anderes! Ich habe in Berlin eine erschütternde Darstellung darüber bekommen, wie es unter der Lehrerschaft aussieht, wie da von sozialdemokratischer Seite gearbeitet wird. Ich war neulich in Essen auf einer Versammlung⁸³, auf der Sie leider gefehlt haben, verehrter Herr Ministerpräsident. Wir hätten Sie auch gern begrüßt bei dem Bischof Hengsbach⁸⁴. Wir haben uns lange unterhalten. Es kam zum Ausdruck, daß nur diejenigen Aussicht hätten, in Essen, aber auch in anderen Industriestädten, in der Lehrerschaft aufzusteigen, die Sozialdemokraten seien.

Wir haben mit Recht unser Augenmerk auf die großen Sachen gerichtet, aber dabei haben wir übersehen, welch große Bedeutung und Wichtigkeit gerade auch die Gemeinden auf die Dauer für die Fundierung einer Partei haben. Das haben wir vernachlässigt. Ich erinnere mich noch, mit welchem Entsetzen ich vor einiger Zeit gehört habe, daß ein führender Mann unserer Partei in meiner Gegenwart gesagt hat: Lassen wir doch die Gemeinden den Sozialdemokraten überlassen. – Das war dessen Standpunkt.

Nun weiß ich, welche Arbeit dahinter steckt, Herr Bitter. Es sollte Ihnen ja nicht der geringste Vorwurf gemacht werden, aber warum ich gerade besonderen Wert darauf gelegt habe, einmal die Frage der Kommunalwahlen auf die Tagesordnung hier zu setzen, ist doch, einen Weckruf loszulassen an unsere Partei, damit sie aktiver und rühriger wird. Dazu gehört aber auch, daß sie nun diejenigen, die ihrer Aufgabe nicht mehr gewachsen sind, wegbesorgt. Das gilt vor allem für diejenigen, die immer ja sagen. Herr Johnen hat in einer Versammlung einmal gesagt: In einem Kirchenvorstand kann man noch jemand lassen, der immer ja sagt, aber nicht in einer Gemeindeversammlung. – Er hat völlig recht damit. Es muß Opposition gemacht werden, und das verdammte Ja-sagen muß endlich aufhören. Das heißt natürlich nicht, daß man um jeden Preis nein sagen soll, aber man sollte auch mal eine andere Ansicht kundtun.

Im allgemeinen ist das eine Art Sanatorium für Ruhebedürftige. Ich will Ihnen einmal vorlesen, wie es aussieht, und zwar aus einer Veröffentlichung der Sozialdemokraten selbst. Von den 18 Großstädten der Bundesrepublik mit über 250.000 Einwohnern haben 16 einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister. Das ist doch schrecklich!

83 Am 18. Januar 1960. Vgl. Anm. 2.

84 Dr. Franz Hengsbach (1910–1991), katholischer Theologe; 1957–1991 erster Bischof des neugeschaffenen Ruhrbistums Essen, 1961–1978 Militärbischof, 1961 Mitgründer der Aktion Adveniat, 1988 Kardinal.

Frau Brauksiepe betritt wieder den Raum.

Frau Brauksiepe ist wiedergekommen. – Es heißt weiter: In folgenden kreisfreien Städten mit über 20.000 Einwohnern stellt die SPD außerdem das Stadtoberhaupt. Dann zählt sie sage und schreibe 76 kreisfreie Städte auf. Das sind doch schreckliche Zustände! Gerade die kommunalen Parlamente sind für die jungen Leute das gegebene Feld, auf dem sie lernen können, Politik zu betreiben, und damit sie ein Gefühl dafür bekommen. Sie sollen zunächst einmal lernen, sich in kleineren Parlamenten zu bewegen und zu sprechen. Das ist die beste Ausbildungsanstalt, die es überhaupt dafür gibt, um später im Landesparlament oder im Bundesparlament tätig zu sein.

Ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen, weil die Zeit so weit vorgerückt ist, ich möchte nur eines sagen: Ich halte es nicht für richtig, daß die Wahlen alle an einem Tag stattfinden sollen. Diese Wahlen gehen für uns schlecht aus. Wir können nicht – da hat Herr Bitter recht – mit einem Mal das nachholen, was wir jahrelang versäumt haben. Und wenn nun in den drei Ländern die Wahlen ungünstig für uns ausgehen, wird das von der SPD als ein großer Sieg für sie ausgewertet werden. (*Altmeier*: Es geht nur um eine Zeitspanne von 14 Tagen!)

Eine zentrale Steuerung halte ich nur in ganz vorsichtiger Weise für möglich. Damit kommen wir an einen entscheidenden Punkt. Wir bekümmern uns hier um die Gemeinden. Was aber tun die Landesparteien auf diesem Gebiet? Werden die Landesparteien damit einverstanden sein, daß wir uns darum kümmern, oder wird man uns nicht sagen, bleibt raus?

Wir können uns von der Bundespartei aus nur dann und wann einmal darum kümmern. Im übrigen aber sieht es vielleicht nicht ganz so schlimm aus, wie es dargestellt wird. Gestern hat Herr Scheufelen dargelegt⁸⁵, daß die Gemeindewahlen in Baden-Württemberg verhältnismäßig nicht schlecht ausgefallen sind. Von Herrn von Hassel hören wir das gleiche über Schleswig-Holstein. Es sind nur einige Gebiete, vor allem Hessen und im Ruhrgebiet, wo es besonders schlecht ist.

Deshalb wäre es vielleicht gut, wenn wir uns insbesondere auf Hessen und das Ruhrgebiet konzentrierten, damit wir dort bessere Erfolge als bisher erzielen. Ich wiederhole nochmals: Den Wahlkampf sollten wir zunächst einmal lokal führen, und zwar mit allen möglichen lokalen Sachen. Wir müssen den Wählern zeigen, was schlecht gemacht worden ist und wie es besser gemacht werden kann.

Noch ein Wort zum vorpolitischen Raum. Ich habe nichts gehört von den maßgebenden Innungen. (*Dufhues*: Die habe ich genannt, und zwar Handwerksvereinigungen usw. – *Meyers*: Sie sollen angesprochen werden!) Ich hätte gern gehört, wie die Handwerkervereinigungen auf eine solche Ansprache reagieren. (*Dufhues*: Auf die Gewerbesteuer sind sie stolz!) Die bekommen doch die Aufträge. Bitte nehmen Sie die Sache realistisch. Die Gemeindeverwaltung ist in den meisten Fällen – um es nochmals zu wiederholen – der größte Auftraggeber. Daher haben sie das ganze Heft

⁸⁵ Sitzung des geschäftsführenden Vorstands.

in der Hand. Und da hineinzubrechen ist sehr schwer. Aber das muß gemacht werden, und zwar müssen wir eine öffentliche Ausschreibung verlangen. Wenn nur drei oder vier Bauunternehmen aufgefordert werden, eine Offerte abzugeben, dann wird das in irgendeiner Kommission verklüngelt. Aufgefordert werden dann todsicher nur Leute und Firmen, die der SPD angehören oder zumindest zu ihr neigen. Diese beschränkten Ausschreibungen sind das schlimmste, was es auf diesem Gebiet überhaupt gibt. Jetzt spricht der alte Oberbürgermeister! (*Heiterkeit.*) Glauben Sie mir das bitte! Ich habe da mehr Erfahrungen gemacht, als Sie vielleicht denken.

Meyers: Die Wahlen sind – jedenfalls in Nordrhein-Westfalen, aber ich nehme an, auch in den anderen Ländern – auch deshalb wichtig, weil die Mehrzahl der hauptamtlichen Beamten in den Gemeinden und Kreisen für die nächsten zwölf Jahre gewählt werden. Deshalb lohnt es sich schon, etwas Arbeit in den Wahlkampf hineinzustecken. Wir wissen gerade aus den Erfahrungen eines ehemaligen Oberbürgermeisters, wie die Leitung einer Verwaltung die Dinge beeinflussen kann, so daß wir daran erkennen können, was uns bevorstehen kann.

Eines ist am wichtigsten, das Problem der Persönlichkeiten innerhalb des Gemeinderates. Die SPD hat uns etwas abgucken. Wir haben bisher ein paar Bundestagswahlkämpfe mit dem Herrn Bundeskanzler und seiner Mannschaft geführt; in Nordrhein-Westfalen haben wir unter Karl Arnold den Wahlkampf bestritten. Nun hat die SPD auf den örtlichen Bereich abgestellt. In Köln stellt sie z.B. Herrn Burauen heraus. Das gleiche gilt für andere Städte: Essen, Bielefeld usw. Wenn ich mir da die Gegenkandidaten ansehe – ich will keine Namen nennen –, muß ich sagen, soweit ich das übersehe: Wir haben nur einen einzigen Ort, wo wir mit Aussicht auf Erfolg einen Gegenkandidaten aufstellen können. Wir von der CDU haben zuviel Aderlässe gehabt. Wir haben sehr viel Landtagsabgeordnete, Bundestagsabgeordnete, Minister und Ministerpräsidenten. Das ist natürlich für eine Partei ein gewaltiger Aderlaß, der sich immer nach unten hin bemerkbar macht. So war z.B. Karl Arnold auch noch Oberbürgermeister von Düsseldorf. Und wenn man durch den Kreis geht, findet man immer wieder auch Kommunalpolitiker, die auf der höheren Ebene ebenfalls tätig sind. (*Schröder:* Wie ist es mit Ihnen?) Ich nehme mich nicht aus! Es muß also örtlich gearbeitet werden.

Wir haben vom Kabinett aus den Beschluß gefaßt, von oben und nicht von unten her prüfen zu lassen, welche Gelder in die einzelnen Städte geflossen sind. Das muß dann zusammengestellt werden, wie es Herr Heck damals für jeden Wahlkreis hat zusammenstellen lassen. Dieses Material wollen wir jedem Redner an die Hand geben; dann können sie ihre Sache besser vertreten, als wenn sie nur so ganz allgemein davon reden. Wenn man z.B. sagt, 97 % der Mittel für Dortmund sind vom Bund und vom Land gekommen, dagegen hat Dortmund nur 3 % zur Verfügung gestellt, dann wird es den Leuten viel klarer, worum es geht. Wir sollten eine solche Aufgliederung von unseren Rednern bei ihren Vorträgen verlangen. Die Landesverbände sind nicht dagegen. Wir sollten einen Brief an alle Abgeordneten des Bundestages schicken und sagen, daß sie sich intensiv um ihren Wahlkreis kümmern sollen.

Dieser Dortmunder Bürgerbrief ist nur ein Beispiel, der kommt jetzt von allen Städten. Wir müssen uns jetzt etwas einfallen lassen, was wir dagegen tun können. Natürlich können wir den Kommunalwahlkampf nicht so zentral führen wie den Bundestagswahlkampf oder auch den Landtagswahlkampf. Die örtlichen Verhältnisse sind ja überall verschieden. Wichtig ist vor allen Dingen, daß wir Mittel freimachen; denn ohne Geld kann man einen Wahlkampf nicht führen.

Scheufelen: Ich möchte Ihnen etwas sagen aus der Erfahrung bei den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg. Bei uns sind die Verhältnisse sehr verschieden.

Adenauer: Darf ich Sie unterbrechen, Herr Scheufelen! Herr Krone möchte etwas mitteilen.

Krone: Wir müssen vom Bundesvorstand aus etwas sagen, nachdem der Herr Kollege Bucerius in der „Zeit“ den Rücktritt von Bundesminister Oberländer gefordert hat.⁸⁶ In einem kleinen Kreis ist ein Communiqué vereinbart worden, das ich Ihnen jetzt vorlesen möchte:

„Der Bundesparteivorstand der CDU befaßte sich heute u.a. mit den Vorwürfen, die im Rahmen einer allgemeinen Diffamierungskampagne gegen führende Persönlichkeiten der Bundesrepublik seit geraumer Zeit aus dem kommunistischen Raum planmäßig gegen Professor Oberländer gesteuert werden. Es wurde festgestellt, daß Bundesminister Oberländer die Aufklärung und Entkräftung dieser Vorwürfe nachdrücklich und erfolgreich betreibt.

Der Bundesparteivorstand begrüßt diese Bemühungen des Ministers und wendet sich entschieden gegen jede Hetze, die auf kommunistischem Material⁸⁷ beruht und die entlastende Tatsachen nicht berücksichtigt.“ – (*Adenauer:* Ich würde sagen, die festgestellten Tatsachen!) – Das Verfahren läuft noch. Ein Teil ist noch nicht festgestellt. – „Im übrigen wird daran erinnert, daß Minister Oberländer nach gründlicher Untersuchung ...“ (*Adenauer:* Ich würde sagen: Prüfungen!) „durch deutsche und amerikanische Stellen entlastet und bereits im Jahre 1950 vom Kabinett einer Großen Koalition in Bayern zum Staatssekretär ernannt worden ist.“

Hier ist nicht unterstellt, daß Bucerius etwa als CDU-Mitglied Hilfestellung leisten will zu den Angriffen aus dem Osten. (*Dufhues:* Welche Parteien waren an der Großen Koalition beteiligt?) Das war in München unter Einschluß der SPD. (*Zuruf:* Bei Hoegner⁸⁸!) Er ist Staatssekretär für die Vertriebenen in Bayern gewesen. (*Schröder:* Das sollte man sagen!)

Adenauer: Sind die Herren einverstanden? (*Zurufe:* Ja!) – Das Wort hat Herr Scheufelen.

⁸⁶ Vgl. Anm. 39.

⁸⁷ Das „kommunistische Material“ ist zusammengestellt im BRAUNBUCH, Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin. Hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front. Berlin (Ost) 1968, hier S. 292–294 und S. 312f.

⁸⁸ Dr. Wilhelm Hoegner (1887–1980), 1946–1970 MdL Bayern (SPD), 1954–1957 Ministerpräsident, 1961–1962 MdB. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 466 Anm. 66.

Scheufelen: Die Ergebnisse in Baden-Württemberg haben gezeigt, daß es besser ist, wenn die Wahlen ausschließlich auf Personen abgestellt sind. Wir haben dabei folgende Taktik eingeschlagen. (*Lebhafte Unruhe.*)

Adenauer: Meine Herren! Darf ich um Ruhe bitten! (*Gradl:* Zur Geschäftsordnung!) Bitte, Herr Gradl!

Gradl: Sollte Ihre Frage, Herr Bundeskanzler, die Sie eben gestellt haben, ob wir einverstanden seien, bedeuten, daß die Aussprache damit abgeschlossen sei? (*Blumenfeld:* Ich hatte mich gemeldet!)

Adenauer: Herr Dr. Krone hatte mich gebeten, er möchte Ihnen diese Erklärung vorlesen. Damit sie noch rechtzeitig der Presse gegeben werden kann, habe ich Herrn Scheufelen in seiner Rede unterbrochen. (*Blumenfeld:* Ich wollte aber noch etwas sagen!) Dann muß man Herrn Krone, der weggegangen ist, festhalten und bitten, das nicht der Presse zu übergeben. (*Gradl:* Wir sollten doch noch einmal darüber sprechen!) – Bitte, Herr Scheufelen!

Scheufelen: Wir haben folgende Taktik eingeschlagen: In den Städten und Kreisen, wo die CDU über gute Leute verfügt, sind wir auf die reinen CDU-Listen gegangen, und wo wir nicht die entsprechenden Leute hatten, haben wir gemeinsame Listen aufgestellt, zum Teil mit der FDP, zum Teil mit den unabhängigen Gruppen. Das Ergebnis war, daß in den Kreistagen die CDU als Partei 2 % verloren hat, daß sie aber aus den kombinierten Listen eine Zunahme von 7 % erhielt, so daß wir insgesamt 5 % zugenommen haben und unseren Vorsprung gegenüber der SPD in den Kreistagen erheblich vergrößern konnten. (*Meyers:* Das weiß kein Mensch! Das müssen wir doch auch bekanntgeben!)

In Stuttgart haben SPD und CDU zugunsten der freien Wählervereinigungen etwas verloren. Wir haben den Wahlkampf nach zwei Gesichtspunkten geführt, entweder die stärkste Partei zu werden oder aber eine SPD-Mehrheit zu verhindern. Es ist uns überall gelungen, eine SPD-Mehrheit – außer in Karlsruhe, wo besonders schwierige Verhältnisse sind, auch durch die Badische Volkspartei⁸⁹ – zu verhindern. In Heilbronn hat sich die CDU gerade gehalten. In Ulm und Ludwigsburg sind wir erstmalig die stärkste Partei geworden. Auch in anderen Städten, z.B. in Eßlingen, haben wir uns gegenüber der SPD gut gehalten.

Unsere Taktik wird in Zukunft sein, daß wir in den Fällen, wo wir keine entsprechenden Leute haben, mit den Unabhängigen zusammengehen, um zu versuchen, sie zu uns herüberzuziehen, was uns bisher in einzelnen Fällen schon gelungen ist.

Die SPD ist auch auf kommunaler Ebene auf einem Niveau stehengeblieben, bei dem sie wesentlich unter dem Durchschnitt der CDU liegt. Wir sind im Gegensatz zu anderen Parteien die stärkste geblieben. An einigen Stellen haben wir uns erheblich verbessert.

⁸⁹ Zur Badischen Volkspartei vgl. die Hinweise in Stöss 2 S. 288, 749, 1214 und 1220.

Es ist auch eine Konsequenz eingetreten. Die unabhängigen Wählervereinigungen sind zum Ministerpräsidenten und zu mir als dem geschäftsführenden Landesvorsitzenden gekommen und haben gefragt, wenn ihr die Absicht habt, nur noch die im Landtag vertretenen politischen Parteien anzuerkennen, dann sagt es uns. Dann werden wir für den Landtag kandidieren und die 5%-Klausel überschreiten. Wir haben ihnen geantwortet, wir hätten die Absicht, so lange nichts gegen sie zu unternehmen, als sie nicht für den Landtag kandidierten. Sie haben uns entgegnet, daß sie ihre politische Tätigkeit in der Landtagswahl darauf beschränken wollen, die Wähler aufzufordern, zur Wahl zu gehen. (*Adenauer*: Das ist ganz vernünftig!)

Das ist unser Zustand augenblicklich. Die Landesparteileitung hat nach unseren Erfahrungen meistens nicht die Möglichkeit, in den Ortsklüngel hineinzusehen. Das sind bestimmte Kreise, die einfach gute Leute nicht als Kandidaten zulassen, weil sie selber dranbleiben wollen. Darunter leiden wir sehr stark. Das ist sogar der Punkt, unter dem wir am stärksten leiden. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Wenn wir mal einen guten Mann haben, kommt er tatsächlich nicht zum Zuge. (*Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist ein Problem, das wir nicht lösen können, wenn wir den Landesparteien nicht die Möglichkeit geben, stärkeren Einfluß auf die Kandidatenaufstellung in den Kreisen und Gemeinden zu bekommen. Bis jetzt haben wir eine Lösung noch nicht gefunden.

Stoltenberg: Ich möchte diese Gedanken unterstreichen und darauf hinweisen, daß die geringe Wahlbeteiligung, insbesondere in den Großstädten, in der Hauptsache bei den jungen Wählern zu verzeichnen ist, weil die jungen Leute kein unmittelbares Verhältnis zum Rathaus haben. Hier liegt also noch eine Reserve, die wir bei der Wahl mobilisieren müssen. Wir müssen dafür sorgen, daß vor allen Dingen in größerem Umfange als bisher jüngere Kandidaten herausgestellt werden. In den Großstädten liegt das Durchschnittsalter der Stadtverordneten bei 60 Jahren. Diese Leute sind vielfach nicht bereit, dem Nachwuchs eine Chance zu eröffnen. Denken Sie an die Wahl des Oberbürgermeisters von München, wo die Sozialdemokraten einen 33jährigen Juristen herausgestellt haben, und zwar ist er kein Bayer, sondern ein Berliner, also ein ganz ungewöhnlicher Tatbestand.⁹⁰

Und das ist kein Einzelfall. Der Oberbürgermeister von Nürnberg⁹¹ ist 38, der von Regensburg⁹² 40 und der von Bayreuth⁹³ 42 Jahre alt. Diese jüngeren Leute bei den Sozialdemokraten kommen auch im Bundestag zur Geltung.

90 Dr. Hans-Jochen Vogel (geb. 1926), 1960–1972 Oberbürgermeister von München (SPD), 1972–1981 und seit 1983 MdB, 1972–1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, 1974–1981 der Justiz, 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1983–1991 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1987–1991 Parteivorsitzender.

91 Dr. Andreas Urschlechter (geb. 1919), 1957–1987 Oberbürgermeister von Nürnberg (SPD).

92 Rudolf Schlichtinger (geb. 1915), 1947–1960 MdL Bayern (SPD), 1959–1978 Oberbürgermeister von Regensburg.

93 Hans Walter Wild (geb. 1919), 1958–1988 Oberbürgermeister von Bayreuth (SPD).

Wir haben davon gehört, daß die Sozialdemokraten seit 1945 eine ganz systematische Personalpolitik betrieben haben, wodurch sie einen ungeheuer großen Einfluß überall ausübten. Auch wir müssen dafür sorgen, daß wir unserer Personalpolitik im Verwaltungssektor und im kommunalen Bereich viel mehr Aufmerksamkeit widmen als bisher. Heute ist es so, daß wir, wenn wir einen Posten besetzen müssen, nicht die entsprechenden Leute zur Verfügung haben. Im übrigen herrscht bei uns die Vorstellung, daß wir immer einen Mann aus dem Ortsbereich nehmen müssen.

Wir müssen unsere Personalpolitik zentralisieren. Wir sollten ein besonderes Referat für Personalpolitik innerhalb der Partei einrichten, und zwar in der Bundespartei, d.h. in der Bundesgeschäftsstelle. Auch die Landesverbände müssen sich dieser Aufgabe viel mehr als bisher widmen.

Ich habe gehört, daß der sozialdemokratische Innensenator in Berlin die 30 Assessoren, die jährlich in die Verwaltung von Berlin übernommen werden, nach einem bestimmten Quotensystem einstellt, und zwar 15 Sozialdemokraten, 5 CDU-Leute und 10 Parteilose, weil die Sozialdemokraten von den Studenten her diese Stellen allein nicht besetzen können. Man sagt den Leuten, daß sie Chancen hätten, in den Berliner Senat zu kommen, wenn sie sich der SPD anschließen. Aus dieser Schule kommt auch Herr Vogel, der in München Oberbürgermeister werden soll.

Das ist also eine Entwicklung, die auf lange Sicht gesehen werden muß. Unsere Versäumnisse in der Vergangenheit werden wir demnächst zu spüren bekommen. Der geschäftsführende Vorstand sollte sich mit dieser Frage sehr eingehend befassen und prüfen, ob in der Bundesgeschäftsstelle und in den Landesverbänden diese Personalpolitik systematisch betrieben werden kann.

Adenauer: Meine Herren! Ich bin übrigens mit 41 Jahren Oberbürgermeister von Köln geworden. – Das Wort hat Herr Meyers.

Meyers: Das Zentrum war bekannt dafür, daß es eine gute Personalpolitik betrieben hat. In der CDU ist es nicht ganz so. Herr Stoltenberg hat mir aus der Seele gesprochen. Ich habe schon vor Jahren eine zentrale Mitgliederkartei und Personalkartei verlangt. Ich habe das nicht aus dem blauen Himmel her gesagt, sondern der Herr Bundeskanzler hat mich im Herbst 1956 nach Italien zur Democrazia Cristiana geschickt. Dort konnte ich an der Zentrale einfach fragen, was die Partei z.B. in Messina für Leute hatte. Der betreffende Herr schlug nach und konnte sofort sagen: Den und den haben wir dort. (*Fay:* Stehen auch die „Flügel“ drin?) Man weiß in Italien, wer zu welchem Flügel gehört.

Also, dort hat man sehr leicht die Möglichkeit, aufgrund dieses zentralen Systems irgendeinen Posten mit dem richtigen Mann zu besetzen, während es bei uns außerordentlich schwierig ist, für einen Posten den richtigen Mann zu bekommen. Ich darf daran erinnern, wie schwierig es ist, einen geeigneten Kandidaten für den Posten des Oberstadtdirektors in Mönchengladbach zu finden. Das gleiche gilt auch für die Posten von Regierungspräsidenten. Das können wir nur erreichen, wenn wir eine zentrale Personalpolitik betreiben.

Schmitz⁹⁴: Ich habe etwas Herzklopfen bei meinem Diskussionsbeitrag, weil ich mich in einigen Passagen sicher in einen Gegensatz zu der Auffassung des Herrn Bundeskanzlers setze. (Adenauer: Ich werde Ihnen schon antworten!)

Wir dürfen bei der Analyse der letzten Wahl und bei der Prognose für die kommende Wahl nicht unterlassen, daran zu denken, daß wir es mit einer breiten Masse von klugen und politisch gebildeten Wählern zu tun haben. (Adenauer: Wo?) In Köln und in der ganzen Bundesrepublik. Es ist sicher weltbekannt, daß aus Köln kluge politische Leute kommen. Es ist auch überall bekannt, daß es in Köln z.Z. des Nationalsozialismus kluge politische Widerstände gegeben hat, und zwar mehr als in irgendeiner anderen Stadt. Es ist ebenso bekannt, daß keine andere Stadt in der Bundesrepublik kontinuierlich drei Bundestagsmandate in direkter Wahl und sechs Landtagsmandate erobert hat. Weder in Dortmund noch in Bochum ist das passiert.

Ich will damit beweisen, daß der Ausgang der Kommunalwahlen bei uns eine rein politische Entscheidung ist. Aufgrund der Analyse der letzten Wahl kann man wohl mit Recht behaupten, daß der Ausgang der Kommunalwahlen 1956 eine politische Entscheidung gegen die CDU gewesen ist. (Adenauer: Zeigt das denn, daß es in Köln soviel kluge Politiker gibt? – Heiterkeit.) Ich versuche ja, das zu beweisen. (Zuruf: Komischer Beweis!) Wir hatten im Jahr 1956 eine Situation, die nicht im politischen Gefühl der Bürgerschaft verankert war. Es war nicht klar auf unserer Seite, daß der Entwurf des Wahlgesetzes nicht dem Übermut der CDU entsprungen ist, sondern einer klugen politischen Überlegung. (Lebhafte Unruhe. – Zurufe: Was heißt das? – Sie müssen sich klar ausdrücken!) Aber die Bürgerschaft hat das als Übermut der CDU empfunden, und sie hat uns dafür die Quittung gegeben. Wir hatten es im Jahre 1956 nicht so klar formuliert, wie es heute formuliert ist.

Im Jahre 1956 war noch eine große Ungeduld vorhanden, weil die Rentenreform noch nicht verabschiedet war. Das hat sich selbstverständlich auch auf den Wahlausgang ausgewirkt. Aus dieser Erkenntnis heraus bitte ich, diesmal in Bonn darauf Rücksicht zu nehmen (Zuruf: Worauf?) Es stehen einige Gesetze zur Diskussion, die wirklich im Bewußtsein des Wählers verankert sind. Ich bitte darum, daß das Wohnungsbaugesetz⁹⁵ frühzeitig verabschiedet wird. Ich bitte weiter darum, daß die Diskussion um die Krankenversicherungsreform beendet wird, und zwar positiv im Sinne des Vorschlages der Bundesregierung.

Herr Minister Duffhues hat davon gesprochen, daß die Aufstellung der Kandidaten nach Möglichkeit zentral beeinflusst werden soll. Wenn diese zentralistische Willensäußerung günstig erscheint, dann soll man das aber auch auf andere Gebiete übertragen. Es ist eben ein großer Katalog von Vorschlägen gemacht worden. Darf

94 Heinz Schmitz (1909–1991), Kaufmann; seit 1954 Vorstandsmitglied der CDU Rheinland, 1956–1961 Stadtverordneter in Köln, 1960–1966 und 1968–1970 MdL NW.

95 Entwurf eines Gesetzes über den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft und über ein soziales Mietrecht vom 6. August 1959. BT-Drs. 1234. Gesetz vom 23. Juni 1960 – BGBl I S. 389.

ich Ihnen sagen, ohne überheblich sein zu wollen, daß wir trotz unserer Minderheit im Rathaus der Stadt Köln wirklich die Politik bestimmen, und zwar dadurch, daß wir sehr energisch arbeiten.

Es ist auch davon gesprochen worden, daß wir Bürgerversammlungen abhalten sollen. Das tun wir seit Jahren. Darüber hinaus haben wir ungefähr zehnmal die Bürger zu einem offenen Gespräch mit der Fraktion ins Rathaus geholt. Ich glaube, das sind Aktionen, die sich auch andere Rathäuser zu eigenen machen sollten.

Mit der Gewerbesteuer haben Sie völlig recht, Herr Bundeskanzler! (*Adenauer*: Davon habe ich doch gar nicht gesprochen, sondern Herr Dufhues! – *Lebhafte Heiterkeit*.) Entschuldigen Sie bitte! Bei der Gewerbesteuer wollen wir vor allem hinsichtlich des Mittelstandes eine gute Politik betreiben. Darüber müssen wir noch einmal sprechen.

Ich bin dem Herrn Ministerpräsidenten dafür dankbar, daß er zu Sportveranstaltungen gekommen ist. Diese Sportveranstaltungen bieten uns die Möglichkeit, die Politiker unter die Volksmassen zu bringen. Die Sportveranstaltungen wurden bisher nur von der Prominenz der SPD besucht. Und so, Herr Bundeskanzler, kann ich mich auch bei Ihnen bedanken, daß Sie liebenswürdigerweise – ich hoffe, Sie wissen von Ihrem Glück – die Patenschaft über die Weltmeisterschaft im Segelfliegen⁹⁶ in Köln übernommen haben. (*Unruhe und Bewegung*. – *Schröder*: Das ist ein tolles Ding! – *Meyers*: Das ist für einen Politiker sehr gut! – *Fricke*: Das soll aber nicht heißen, daß der Bundeskanzler fliegen soll! – *Heiterkeit*.)

Es ist z.Z. gar nicht so leicht, die große Mittelstandspolitik anzusprechen. Das gehört sicherlich nicht hierher, ich darf aber auch hier ohne Überheblichkeit sagen, daß im Landesverband Nordrhein ein Mittelstandsausschuß funktioniert, aber nicht nur auf dem Papier, wie in manchen anderen Landesverbänden, sondern wir können mit Zahlen aufwarten.

Dufhues: Ich habe Köln ausdrücklich herausgenommen, als ich einzelne Städte nannte, die sehr schlecht gewählt haben. Herr Schmitz hat darauf hingewiesen, wie erfolgreich die CDU-Fraktion in Köln als Minderheit die Kommunalpolitik beeinflußt hat. Dazu kann ich Sie nur beglückwünschen, darf Ihnen aber aus meinen Erfahrungen heraus sagen, daß Sie in Köln noch erfolgreicher als Mehrheitsfraktion wirken könnten, auch dann, wenn Sie den Oberbürgermeister stellen! (*Heiterkeit und Zurufe*: Sehr richtig!) Das ist übrigens ein Amt, das in Köln nicht ohne Geschick durch Herrn Burauen für die SPD verwaltet wird.

Meine Bitte geht dahin, daß Köln den Versuch unternimmt, wieder eine Mehrheitsfraktion der CDU zu bekommen; denn dann werden Sie Ihre Auffassung noch besser als bisher durchsetzen können. Ich möchte nicht dahin verstanden werden, daß ich für eine völlig zentralisierte Durchführung des Wahlkampfes plädiert habe. Das wird nicht so leicht möglich sein. Wenn ich von einer zentralen Steuerung gesprochen habe, dann

96 Vom 4. bis 18. Juni 1960 in Köln. Vgl. FAZ vom 3. Juni und 20. Juni 1960.

meinte ich das nur insoweit, als man die Kreise und Gemeinden nicht allein lassen soll, d.h., die Vorstände der Landesverbände sollen sich stärker als bisher um den Kommunalwahlkampf kümmern.

Herr Bundeskanzler! Ich stimme Ihnen zu, daß beim Kommunalwahlkampf in erster Linie die lokalen Fragen, wie Auftragsvergebung usw., eine Rolle spielen müssen. Nur bei einzelnen Fragen wird es sich nicht vermeiden lassen, die Bundespolitik einzuschalten. Wir haben diese Fälle im Jahre 1956 bei der Wehrfrage, der Rentenreform usw. gehabt. Wir werden auch während des Kommunalwahlkampfes möglicherweise auf Schwierigkeiten stoßen bei der Kriegsopferversorgung, bei der Krankenversicherung usw. Hier sollte sich die Bundespolitik klärend einschalten und positive Vorschläge machen, um solche Schwierigkeiten zu vermeiden, die sich bei diesen Auseinandersetzungen ergeben können.

Von Hassel: Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Wir können, ehe wir zum Tagesordnungspunkt „Bundestagswahlen“ übergehen, noch zwei Fragen zur Kommunalpolitik Rechnung tragen. Wir sind in Schleswig-Holstein bei der Kommunalwahl im vergangenen Herbst mit der Neugestaltung des Wahlgesetzes⁹⁷ vorangegangen. Dieses Wahlgesetz hat sich, wie ich glaube, außerordentlich gut bewährt. Wir haben durch den Zwang, daß nur noch politische Parteien, die im Landtag oder im Bundestag vertreten sind, eine Liste aufstellen können, immerhin dreieinhalbtausend neue Leute gewonnen, und zwar solche, mit denen man etwas anfangen kann. Dieses Gesetz ist im Landtag durch die CDU und die SPD gegen die kleinen Parteien verabschiedet worden. Interessant ist nun, daß die niedersächsische Regierung, bestehend aus SPD, FDP und BHE, fast das gleiche Gesetz vorgelegt hat.⁹⁸

Wir haben uns bemüht, in Schleswig-Holstein eine zentrale Personalkartei aufzumachen. Herr Bundeskanzler! Ich bin dankbar, daß das hier zur Sprache gekommen ist. Wir sollten am Montag noch einmal den Faden aufnehmen. Bei uns ist es leider noch so, daß wir nur einen Bürgermeister präsentieren können, wenn seine Vorfahren mindestens drei Generationen lang an dem betreffenden Orte gelebt haben. Wir müssen aber sagen können: Holen Sie sich einen qualifizierten Mann, auch wenn er von außerhalb kommt. In Niedersachsen hat Herr Kopf drei qualifizierte Staatssekretäre der CDU herausgeschmissen.⁹⁹ Wie mir gesagt worden ist, ist es nur in einem Falle gelungen, den Betreffenden wieder unterzubringen, während es bei den beiden anderen nicht möglich gewesen ist.

⁹⁷ Vgl. Nr. 10 Anm. 128.

⁹⁸ Niedersächsischer Landtag, LT-Drs. 93 (Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes vom 12. November 1959). Das im März 1960 verabschiedete Gesetz wurde am 26. August 1960 erneut geändert und erlaubte den sog. Rathausparteien die Teilnahme (vgl. FAZ vom 28. August 1960).

⁹⁹ Hierbei handelte es sich um den Leiter der Staatskanzlei, Richard Skiba, den Staatssekretär im Innenministerium, Eberhard Westerkamp, und den Staatssekretär im Kultusministerium, Dr. Paul Berning. Vgl. „Die Welt“ vom 18. Juni 1959.

Deshalb sagen die leitenden Beamten: Wenn wir bei der SPD wären, würde uns so etwas nicht passieren, denn die SPD würde uns schon irgendwo unterbringen, und wenn es nur bei einer Volksbücherei wäre, aber nachher bekämen wir doch wieder einen guten Posten. Wenn also die Beamten sehen, daß wir uns um sie kümmern und daß wir sie fördern, dann werden sie zu uns kommen und mit uns halten. Wenn wir aber, wie es in Hannover geschehen ist, unsere Leute nicht unterbringen können, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Leute sagen: Bei der CDU hat es keinen Zweck; sie ist nur gut beim Sonnenschein, sobald es aber einmal trübe wird, werden wir von ihr im Stich gelassen. Es ist einfach notwendig, sich von dem Gedanken zu lösen, daß wir für Kiel nur einen Mann aus Kiel nehmen können. Man muß einen leitenden Beamten, wenn er qualifiziert ist, doch auch von einem anderen Ort übernehmen können.

Ein weiteres Beispiel! Während des Kommunalwahlkampfes im Jahre 1956 wurde mir vom Oberbürgermeister in Essen¹⁰⁰ ans Herz gelegt, ich solle nur nicht über heiße Eisen sprechen, z.B. nicht über die Wehrfrage. Die jungen Leute in Essen wollten davon nichts wissen; auch nicht über die Rentenreform sollte ich sprechen. Essen sei eine Stadt der Rentner usw., andernfalls ginge die Wahl dort schlecht aus. Nun weiß ich nicht, worüber man reden soll, wenn man diese wichtigen Probleme nicht ansprechen kann. (*Meyers*: Die Quittung haben wir bekommen; wir haben in Essen die Wahl verloren!) Wenn ich diese Themen angeschnitten hätte, dann weiß ich nicht, was man mir nachher vorgehalten hätte. Ich bin dann gefragt worden, was das für eine komische Geschichte gewesen sei. Ich habe dann erwidert, daß dies mit der Vorgeschichte zusammenhänge.

Adenauer: Frau Brauksiepe! Wozu wollten Sie sprechen? (*Brauksiepe*: Zur Kommunalwahl!) Bitte sehr!

Brauksiepe: Wir haben uns in den letzten Jahren davon überzeugen müssen, daß die Frauen bei den Wahlen ansprechbar sind, wenn Persönlichkeiten herausgestellt werden, die etwas tun und von denen sie überzeugt sind, daß sie wirklich etwas leisten. Das ist aber nur möglich, wenn der Name und die Arbeit des Kandidaten bekannt sind. Ich bitte auch, einmal zu überlegen, wie stark der Erfolg bei den Kommunalwahlen davon abhängig ist, wenn tüchtige Frauen als Kandidaten aufgestellt werden, die in der Gemeinde etwas leisten.

Wir haben in manchen Industriestädten den Erfolg gesehen, daß eine einzige Stadtverordnete, weil sie eben für die einzelnen Menschen etwas getan hat, auch die Stimmen der bisher uninteressierten Wähler bekommen hat. Bei den Kommunalwahlen kann die weibliche Kraft, die Stadtverordnete, durchaus ihren Posten voll und ganz erfüllen, während wir bei der Bundestagswahl sehr vorsichtig sein müssen mit den Frauen, die wir anzubieten haben. Manchmal – nehmen Sie es mir nicht übel,

100 Dr. Hans Toussaint (1902–1977), 1949–1956 Oberbürgermeister von Essen (CDU), 1947–1958 MdL NW, 1957–1965 MdB.

wenn ich überspitzt formuliere – überlege ich mir, wie denn eine Frau, die wir von der CDU anbieten, um allen zu gefallen, aussehen muß.

Sie muß aussehen wie ein Mädchen und auftreten wie eine Lebedame; sie muß einen Kopf haben wie ein Mann und arbeiten wie ein Pferd. (*Lebhafte Heiterkeit und Bewegung.*) Das kann doch eine Frau gar nicht!

Wir müssen also Frauen in den Gemeindeparlamenten haben. Die Jugend und die Jungarbeiterinnen müssen angesprochen werden. Die Arbeiterin ist nicht auf den Kopf gefallen; sie weiß genau, was los ist. Die SPD wirbt in den Betrieben mit sehr einfachen Worten – ohne Fremdwörter – bei diesen Arbeiterinnen. Auch wir sollten, um sie anzusprechen, über dieses Vorfeld gehen. Es gehört mit zur Aufgabe der Frau, die wir als Kandidatin bei den Kommunalwahlen aufstellen, die Jungarbeiterinnen wachzuhalten, daß sie uns am Tage der Entscheidung ihre Stimme geben. Gerade zu dem oft gehörten Einwand, es sei egal, wer in einem Rathaus die Arbeit macht, kann eine Frau sehr deutlich machen, welch ein Unterschied es ist, ob diese oder jene Gruppe zu Schulfragen, Sozialfragen usw. Stellung nimmt und die Arbeit leistet.

Zusammenfassend darf ich sagen: Wenn Sie die Kommunalwahlen vorbereiten, bedenken Sie bitte, daß einzelne populäre Frauen gerade in einem Stadtviertel durchaus eine gute Werberin für unsere Sache sein können. Bei der großen Wahl sind die Dinge wesentlich anders. (*Beifall.*)

Krone: Herr Bundeskanzler! Ich hatte an sich nichts mehr zu erklären.

Adenauer: Es ist so, Herr Krone, als Sie eben weggegangen waren, wurde von den Herren Blumenfeld und Gradl darum gebeten, noch einmal auf die Sache Oberländer zurückzukommen.

Krone: Dann sollen die Herren sagen, was sie zu sagen haben.

FALL OBERLÄNDER

Blumenfeld: Sowohl der Form wie auch der Begründung nach kann ich dieser Erklärung meine Zustimmung nicht geben; der Form nach nicht, weil es heißt, die Angelegenheit sei im Bundesparteivorstand beraten worden. Ich habe, obwohl ich heute früh ein Stichwort in dieser Richtung gegeben habe, von einer Beratung hier nichts gehört. Es hat vielleicht Einzelbesprechungen gegeben, aber eine Beratung im Parteivorstand, die diese Frage wegen ihrer Problematik zweifellos bedurft hätte, hat nicht stattgefunden, Herr Krone! Deswegen meine ich, daß man nicht ein Kommuniké herausgeben und sagen soll, wir hätten es beraten.

Zur Begründung! Ich bin der letzte, der meinem Freund Bucerius bescheinigen würde, daß er mit dem Artikel in der „Zeit“ im Sinne der CDU klug gehandelt hätte. Das gilt aber auch für die Gesamtverantwortung, die mit dieser Frage angesprochen wird. Ich meine, daß Bucerius diese Frage nicht ohne Rücksprache mit der Fraktionsführung bzw. mit dem Regierungschef so in die Öffentlichkeit hätte bringen dürfen.

In der Erklärung bringen Sie, obwohl Sie am Schluß das mündlich korrigiert haben, Bucerius in eine allzu enge Verwandtschaft zur kommunistischen Propaganda. (*Krone*: Nein, Nein! Das ist sehr bedächtig gehalten!) Es geht hier nicht um die Dinge, die aufgeklärt werden sollen durch das Komitee der Widerstandskämpfer in Holland. Das hat Bucerius in seinem Artikel, soweit ich ihn in Erinnerung habe, ausdrücklich ausgenommen, sondern es geht – ich möchte das ganz offen unter uns Freunden sagen – um die Fehler, die wir eventuell in der Vergangenheit begangen haben, als wir den über die FDP und den BHE zu uns gestoßenen Herrn Oberländer in die Partei aufgenommen haben. Das ist vor fünf oder sechs Jahren geschehen. Ich weiß, daß eine ganze Reihe von Freunden mir zustimmen werden, wenn ich sage, daß ich dies heute mehr als damals bedaure, daß Herr Oberländer – gegen den ich persönlich und menschlich nichts einzuwenden habe – seinerzeit als Minister zu uns gestoßen ist und daß er nun in einer so verantwortlichen politischen Funktion als Bundesminister verharrt.

Bucerius hat in seinem Artikel etwas angesprochen, was – darüber müssen wir uns völlig klar sein – ihm im Inland und im Ausland so ausgelegt wird, daß es heißt: Welchen Weg gehen die deutschen Politiker? Hierbei will ich gar nicht davon sprechen, ob diese Fragestellung berechtigt ist oder nicht, oder daß diese Menschen etwa in den Fehler verfallen könnten, letzten Endes zu sagen: Was kommt hinter dem Bundeskanzler, wohin geht Deutschland?

Sie wissen, daß mit dieser ganzen Problematik, die in den jüngsten Wochen aufgerollt worden ist, etwas sehr eng verknüpft ist, was auch der Herr Bundeskanzler als einer der besten Kenner der Nuancen im Ausland mir bestätigen wird, daß nämlich das uns befreundete Ausland in den letzten Monaten, zunächst unmerklich, aber dann doch in seiner Gesamtheit deutlich werdend, zu einer negativen Einstellung gegenüber der Bundesrepublik gekommen ist. Das hängt mit der Gesamtproblematik der Ost-West-Spannung und der außenpolitischen Lage zusammen.

In diesem Augenblick ist es natürlich unseren Gegnern, aber auch unseren sogenannten Freunden im Ausland ganz passend, daß sie auf gewisse Dinge in Deutschland hinweisen können, die ihnen ihre Begründung für ihre Entfernung von uns leichtmachen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir uns zwar vor den Menschen, die Person und die sachkundige Leistung, die Herr Oberländer als Minister vollbracht hat, zu stellen haben – das ist ganz selbstverständlich –, aber wir müssen uns fragen, ob eine Persönlichkeit, die in den Jahren vor 1933 und dann von 1933 bis in die Kriegsjahre hinein in einer führenden und ideologisch immerhin stark exponierten Position, insbesondere hinsichtlich der Ideologie gegenüber dem Osten, des Nationalsozialismus gestanden hat, in dem Bundesministerposten für Vertriebene noch möglich ist und weiterhin tragbar ist.

Das müssen wir überlegen als CDU, als Partei, für unsere ganze Fundierung. Ich weiß, daß Sie mir sagen werden: Es sind Dinge passiert, ob sie richtig waren oder nicht, sie sind nun einmal geschehen, und wir müssen sie als Fakt annehmen und mit den Dingen fertig werden; die Zeit wird schon das Ihrige tun, um diese

Wunden zu heilen. Es gibt ein anderes Argument, das besagt, ihr dürft diese vielleicht gerade vernarbten Wunden nicht wieder aufreißen, weil dann der ganze Krach unter Umständen neu entfacht wird.

Ich bin der Meinung, daß wir uns mutig zu unserer Sache und zu unserer eigenen Überzeugung, die wir als CDU immer vertreten haben gegenüber der unglückseligen Vergangenheit, zu stellen haben und daß hier eine Situation entstanden ist, die wir sehr sorgfältig prüfen müssen, und zwar wegen der – soweit ich sie noch im Ohr habe – in der Erklärung vorgebrachten Gründe, die menschlicher und politischer Natur sind.

Ich wiederhole: Wir sollten uns im Augenblick vor Oberländer stellen, sollten aber die grundsätzliche Entscheidung treffen, daß dieser Mann in Zukunft nicht mehr Bundesminister in einer CDU-Regierung sein kann. Das ist meine persönliche Auffassung, die ich Ihnen so offen sage, weil ich meine, daß wir hier in diesem verantwortlichen Gremium der Partei ein offenes Wort unter Freunden zu dieser Frage sagen müssen. Ich meine, daß natürlich eine Lösung gefunden werden muß, die es Herrn Oberländer ermöglicht, von sich aus die Konsequenzen zu ziehen. Die Form dafür muß ebenfalls gefunden werden, aber es muß so geschehen, daß wir uns über kurz oder lang von Herrn Oberländer trennen. Das ist meine Auffassung!

Adenauer: Meine Damen und Herren! Der Artikel, den Herr Bucerius geschrieben hat, ist auch insofern häßlich, als er sagt – wenn ich mich nicht irre –, Herr Oberländer soll noch bis zum 1. Mai im Amt bleiben, aber keinen Dienst mehr tun; dann sei er pensionsberechtigt. Und das finde ich so häßlich wie nur etwas. Wenn er aus einer inneren Überzeugung heraus gesagt hätte: Der Mann muß weg! – gut, dann kann man darüber sprechen, aber zu sagen, er soll Minister bleiben, bis er pensionsberechtigt ist, das ist doch geradezu abscheulich. Das ist eine Schädigung der Partei, die ich dem Herrn Bucerius außerordentlich übelnehme, wie überhaupt – das sage ich ganz offen und frei – der Herr Bucerius als Mann, der Millionen an seiner Illustrierten verdient, eine schwere Belastung unserer gesamten Partei ist. (*Zurufe:* Sehr richtig!) Er hat unserer Partei dadurch mehr geschadet, als uns Herr Oberländer jemals geschadet hat. Gerade der Herr Bucerius hätte am ehesten den Mund zu halten und nicht so etwas tun sollen. Er hätte auch als Parteimitglied soviel Vernunft haben müssen, daß er entweder mit dem Fraktionsvorsitzenden oder mit mir als dem Chef der Regierung vorher ein Wort gesprochen hätte, ehe er so etwas macht.

Er bringt auch den Herrn Schröder – es ist dem Herrn Schröder sehr unangenehm – und den Herrn Globke hinein.¹⁰¹ Das ist auch Herrn Globke sehr unangenehm. Mit welcher Liederlichkeit dieser Artikel geschrieben ist, können Sie daraus ersehen, daß es dort heißt: Herr Globke sei seit 1949 Staatssekretär. Das ist gar nicht wahr. Er muß genau wissen, daß Herr Lenz vorher Staatssekretär gewesen ist. Herr Globke ist also der Nachfolger von Herrn Lenz. So ist das Ganze dahingehauen.

101 Vgl. Anm. 39.

Stellen Sie sich bitte einmal vor, wie wir vor unserer Partei dastehen, wenn wir einen Mann in diesem Augenblick fallenlassen, wo er sich aus freien Stücken – auch das wird ihm von Bucerius angekreidet – einer ausländischen Kommission zur Untersuchung stellt. Es sind fünf Leute, soviel ich weiß ein Holländer, ein Norweger, ein Däne, ein Belgier und ein Franzose, wovon die meisten jahrelang in einem Konzentrationslager gesessen haben. Das hätte Herr Bucerius auch schreiben sollen, daß es Ausländer sind, die von den Nationalsozialisten aufs schwerste geschädigt wurden, von denen man annehmen kann, daß sie scharf prüfen, ob er schuldig ist oder nicht.

Herr Krone hat eben verlesen, daß Herr Oberländer Staatssekretär in Bayern unter dem sozialdemokratischen Innenminister Hoegner gewesen ist. Wir haben ihn nicht übernommen des Herrn Oberländer wegen, sondern wegen des BHE. Das weiß jeder. Als damals der BHE auseinander ging, haben wir ihn übernommen aus allgemein politischen Gründen.

Es wäre nicht gut – ich bitte die Herren Gradl und Blumenfeld, das einmal zu überlegen –, wenn wir in diesem Augenblick nichts für den Mann täten. Das fällt in das Kapitel, von dem wir eben bei den Kommunalwahlen gesprochen haben, in der schwersten Weise hinein. Es wurde gesagt: Wir tun für unsere Leute nichts! Wenn Sie wüßten, meine Herren, wie gering unser Ansehen bei der Beamtenschaft ist! Die Beamten sagen: Von der CDU haben wir ja doch nichts. – Wäre der Herr Oberländer zur SPD übergegangen, dann wäre er ein ganz großer Mann! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Ihre Bemerkung, Herr Blumenfeld, daß unser Ansehen im Ausland stark gelitten habe, ist nicht zutreffend. Ich habe während des Essens einen Blick in die Zeitungen getan. Da steht, daß man gar nicht wisse, wie es mir gelungen sei, die Italiener für unseren Standpunkt zu gewinnen. De Gaulle haben wir auf unserer Seite. Mit England geht es auch einigermaßen. Mit Eisenhower stehe ich ausgezeichnet, auch mit Nixon, dem Demokraten Johnson¹⁰² usw. Ich kann also in keiner Weise zugeben, daß unser Verhältnis da getrübt sei.

Wenn ich jetzt – bitte, Herr Blumenfeld, überlegen Sie das einmal – einen Bundesminister aufgrund eines solchen Artikels fallenlasse, dann ist das doch ein ganz offenes Bekenntnis – so würde es auch im Ausland gewertet –, daß wir einen Mann, der ein Nazi war, der schwere Schuld auf sich geladen hat, als Bundesminister gehabt haben. Das wäre doch politisch – ich sehe von allem Menschlichen einmal ab – ein nicht wiedergutzumachender Fehler. Deshalb kann ich nur dringend davor warnen.

Nun weiß ich nicht, ob Sie etwas geändert haben, Herr Krone? (*Krone*: Nein!) Wollen Sie es bitte noch einmal vorlesen! – Bitte, Herr Gradl!

¹⁰² Lyndon Baines Johnson (1908–1973), amerikanischer Politiker (Demokrat); 1937–1949 Abgeordneter im Repräsentantenhaus, 1949–1961 Senator von Texas (ab 1953 Fraktionsvorsitzender der Demokraten im Senat), 1961–1963 Vize- und 1963–1969 Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika. Vgl. PROTOKOLLE 2 S. 923 Anm. 13.

Gradl: Das ist doch eine sehr heikle Sache, insbesondere deshalb, weil keiner der Beteiligten anwesend ist. Darum ist es auch einigermaßen peinlich, darüber zu sprechen. Es wäre angenehmer, wenn Oberländer und Bucerus hier wären. Trotzdem will ich meine Meinung, wenn auch nur kurz, zu der Sache sagen. Ich habe Herrn Oberländer aus einem bestimmten Anlaß bereits Ende Oktober oder Anfang November geschrieben.¹⁰³ Er weiß, was ich denke, und ich sage das hier nicht hinter seinem Rücken.

Es ist bedauerlich – das will ich vorwegschicken –, daß Herr Bucerus diesen Weg gegangen ist. Wenn Sie es nicht gesagt hätten, Herr Bundeskanzler, dann hätte ich es gesagt. Das mindeste, was man von der Kameradschaft in einer Partei verlangen darf, ist doch folgendes, wenn jemand einen schweren Angriff gegen einen anderen aus den eigenen Reihen zu richten beabsichtigt, daß er a) zu ihm hingeht, ehe er die Sache an die Öffentlichkeit bringt, b) daß er zu der Führung dieser Gemeinschaft geht und ihr die Sache vorlegt und sagt: Ehe ich nach draußen gehe, möchte ich nicht verfehlt haben, hier im engen Kreis diese Sache zu klären. Und das werfe ich Herrn Bucerus vor, daß er das unterlassen hat. Wir wären vielleicht viel weiter bei der Erörterung dieses Themas, wenn Bucerus diesen Artikel nicht geschrieben hätte.

Was die Sache angeht, so möchte ich auf folgendes hinweisen. Wir tun nicht das Richtige, wenn wir uns hier nur darauf stützen, daß Herr Bucerus diesen Angriff gestartet hat. Machen Sie sich nichts vor! In der Fraktion ist bei vielen Leuten ein Empfinden, das dem entspricht, was Herr Bucerus – nicht in Einzelheiten, aber in der Tendenz – geschrieben hat. Das ist also nicht so einfach aus der Welt zu schaffen dadurch, daß wir jetzt eine Erklärung abgeben, die auf dem Angriff basiert, den Herr Bucerus geschrieben hat.

Was man nach meiner Meinung kritisch zu Herrn Oberländer sagen kann, beruht nicht auf den Vorwürfen, die die Kommunisten gegen ihn erheben. Davon glaube ich kein Wort, solange es nicht exakt bewiesen ist. Es geht auch nicht darum – das soll ja eine Rolle gespielt haben –, daß er einmal zur Feldherrnhalle marschiert ist. Damals war er noch ein junger Mann. Und nach dem Ersten Weltkrieg haben wir jungen Leute in unserem nationalen Kummer verschiedene Wege gewählt, der eine so, der andere so. Daraus würde ich ihm niemals einen Vorwurf machen. Was Herrn Oberländer politisch – nicht menschlich – belastet und was wir ernst nehmen müssen, ist aber, daß er in der Zeit nach 1933 in der Apparatur des nationalsozialistischen Regimes keine gleichgültige Position gehabt hat und daß er die Ideologie und die Politik, die uns dann z.B. den deutschen Osten gekostet hat, durch seine praktische Arbeit aktiv unterstützt hat als Reichsführer des Bundes Deutscher Osten oder wie es hieß.¹⁰⁴

¹⁰³ Am 26. Oktober und 2. November 1959 (ACDP I-294-074/1).

¹⁰⁴ Oberländer war von 1934 bis 1937 Leiter des Bundes Deutscher Osten (Erich STOCKHORST: Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich. Velbert-Kettwig 1967 S. 310f.). Zum BDO vgl. DAS GROSSE LEXIKON DES DRITTEN REICHES. Hrsg. von Christian Zentner und Friedemann Bedürftig. München 1985 S. 96.

Ich behaupte nicht, daß er das nicht nach bestem Wissen und Gewissen damals getan hat. Ich lege Wert darauf, hier festzustellen, daß das, was ich an ihm kritisiere, gar nichts mit dem Menschen Oberländer zu tun hat, sondern was seine Belastung ausmacht ist politisch, daß er nämlich heute in einer Regierung sitzt, die sich mit der Liquidation dieser furchtbaren Politik von damals zu befassen hat und die versucht, der Welt glaubhaft zu machen, daß diese Deutschen eben anders sind als das, was unter deutschem Namen aufgetreten ist.

Es ist eine Belastung, daß in dieser Regierung ein Mann eine maßgebende Position hat, der damals – ich betone noch einmal, nach bestem Wissen und Gewissen – die verderbliche Politik des Nationalsozialismus aktiv betrieben hat. Das ist das politische Faktum, das nach meiner Meinung die Belastung im Falle Oberländer darstellt und mit der wir uns verantwortlich auseinanderzusetzen haben. Ich hätte nur gewünscht, daß das nicht durch eine solche Sache wie diese Attacke des Herrn Bucerius veranlaßt worden wäre. Es bleibt die Frage, was kann man jetzt tun. Sie werden sicher sagen: Du hast gut reden, aber was soll geschehen nach deiner Meinung? Es ist verdammt schwierig, gerade dadurch, daß der Fall jetzt so in die allgemeine Publizität gekommen ist.

Wenn wir eine Ehrengerichtsordnung hätten, wäre die Aufgabe verhältnismäßig leicht. Aber wir haben sie leider nicht. Sie muß auf dem nächsten Parteitag beschlossen und verabschiedet werden. Dann könnte man nämlich sagen: Der Bundesparteivorstand empfiehlt, daß die beiden an diesem Vorgang beteiligten Herren sich einem Ehrengerichtsverfahren der Partei unterwerfen. Das wäre der normale Weg.

Ich bitte die Volljuristen – ich bin nur ein halber –, einmal zu überlegen, ob man nicht, obwohl diese Ehrengerichtsordnung noch nicht formal parteioffiziell ist, mit Zustimmung der beiden vereinbaren könnte, daß ad hoc nach den Regeln der Parteigerichtsordnung, die ja immerhin vom Parteiausschuß angenommen worden ist, verfahren wird, um die Auseinandersetzung zwischen den beiden zu klären. Das wäre ein Weg – nach meiner Meinung der beste –, den wir in dieser Situation gehen könnten. Dann könnte man auch, wenn wir überhaupt etwas nach draußen sagen müssen, erklären, daß es primär zunächst eine Sache der Fraktion ist. (*Adenauer*: Das ist auch eine Sache des Kabinetts!) Ich überlege nur, wie die Wirkung nach draußen ist. Daß es uns alle angeht, ist selbstverständlich. Das ist der eine Weg.

Und nun der andere Weg! Wir sollten überlegen, ob Sie sich in einem persönlichen Gespräch mit Oberländer unterhalten. Mehr würde ich nicht sagen; Sie wissen allein, was Sie ihm sagen. Vielleicht kommt er inzwischen auch von selbst auf den Gedanken, daß es in einer solchen Situation, solange ein Verfahren schwebt, zweckmäßig ist, sich beurlauben zu lassen. Das ist meine Meinung zu diesem Vorgang.

Noch ein letztes Wort zu der außenpolitischen Bedeutung dieser Sache. Herr Bundeskanzler! Sie wissen doch viel besser als wir, daß wir unerhört schweren Monaten entgegengehen. Wir brauchen in diesen Monaten sehr viel Unterstützung im Ausland. Wir wissen, daß wir im Ausland vor zwei Gefahren stehen, einmal vor

den Auswirkungen einer systematischen Diffamierungskampagne, die sehr geschickt ganz sicher vom Osten her gesteuert wird, und die andere Gefahr, die nicht so sichtbar ist, daß wir Deutsche in den kommenden Monaten an unsere Verbündeten – zunächst in bezug auf Berlin – Ansprüche stellen müssen an Härte und Stehvermögen und Risikobereitschaft, die unter Umständen mit äußersten Risiken belastet sind. Und da ist es nicht gut, wenn man diesen Regierungen die Auseinandersetzung mit ihrer eigenen, zum Teil recht schwierigen öffentlichen Meinung dadurch erschwert, daß man selber z.B. einen Mann wie Herrn Oberländer in der Regierung hat. Aus diesen außenpolitischen Überlegungen her hat die Sache viel mehr Bedeutung als die, die ohnehin schon genügt, uns innerparteilich anzuklagen. Sie hat Gott weiß [was] für Wirkungen für unser Volk.

Adenauer: Übertreiben Sie die Sache nicht, Herr Gradl! Ich werde Ihnen gleich einen Brief von Chruschtschow überreichen¹⁰⁵, der mehr Bedeutung hat als dieser ganze Schwindel. Nicht der Herr Oberländer hat diese Bedeutung, aber das, was sich in der ganzen Welt zusammenbraut! (*Gradl:* Doch, Herr Bundeskanzler, das ist von großer Bedeutung. Ich habe einiges erlebt!) Ich auch! (*Gradl:* Sie wissen es besser, als Sie es hier sagen!)

Dann will ich Ihnen zunächst einmal meinen Standpunkt gegenüber Herrn Oberländer sagen. Ich habe Herrn Oberländer sagen lassen – nicht jetzt, sondern schon vor geraumer Zeit –, er möchte, solange dieses Verfahren, das er selber beantragt hat, schwebt, nicht nach draußen hervortreten. Das habe ich ihm selbstverständlich sagen lassen. Sobald nun diese fünf Leute, die das untersuchen, zu einem Ergebnis gekommen sind, werde ich das bekommen und mir dann meine Meinung darüber bilden. Ich werde dann mit Herrn Oberländer über das Ergebnis sprechen. Das möchte ich zunächst sagen.

Diese ganze Hetze jetzt gegen Oberländer hat ihm einen bestimmten Vorwurf gemacht. Sie hat ihm nicht den Vorwurf gemacht, daß er Gott weiß was im Osten getan hat, sondern daß er daran schuld sei, daß in Lemberg beim Einrücken einer deutschen Einheit sämtliche Intellektuellen von den Deutschen getötet worden sind. Das ist der Vorwurf, der ihm gemacht wird. Und es steht jetzt schon fest nach meinen Erkundigungen, daß die Intellektuellen schon getötet waren, als diese deutsche Einheit, der er angehörte – sie stand nicht unter seinem Kommando –, einrückte, und zwar waren sie getötet worden auf Befehl des Herrn Chruschtschow, der damals beauftragt war, die Ukraine zu reinigen.

Das steht also jetzt schon fest! Im übrigen war Herr Oberländer schon vor dem Kriege in Rußland tätig. Er war Experte für die russische Landwirtschaft. Er war, soviel ich weiß, Professor in Königsberg und ist dann vor dem Kriege eingesetzt worden für die russische Landwirtschaft. Als er zu uns kam, habe ich natürlich Erkundigungen eingezogen und festgestellt, daß er mehrfach mit der Parteileitung die größten Auseinandersetzungen gehabt hat, daß er mehrfach – was damals eine

105 Vom 28. Januar 1960 – Druck: MOSKAU BONN S. 617–625.

große Strafe war – zur Truppe nach draußen geschickt worden ist, weil er Front gemacht hatte gegen die Bestialitäten der Nazis, in mehreren Fällen. Das steht fest. Im übrigen darf ich feststellen, daß Herr Oberländer Mitglied der CDU geworden ist.

Es ist mir unverständlich, wie die Herren überhaupt auf eine solche Idee kommen, den Leuten, die nun diese Kampagne gegen uns führen, etwas in die Hand zu geben, damit sie sagen können: Aha, wir hatten doch recht! Stellen Sie sich das bitte einmal vor! Das richtet doch wirklich einen großen Schaden an, wenn ein Mann, der diese Jahre hindurch Bundesminister gewesen ist, entlassen wird, weil er sich zur nationalsozialistischen Zeit an diesem oder jenem schuldig gemacht hat, namentlich aber schuld ist – wie das behauptet wird – an der Tötung der Intellektuellen in Lemberg. Das ist nach meiner Meinung völlig unmöglich.

Im übrigen kann ich Ihnen sagen, was das Ausland angeht, daß die italienischen Kommunisten Gott weiß womit gedroht hatten, was sie alles in Rom machen würden. Die italienische Regierung hat 4.000 Polizisten eingesetzt, um mich zu schützen. Ich bin aber von den Römern sehr freundlich behandelt worden, und zwar viel freundlicher, als ich in meinem Vaterland behandelt werde. Das geht mir gewöhnlich so im Ausland. Ich werde dort mit der größten Freundlichkeit behandelt. Dagegen haben die Kommunisten diese Behauptungen gegen Oberländer, Schröder und Globke an den Plakatsäulen angeschlagen. Ich bin in einer internationalen Pressekonferenz, die außerordentlich stark besucht war, danach gefragt worden. Ich habe dann mit den Leuten offen gesprochen, und zwar mit dem Erfolg, daß man restlos zufrieden war und die Vertreter der Kommunisten und ihrer Zeitungen gar nicht mehr den Mund aufgetan haben zu dieser Angelegenheit.

Also, man soll sich nicht ins Bockshorn jagen lassen. Ich habe den Wortlaut der Erklärung nicht genau im Kopf, den wird Herr Krone noch einmal vorlesen. Warten wir mal ab, was die Leute in Den Haag feststellen. Das werde ich bekommen, und dann wird sich alles Weitere finden. Im übrigen weiß ich nicht, warum er Herrn Bucerius gegenübergestellt werden soll; denn dieser hat eine riesige Dummheit begangen und hat kein Recht, deswegen jemanden zu stellen. Man sollte ihm eigentlich mit dem Holzhammer gegen den Kopf hauen. Er macht es aus reiner Renommiersucht. Das ist doch ein Skandal, was der Herr Bucerius getan hat!

Krone: Wir nehmen mit keinem Wort auf den Artikel von Bucerius Bezug. Zu dem, was Sie meinen, Herr Blumenfeld, wir brächten Herrn Bucerius in eine innige Verbindung zum Kommunismus, muß ich sagen, es ist kein Wort darin enthalten, das nach dieser Richtung hin überhaupt gedeutet werden könnte. Wir nehmen auf die politische Frage, die Sie anschneiden, gar nicht Bezug, sondern wir stellen uns hier vor einen Mann, der Minister und Fraktionsmitglied ist, den wir seit Jahren bei uns haben, der Staatssekretär war, der Vorsitzender des Landesverbandes Oder-Neiße ist.

Es ist doch so, plötzlich geht es los gegen ihn, und zwar kommt dieser Angriff aus dem Osten. Es steht heute schon fest, daß es nicht nur Schröder und Globke

sind, sondern auch noch zwei andere Minister, denen man etwas will. Wenn wir den ersten abschießen, dann sagt man: Aha, der ist weg, jetzt kommen die anderen dran! Deshalb weigere ich mich, in dieser Richtung überhaupt zu denken, Herr Blumenfeld! (*Bewegung und Unruhe.*) Ich nenne aber die Namen der Minister, die nachher drankommen sollen, nicht. (*Adenauer:* Das ist mir auch neu!)

Ich darf die Erklärung noch einmal vorlesen:

„Der Bundesparteivorstand der CDU befaßte sich heute u.a. mit den Vorwürfen, die im Rahmen einer allgemeinen Diffamierungskampagne gegen führende politische Persönlichkeiten der Bundesrepublik seit geraumer Zeit aus dem kommunistischen Raum planmäßig gegen Bundesminister Oberländer gesteuert werden.

Es wurde festgestellt, daß Minister Oberländer die Aufklärung und Entkräftung dieser Vorwürfe nachdrücklich und erfolgreich betreibt. Er hat einen Teil schon erfolgreich zurückweisen können.

Der Bundesvorstand begrüßt diese Bemühungen des Ministers und wendet sich gegen jede Hetze, die auf kommunistischem Material beruht und die entlastende Tatsachen nicht berücksichtigt.“

– Ich nehme an, daß sich Herr Bucerius diesen Schuh nicht anzieht. –

„Im übrigen wurde daran erinnert, daß Minister Oberländer nach gründlichen Untersuchungen durch deutsche und amerikanische Stellen entlastet worden ist und bereits im Jahre 1950 im Kabinett einer großen Koalition in Bayern unter dem sozialdemokratischen Innenminister Hoegner zum Staatssekretär für das Flüchtlingswesen ernannt worden ist.“

Blumenfeld: Nachdem wir diese Aussprache gehabt haben, die ich begrüße, Herr Bundeskanzler, sind wir bis auf zwei Dinge durchaus einig in der Beurteilung. Ich habe gesagt, daß ich die Aktion von Herrn Bucerius für unverständlich und für sehr schädlich halte. Ich wäre nun in der Lage, meinerseits dieser Erklärung, nachdem sie nunmehr etwas pointierter aussieht und auch nicht so ganz schnell wie vorhin über den Tisch verlesen worden ist und nach der Interpretation, die Sie gegeben haben, Herr Bundeskanzler, zuzustimmen, wenn noch ein Zusatz gemacht würde, und zwar im Hinblick darauf, daß diese Angelegenheit, die Sie konkret angesprochen haben – nämlich die kommunistischen Vorwürfe und die Hetzkampagne, die gipfelt in diesen Lemberger Ereignissen und sonstigen Bestialitäten, die im Osten begangen worden sind –, von den fünf Leuten so geklärt wird, daß Oberländer nichts damit zu tun hat. (*Unruhe.*) Wir sollten also in einem Zusatz vermerken, daß der Bundesparteivorstand und die sonstigen Gremien, soweit sie sich damit befassen, diese Frage noch einmal aufgreifen werden. (*Lebhafte Unruhe und Widerspruch.*) Ja, meine Herren, ich muß Ihnen in aller Offenheit sagen, für mich ist die Sache noch nicht erledigt! (*Anhaltende Unruhe.*)

Adenauer: Erlauben Sie mal, Herr Blumenfeld, ich habe doch gesagt, sobald ich die Sache habe, werde ich sie dem Bundesparteivorstand vorlegen. Das ist doch eigentlich selbstverständlich. (*Zurufe:* Sehr richtig! – *Blumenfeld:* Ich behalte mir vor, dieser Erklärung nicht zuzustimmen! – *Unruhe.*) Herr Blumenfeld, ich darf

wiederholen: Ich habe gerade gesagt, sobald ich diesen Spruch mit Begründung habe, werde ich ihn dem Parteivorstand vorlegen. (*Blumenfeld*: Warum sagen wir denn nicht, daß die Angelegenheit damit noch nicht erledigt ist? – *Unruhe und Bewegung*. – *Fricke*: Herr Blumenfeld, damit würden wir doch unnötigerweise heute schon dokumentieren, daß es noch nicht vorbei ist. – *Unruhe*.)

Blumenfeld: Das ist eben unser Widerspruch! Sie wollen die Sache als erledigt betrachten!

Fricke: Nein, Herr Blumenfeld! Ich bin der letzte, der das tut, aber wenn wir heute schon sagen, vielleicht kommt doch noch ein Scherbengericht, dann ist das doch höchst unklug. Wir sind doch genauso der Kritik ausgesetzt, weil Herr Oberländer sechs Jahre lang in der Bundesregierung gewirkt hat, wie er selbst. Also, Ihren Zusatz halte ich für unverantwortlich! (*Unruhe*.)

Gratl: Herr Bundeskanzler! Wir dürfen nach draußen keine abweichenden Erklärungen abgeben. Es liegt keinerlei Anlaß vor, bei der Herausgabe des Communiqués zu sagen, dieser Beschluß sei nicht einstimmig gefaßt worden.

Krone: „Der Bundesparteivorstand begrüßt diese Bemühungen des Ministers“ – das ist so subjektiv wie nur möglich – „und wendet sich gegen jede Hetze, die auf kommunistischem Material beruht und die belastende Tatsachen nicht berücksichtigt.“ Wenn wir aber jetzt hinzufügen: „Eventuell kommen wir auf diese Angelegenheit noch einmal zurück, je nachdem, welches Ergebnis die Untersuchungen haben“, hat das Ganze keinen Sinn. Das tue ich nicht! (*Zurufe*: Sehr richtig!)

Von Hassel: Das gäbe nach draußen ein sehr großes Unbehagen, weil damit irgendwie die Frage der Entnazifizierung wieder hochkäme. Wenn wir jetzt mit einem solchen Gedanken anfangen und ihn veröffentlichen, der in dieser angedeuteten Richtung verläuft, dann werden wir möglicherweise viele frühere Nationalsozialisten, die wir mit diesem Staat auszusöhnen versuchen, in eine neue Reaktion hineinbringen. Diese Leute landen dann mit Sicherheit beim BHE, bei der Deutschen Reichspartei oder sonstwo. Deswegen müssen wir diese Frage mit einem besonderen Takt behandeln. Ich wäre dankbar, wenn wir diese Überlegung bei der Formulierung berücksichtigen.

Stingl: Im Augenblick geht der Schuß, der vom Osten kommt, nicht nur gegen Oberländer, sondern er soll auch – und zwar vornehmlich – den Herrn Bundeskanzler treffen, dem nachgesagt wird, daß er Verbrecher in seiner Regierung habe. (*Adenauer*: Verbrecher?) Es ist zu berücksichtigen, was Herr von Hassel ausgeführt hat. Denken Sie an diesen Vorwurf des Verbrechens. Wenn wir das jetzt anrühren, dann heißt es bei den Kommunisten, der Bundeskanzler habe von diesen Dingen bei der Berufung Oberländers zum Minister bereits gewußt. Solange nichts dagegen gesagt worden sei, habe man auch nichts unternommen, aber jetzt, nachdem die Kommunisten diese Vorwürfe gemacht hätten, sei der Minister plötzlich entlassen worden.

Wir Vertriebenen in der Fraktion waren gegen diese Berufung. Deshalb darf ich heute sagen, Sie irren sich, wenn Sie meinen, daß etwa die Vertriebenen mit

Begeisterung diesen Schuß gegen einen Vertriebenen sähen. Deshalb warne ich davor, in diesem Augenblick Herrn Bundesminister Oberländer zu Fall zu bringen!

Adenauer: Ich glaube, daß das, was ich Herrn Oberländer habe sagen lassen, er möge sich zurückhalten, richtig gewesen ist. (*Blumenfeld:* Können wir nicht diese Qualifikation „er wehrte sich mit Erfolg“ herauslassen?)

Krone: Ich verstehe das langsam nicht mehr, Herr Blumenfeld! Dann sagen Sie doch: Ich will den Mann weghaben! Reden Sie doch offen! (*Blumenfeld:* Habe ich meine Meinung nicht offen gesagt?) Dann schlage ich vor, damit auch der letzte Zweifel beseitigt ist und Ihr Gewissen sich beruhigt, nunmehr zu sagen: „Es wurde festgestellt, daß Oberländer die Aufklärung und Entkräftung dieser Vorwürfe nachdrücklich betreibt.“ Wir lassen weg: „Er hat einen Teil schon erfolgreich zurückweisen können.“ (*Zuruf:* Ich schlage vor „erfolgreich bemüht hat“!)

Adenauer: Es steht doch indirekt drin, daß das noch schwebt. (*Blumenfeld:* Ich bin bereit, dem zuzustimmen!) Herr Gradl! Sie auch? (*Gradl:* Ja!) Und die anderen? (*Zustimmung.*)

Und nun würde ich vorschlagen, den Vortrag des Herrn von Hassel auf Montag – Sitzung des Bundesausschusses – zu vertagen. Es haben uns schon viele Teilnehmer verlassen. Noch etwas! Der Bundesausschuß für Wirtschaftspolitik hat auf seiner konstituierenden Sitzung am 11. Januar den Bundesminister Franz Etzel zu seinem Vorsitzenden gewählt. Nach § 20 der Geschäftsordnung muß diese Wahl durch den Bundesvorstand bestätigt werden, indem der Gewählte zum Vorsitzenden des entsprechenden Fachausschusses ernannt wird. Ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind. (*Zustimmung.*)

Ich danke Ihnen sehr, meine Herren, daß Sie so lange ausgehalten haben; ich möchte meinen, daß wir eine fruchtbare Sitzung heute abgehalten haben. Herr Dufhues! Wir müssen noch etwas über die Kommunalwahlen in das Kommuniké hineinbringen. Wollen Sie das freundlichst übernehmen? (*Dufhues:* Ja!)

Damit schließe ich die Sitzung. Wir werden uns am kommenden Montag hoffentlich recht zahlreich wiedersehen.